Nr. 110 Donnerstag, 17. Juni 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine neue Koalitionsregierung der Mittelparteien?

Zur Regierungsbildung.

Dr. Mayer Reichskanzler?

Berlin, 17. Juni. (TU.) Gestern nachmittag hatte **Dr. Trimborn eine längere Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert,** wobei er diesem den Vorschlag machte, den deutschen Geschäftsträger in **Paris,** den Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei Dr. Mayer-Kaufbeuren, mit der Kabinettsbildung zu betrauen und ihn zum **Reichskanzler** zu ernennen. Der Reichspräsident nahm diesen Vorschlag entgegen und es erfolgte noch am Nachmittag die telegraphische Uebermittlung des Auftrages an Dr. Mayer.

Berlin, 17. Juni. Die Inaussichtnahme Dr. Mayers als Reichskanzler wird von Morgenblättern im allgemeinen günstig besprochen.

Vorläufige Vorschläge.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kabinettsbildung hat im Laufe des gestrigen Tages einige Fortschritte gemacht. Im Wesentlichen wird in verschleierter Form die alte Koalition der neuen Regierung zugrunde liegen, selbst wenn es nicht gelingen sollte, sozialdemokratische Politiker im Kabinett zu behalten. Nach einigen Meldungen macht aber immer noch Herr Trimborn den Versuch, der Sozialdemokratischen Partei nahezulegen, einzelne Minister, z. B. Herrn Bauer als Verkehrsminister, im Kabinett zu belassen und ihn gemäß den Beschlüssen der Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Beamten und nicht als Politiker anzusehen.

Ueber die Beteiligung der Deutschen Volkspartei im Kabinett ist ebenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen. Nach den Meldungen einiger Blätter soll die Deutsche Volkspartei Herrn Dr. Heinze, den Herr Trimborn als Justizminister für das neue Kabinett zu gewinnen suchte, die Genehmigung zum Eintritt in die Regierung versagt haben. Als feststehend kann heute schon gelten, daß Trimborn den Posten des Reichskanzlers nicht übernehmen wird. Ueber das Kabinett Mayers werden bereits verschiedene Ministerlisten verbreitet, von denen die nachstehende wenigstens in bezug auf die politischen Richtungen, die im Kabinett vertreten sein werden, der Wahrheit am nächsten kommen dürfte.

Das Ministerium des Innern behält der bisherige Minister Koch. Das Auswärtige Amt soll entweder in die Hände des früheren Ministerialdirektors Simon oder des früheren sächsischen Gesandten in Wien, von Nostitz übergehen; das Wirtschaftsministerium soll angeblich der Krupp-Direktor Wiedfeld übernehmen; die Finanzen soll Herr Wirth behalten; das Reichsschatzministerium wird dem demokratischen Abgeordneten v. Siemens angeboten werden; das Arbeitsministerium erhält der Zentrumsabgeordnete Stegerwald; das Verkehrsministerium wird je nach der Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei entweder mit Herrn Bauer oder, wenn die Sozialdemokratische Fraktion dies verweigert, mit Gröner besetzt werden, und das Reichswehrministerium soll in den Händen des Herrn Geßler bleiben.

Herr Fehrenbach, dem das Reichskanzleramt angeboten wurde, hat dankend abgelehnt. Ob sein bayrischer ehemaliger Parteigenosse mehr Glück haben wird als Trimborn, wird sich zeigen. Die bürgerliche Presse spricht davon, daß das Kabinett nur eine Uebergangsregierung sein soll, bis die Konferenz in Spa vorüber ist. Und dann?

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 17. Juni. (TU.) Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, beruft auf Grund der Artikel 127 und 180 der Verfassung den neugewählten Reichstag für den **Donnerstag, den 24. d. M.,** nachmittags 3 Uhr, zusammen.

Die Sühne für Hochverrat

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie der Vorwärts mitteilt, sind beim Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Versetzung und Niederschlagen seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat, für Beschwerden von Unterpersonal zuständig, mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten **errichtet worden.**

Ein französisch-belgisches Militärbündnis.

Brüssel, 16. Juni. (TU.) **Die Verhandlungen zwischen dem Marschall Foch und dem belgischen Generalstabschef haben zu dem Ergebnis geführt, daß zwischen Frankreich und Belgien ein Militärbündnis abgeschlossen wird, nach welchem Belgien zur Haltung eines stärkeren Heeres als vor dem Kriege und zur Verstärkung seiner Befestigungen verpflichtet wird. Das Militärbündnis gilt für die Dauer von 15 Jahren; es ist ein Defensivbündnis.**

Protest der Gleiwitzer Betriebsräte gegen die französischen Uebergriffe.

Breslau, 16. Juni. Nach einer Meldung des 8-Uhr-Abendblattes aus **Gleiwitz** sind die dortigen **Betriebsräte** gestern beim französischen Plebiszitpräfekten **wegen der französischen Uebergriffe vorstellig geworden. Die Arbeiterschaft sei gewillt,** falls ihre Bitte um Abhilfe nicht erfüllt werde, **zur Selbsthilfe zu greifen.** Der Präfekt hat erklärt, die Vorfälle würden untersucht. Die **Schuldigen seien zum Teil schon verhaftet und würden bestraft** werden. Die **Verletzten** würden durch die französischen Behörden **entschädigt** werden. Das **Verbot des Waffentragens** werde durchgeführt werden.

Fortsetzung der Verhandlungen mit Krassin.

London, 15. Juni. Reuter erfährt: Bisher ist eine neue Konferenz zwischen Krassin und den englischen Ministern nicht vereinbart worden. Es wird eine solche stattfinden, sobald Krassin aus Moskau Antwort auf die bei den beiden ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten hat. Ein Hindernis ist nicht eingetreten. In der Frage der russischen Schulden, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krassin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

London, 15. Juni. (Reuter.) Die belgische und die japanische Regierung haben beschlossen, sich an den Besprechungen der englischen Regierung mit Krassin zu beteiligen.

Verurteilung ungarischer Menschenräuber.

Das Wiener Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen die beiden **ungarischen Offiziere Eugen Bleich** und **Koloman Kiß,** die den Budapester **Kommunisten Bela Schön gewaltsam über die ungarische Grenze brachten** und an die ungarische Regierung auslieferten. Bela Schön hatte seinerzeit während der Räteregierung den Professor Berendt in Budapest am Donau-Kai niedergeschossen und war dann nach Oesterreich geflohen. Schön wurde nach seiner Auslieferung in Ungarn **getötet.** Kiß wurde zu **drei Jahren schweren Kerkers,** Bleich zu **3½ Jahren schweren Kerkers** verurteilt.

Neue Täuschungsversuche der Horthy-Regierung.

Das Ungarische Korr.-Bureau meldet: Auf den vorgestrigen Regierungserlaß hin haben die Budapester Brachialabteilungen alle Untersuchungen gegen Zivilpersonen eingestellt.

Und die ungarischen Militaristen senden gleichzeitig neue Strafexpeditionen aus, um die „letzten Wurzeln" des Bolschewismus auszurotten, wie unsre gestrige Meldung über die Rede des Honved-Ministers Soos beweist.

Proteststreik gegen die Verhaftungen in Ludwigshafen.

Aus Anlaß der **Verhaftung von Arbeiterführern in Ludwigshafen** fanden gestern in Ludwigshafen mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß, falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer nicht bis Freitag mittag 12 Uhr freigelassen haben, **im ganzen besetzten Gebiete der Generalstreik erklärt** werden würde. — Wie die Mainzer Volkszeitung meldet, ist im Zusammenhang mit den Verhaftungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeitersekretär Grötzner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden wurden von den Franzosen bei dem sozialdemokratischen Arbeitersekretär Lieser, dem Redakteur Lindig, dem Parteisekretär Witte und dem Journalisten Wecks Haussuchungen vorgenommen, wobei einige überall erhältliche Broschüren beschlagnahmt wurden. Der Grund zu den Haussuchungen wird von den Franzosen geheim gehalten.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 16. Juni. (Agenzia Stefani.) Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti Ministerpräsident und Inneres, Scorza Auswärtiges, Rossi Kolonien, Fera Justiz, Tedesco Finanzen Meda Schatz, Bonomi Krieg, Sechi Marine, Croce Unterricht, Peano öffentliche Arbeiten, Micheli Landwirtschaft, Alessio Industrie, Pasqualino-Vassallo Posten Raineri befreite Gebiete, Labrilo Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

Ein politisches Armutszeugnis.

Mit unverkennbarem Hoch- und Triumpfgefühl beschäftigt sich jetzt die reaktionäre Presse mit dem Kapitel weibliche Wahlbeteiligung, das allerdings nach den in einzelnen Orten festgestellten unterschiedlichen Zahlenaufstellungen für unsre revolutionär-sozialistische Sache traurig genug ist. Es wäre falsch, die Augen vor der beschämenden Tatsache zu verschließen, daß die Frauen des Proletariats sich von den weiblichen Zugehörigen der nationalistischen und klerikalen Bewegung an Klassenerkenntnis und an politischem Eifer haben weit überholen lassen. In Köln, dem Hochsitz des Katholizismus und des Zentrums, wählten Männer und Frauen in getrennten Wahllokalen, so daß es möglich war, die unterschiedliche Wahlbeteiligung der weiblichen Stimmberechtigten genau festzustellen. Die Wählerziffern verteilten sich in 264 von 290 Kölner Wahlbezirken folgendermaßen:

	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	32964	49154
Rechtssozialisten	36295	24184
Volkspartei	17768	15944
U. S. P.	18245	8973
Demokraten	6554	4677
Deutschnationale	3190	3422

Es haben demnach die Frauen beim katholischen Zentrum um ein Drittel die Männerstimmen überholt, dagegen stimmten für die Rechtssozialisten gerade ein Drittel Frauen weniger und bei uns blieben die Frauen gar um mehr als die Hälfte hinter den abgegebenen Männerstimmen zurück. Legt man dieselbe weibliche Wahlbeteiligung und denselben weiblichen Wahleifer, der für die Pfaffenpartei getätigt wurde, allgemein zugrunde, dann hätten für die USP. nicht 8000, sondern 24 000 Frauen stimmen müssen. Es ist beschämend zu sagen, daß alle diese Frauen, die heute schon zu uns gehören müßten, entweder zu Hause geblieben oder gar die Reaktion unterstützt haben.

Man mag einwenden, daß die Frauen mehr als die Männer dem Gewissenszwang des Beichtstuhles unterliegen und ihnen leicht noch als Sünde mit nachfolgender schwerer Höllenstrafe vorgemalt werden kann, was der Mann, auch der nicht aufgeklärte, bereits längst als sein erstes politisches Recht in Anspruch nimmt. Zweifellos wird unsre Organisation niemals mit den gewissenlosen terroristischen Mitteln arbeiten können und dürfen, welche die Mönchskutte und das Jesuitenhütlein für die Zwecke der Reaktion anzuwenden sich gar nicht entblöden. Man weiß, daß gerade im Rheinland der Gewissenszwang auf die Frauen auch gerade vor dieser Wahl von den Pfaffen so weit getrieben wurde, daß den an Sozialdemokraten verheirateten Frauen bei Strafe des Himmels aufgegeben wurde, die ehelichen Verpflichtungen so lange zu verweigern, bis der Mann „bekehrt" sei. Zugegeben also, daß dieser terroristische Einfluß der Kirche auf die Frauen bestehen bleiben mag, solange die kirchliche Organisation nicht selbst in sich zerfallen ist. Aber dieser Einwand kann höchstens erklären, nicht aber entschuldigen. Er kann es um so weniger, als der größere Bekennermut und der viel stärkere politische Betätigungsdrang der Frauen nicht nur beim Zentrum, sondern auch bei den „nationalen" Parteien gegenüber den sozialistischen und revolutionären festzustellen ist. Diese Parteien aber sind genau so auf die unterroristische reine Organisationsarbeit angewiesen wie wir. Der Einwand des Beichtstuhles verfängt hier nicht. Der gesellschaftliche Einfluß, der von den Salons und Theegesellschaften der Bourgeoisie ausgeht, aber kann von uns reichlich durch die größere Propagandamöglichkeit in den Betrieben, die Arbeiterinnen beschäftigen, wettgemacht werden. Trotzdem hat die proletarische Frau auch gegenüber ihren nationalen „Schwestern" versagt. In Köln haben z. B. die Deutschnationalen nach obiger Aufstellung genau soviel Frauen als Männer auf die Beine gebracht. Die USP. hätte also, wäre sie mit ihren politischen Ideen genau so tief in Verstand und Herz der wirtschaftlich ihr zufallenden Frau eingedrungen, nicht 8900, sondern 20 000 Wählerinnen aufbringen müssen.

Doppelt beschämend für uns ist es aber, daß diese traurige Erscheinung des vorläufigen Versagens unsrer Frauenorganisation sich durchaus nicht auf den Platz Köln beschränkt, sondern ganz allgemein festgestellt werden mußte. Leider Gottes! In Eisenach, wo ebenfalls in getrennten Wahllokalen gewählt wurde, wird genau dasselbe konstatiert. Aus Hannover liegen die getrennten Wahlresultate aus zehn Wahllokalen vor. Hier haben alle Parteien des Bürgertums einschließlich der Rechtssozialisten mehr Frauenstimmen als Männerstimmen erhalten, das Zentrum sogar fast ein Drittel (780 Männer gegen 1224

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Frauen) und die Deutsche Volkspartei ein gutes Viertel (2103 Männer gegen 2697 Frauen) mehr. **Einzig und allein die Unabhängigen und Kommunisten** haben bei weitem weniger Frauen zu Wählern als Männer; die USP.-Liste wählten 3137 Männer und nur 2683 Frauen und die KPD.-Liste 178 Männer und nur 99 Frauen.

Wir kommen also um die Tatsache nicht herum, daß die Frauen bisher noch in großen Massen unsrer Bewegung fernstehen und von unsrer Aufklärungsarbeit nicht erfaßt sind, obschon sie nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen die allerersten sein müßten, die zu uns gehörten. Wir sehen die Tatsache, die wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte anmutet, daß die Frauen gerade **die** Parteien im Stiche gelassen haben, denen sie allein die politische Betätigungsmöglichkeit überhaupt verdanken.

Die Jubelhymnen der bürgerlichen Presse über diesen Zustand legen wir zwar mit wenig Kümmernis ad acta. Denn, wenn auf der einen Seite die Bürgerlichen heute schon die letzte Frau und das letzte Mädchen für sich an die Wahlurne schleppen konnten und ihnen also eine Steigerung ihres weiblichen Anhängerbestandes kaum noch in erheblichem Umfang möglich ist, verfügen die sozialistischen und revolutionären Parteien gerade in den noch nicht aufgeklärten Frauen über gewaltige Reserven ihrer organisatorischen Kraft, über weite Strecken Brachlandes, die noch erst nutzbar gemacht werden können. Aber diese theoretische Betrachtung enthebt uns doch gewiß nicht der Notwendigkeit, nun endlich einmal mit der eigentlichen Erschließung dieser Kräftereservoirs Ernst zu machen. Unsre Propaganda- und Organisationsarbeit hat klaffende Lücken, die unbedingt ausgefüllt werden müssen. Wäre unsre Frauenagitation auf der Höhe der bürgerlichen Wahlarbeit gewesen, hätten wir nicht 80, sondern mehr als 100 Abgeordnete in den Reichstag schicken können. Es ist in diesem Sinne nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß an den proletarischen Frauen, dem Mangel an Aufklärung unter ihnen, das eine der Wahlprobleme, vielleicht sein wichtigstes, sicher aber sein akutestes, die sozialistische Mehrheit gescheitert ist. Das muß anders, ganz anders werden. Die Zahlen beweisen!

Erhöhte Bereitschaft.

Nach einer Meldung des Volksblattes in Halle vom 15. Juni wurde der ehemaligen Einwohnerwehr, jetzigen Schutzwehr Halle folgender Alarmbefehl weitergegeben:

Syndikus Scriba. Halle, a. d. S., den 7. Juni 1920.
. . . . . str.

Erhöhte Bereitschaft ist angeordnet. Versammlungsort im Falle des Alarms Reilkaserne. gez.: Schulz.
Syndikus.

Am 2. Juni wurde an die Gruppenführer der Schutzwehr ein Schreiben gerichtet, das bekanntgibt, **daß das Uebungsschießen wieder aufgenommen werden soll,** und daß die Schutzwehrler auch am **leichten Maschinengewehr auszubilden sind.** Die erste Schießübung hat am Sonntag stattgefunden. Teilnehmer waren **Kinder von 16 bis 18 Jahren** und einige ältere Herren. Am 9. Juni versandte der Wachtdienst Wittekind eine Einladung zur Versammlung am 14. Juni mit der Tagesordnung: Besprechung der zeitigen Lage und eventuell **nötig gewordener Vorbereitungen in der Organisation,** ferner Schießdienst und **Ausbildung.**

Das Blatt teilt weiter mit, daß einzelne Mitglieder der Einwohnerwehr **vier bis sechs Karabiner oder Gewehre im Hause haben,** dazu bestimmt, sie hinzukommenden Gesinnungsgenossen im Falle einer Aktion auszuhändigen.

Aus allen Teilen des Reiches laufen ständig Meldungen ein, die immer wieder aufs neue den **militärischen Aufmarsch der Reaktion** bestätigen. Deshalb müssen wir trachten, alle revolutionären Kräfte des Proletariats organisatorisch zu erfassen. Unsre Parole heißt: **Bereit sein ist alles!**

Das Wüten der Kriegsgerichte.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel hat am 30. März den 18jährigen Bergmann Ewald Müller aus Hamborn **zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt,** weil er sich als Angehöriger der sogenannten Roten Armee des **schweren Aufruhrs** schuldig gemacht haben soll. Müller hat **nur zwei Stunden Dienst getan.** Er war angesichts seiner Jugend mit der Waffe nicht ausgebildet, **konnte also auch nicht schießen,** und als von der Gegenseite das Feuern begann, **lief er zur Reichswehr über** und gab sich gefangen. In der **Begründung des Urteilsspruchs** heißt es wörtlich:

Von einer **Verhängung der Todesstrafe** hat das Gericht **Abstand genommen,** da der Angeklagte anscheinend **nur ein Mitläufer** ist und übergelaufen zu sein scheint, also nachträglich möglicherweise Bedenken bekommen hat.

Im übrigen wurden **mildernde Umstände versagt.** Wer sich einer Bewegung anschließt, die es offenbar nur auf Umsturz und Kampf gegen die rechtmäßige Regierung abgesehen haben kann, da am 26. Januar 1920 (muß wohl heißen 26. März. D. Red.) von einer Gefahr von rechts keine Rede mehr sein konnte, **verdient keine Milde.** Er hat bewußt dazu beigetragen, sein Vaterland der Gefahr völliger wirtschaftlicher und politischer Vernichtung auszusetzen. Mit Rücksicht darauf und weil der Angeklagte erst 18½ Jahre alt ist, erschien eine Zuchthausstrafe **von 5 Jahren** erforderlich und angemessen.

Infolge seines gemeingefährlichen Verhaltens erschien es weiter erforderlich, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 10 Jahren abzuerkennen und die Polizeiaufsicht für zulässig zu erklären.

Das Gericht muß also selbst zugestehen, daß Müller nur ein Mitläufer war, trotzdem kommt es aber zu außergewöhnlich hoher Bestrafung. Der junge Mann sitzt gegenwärtig im Zuchthaus zu Brieg in Gemeinschaft mit alten, berufsmäßigen Verbrechern und ist den schlimmsten sittlichen Gefahren preisgegeben. Angesichts dieser Tatsache und mit Rücksicht auf die Ungeheuerlichkeit dieses Urteils muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß das Urteil schnellstens einer Revision unterzogen und Müller auf freien Fuß gesetzt wird.

Die steigende Papierflut.

Von Rudolf Franke.

Der jüngste Reichsbankausweis vom 31. Mai zeigt wieder ein weiteres Anschwellen des Banknotenumlaufs, eine Tatsache, der bei Beurteilung unsrer Wirtschaftslage viel zu wenig Bedeutung beigemessen wird. Infolge einer verfehlten Steuerpolitik bleibt nach wie vor die Banknotenpresse die ausgiebigste Einnahmequelle des Reichs. In wie starkem Maße die Notenpresse zur Deckung des Geldbedarfs von der Regierung in Anspruch genommen wird, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit folgende kleine Uebersicht.

Es waren in Umlauf:

1920	Reichsbanknoten	Darlehnskassenscheine	Zusammen
	in Milliarden Mark		
15. Januar	35,68	13,05	48,73
15. Februar	38,77	12,69	51,46
15. März	42,50	12,68	55,18
15. April	45,70	13,71	59,41
21. Mai	49,13	13,57	62,70
31. Mai	50,02	13,57	63,59

Während also im Januar dieses Jahres für 48,73 Milliarden Mark Papiergeld von der Reichsbank ausgegeben war, stieg die Papierflut im Laufe eines halben Jahres um 14,86 Milliarden Mark.

Ein weiteres Ansteigen des Notenumlaufs in dem bisherigen Tempo kann die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen, ohne daß eine Katastrophe eintritt. Für die immer wieder neu ausgegebenen Noten ist keine Golddeckung vorhanden, noch viel weniger werden die künftig zu druckenden Noten durch den geringen Goldbestand der Reichsbank gedeckt sein. Das führt zu einer immer mehr fortschreitenden Entwertung unsrer Mark. Wenn in den letzten Monaten auch eine kleine Besserung des Markkurses auf dem internationalen Geldmarkt eingetreten ist, so ist damit die Spannung zwischen dem internationalen Börsenwert der Mark und ihrer tatsächlichen Kaufkraft im Inland nur noch größer und unhaltbarer geworden, denn der gegenwärtige Stand der deutschen Valuta steht in keinem Verhältnis zur Entwertung der Mark durch das Papier im Inland. Es muß deshalb früher oder später wieder ein Ausgleich hergestellt werden, sei es durch Einschränkung des Notenumlaufs oder durch einen Rückschlag auf dem Valutamarkt, also durch die Anpassung des internationalen Börsenwerts der Mark an ihren tatsächlichen Inlandswert. Da die Regierung aber unfähig ist, die immer weiter steigende Flut des Papiergeldes einzudämmen, werden wir uns der Höherbewertung der deutschen Mark im Auslande nicht allzu lange erfreuen können.

Die Steuereinnahmen, die im Reichshaushalt als Aktiva in Erscheinung treten, stehen dort vielfach nur auf dem Papier, weil die Regierung nicht rechtzeitig dafür Sorge trug, sich ihre Einbringung zu sichern. Die großen Unternehmungen werden die gegenwärtige Krise als willkommenen Anlaß zu großen Verlustabschreibungen benützen, um so einen großen Teil der Kapital- und Vermögenszuwachssteuern zu hinterziehen. Hinzu kommt noch, daß Riesenbeträge bereits längst ins Ausland verschoben wurden und für das Reichsfinanzministerium nicht mehr erfaßbar sind. Auf der andern Seite werden aber die indirekten Steuern, die doch in erster Linie die breiten Massen des Volkes belasten, eingezogen werden können. Um die Einkommensteuer der Arbeiter aber auch bestimmt in den Staatssäckel zu bekommen, werden ab 1. Juli 1920 jedem Arbeiter von seinem Wochenlohn 10 Prozent für die Steuerbehörde in Abzug gebracht. Bei dem Unternehmer hat man eine Sicherstellung der Steuer unterlassen, damit er seine Profite in Sicherheit bringen konnte, dem Arbeiter aber soll der letzte Groschen erpreßt werden.

Auf diese Weise wird es nie gelingen, den Geldbedarf des Reichs durch Steuern zu decken. Eine Lösung — aber auch nur eine vorübergehende — ist nur möglich durch direkte Kapitalsteuern, die einer teilweisen Vermögenskonfiskation nahe kommen und die Riesenprofite des Kapitals restlos erfassen. Eine endgültige Lösung bringt nur die Ueberleitung der wilden Profitwirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft. Wird aber an dem bisherigen System festgehalten, dann wird die Papierflut steigen und steigen, bis die kapitalistische Wirtschaft darin ersäuft.

Die größte Sorge der deutschen Regierung.

Mit einem Eifer und einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wären, setzt sich die deutsche Regierung diesmal für die Beibehaltung des Söldnerheeres in seiner jetzigen Stärke ein. Sie hat bereits einmal eine Note an die Alliierten gerichtet, in der sie verlangt hat, daß ihr die Haltung einer Armee von 200 000 Mann mit schwerer Artillerie, Flieger-Formationen und Eisenbahn-Kompanien „zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung" gestattet werde. Mit dieser Note platzte das deutsche Auswärtige Amt mitten in die Verhandlungen von San Remo und erreichte damit, daß die Franzosen in dem Glauben bestärkt werden mußten, daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, die militärischen Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen und daß die Engländer die Möglichkeit gewannen, die deutsche Forderung geschickt zu ihren Gunsten zur Erringung neuer Vorteile in der türkischen Frage zu benutzen. Für Deutschland war die Folge selbstverständlich die, daß eine glatte Ablehnung der Forderung erfolgte, durch die vor aller Welt wieder dokumentiert wurde, daß die deutsche Regierung es sei, die mit militärischen Operationen und Forderungen die Ruhe Europas störe. Es ist fast selbstverständlich, daß die Regierung aus dieser schweren Niederlage nichts gelernt hat. Sie hat deshalb jetzt **kurz vor der Konferenz in Spa eine neue Note** an die Alliierten gesandt, in der sie nochmals die **Aufrechterhaltung einer 200 000 Mann starken Armee** verlangt. Es ist bezeichnend, daß nur durch Gerüchte etwas über diese Note in der deutschen Presse bekannt geworden ist und daß die **Regierung nicht wagt, diese Note zu veröffentlichen.** Entgegen allen deutschen Interessen scheut die Regierung sich nicht, immer wieder rein militaristischen und imperialistischen Forderungen der Gegenrevolution Raum zu geben und das deutsche Volk dadurch in aller Welt zu diskreditieren. Wenn auch zu erwarten ist, daß auch diesmal ein glattes, energisches „Nein!" die Antwort ist, die die deutschen Unterhändler in Spa erhalten werden, so muß doch im Interesse des deutschen Volkes gefordert werden, daß die Regierung ihre Versuche, den Friedensvertrag den Militaristen und Gegenrevolutionären zuliebe zu sabotieren, endlich aufgibt.

Der Berliner Flugblattrummel.

Die Tägliche Rundschau hat sich der Mühe einer „Enthüllung" unterzogen, die man während des Wahlkampfes hätte begreifen können, die aber jetzt völlig unerklärlich ist. Sie hat ein Flugblatt veröffentlicht, das **angeblich von der Berliner Be**[illegible] der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der **Gewerkschaftskommission** und der **Betriebsrätezentrale** ausgehen soll. Obwohl in diesem Flugblatt **lediglich von der Abwehr** eines bevorstehenden militaristischen Putsches durch Generalstreik und wenn nötig mit Waffengewalt die Rede ist, hat die Tägliche Rundschau und nach ihr die übrige Rechtspresse versucht, es so darzustellen, als ob es sich um die Vorbereitung eines Putschversuches unserer Partei handele. Gegenüber dieser nachträglichen Wahlmache und dem Versuch, die Stimmung für eine neue Militärautokratie vorzubereiten, muß auf das nachdrücklichste festgestellt werden, daß **die offiziellen Instanzen mit diesem Flugblatt nicht das geringste zu tun haben.** Unsere **Parteileitung** hat sofort festgestellt, daß ihr **das Flugblatt nie vorgelegen hat** und auch die **Großberliner Parteigruppe hat niemals die Unterschrift zu diesem Flugblatt gegeben.** Ebenso stellt der Genosse Vollmershaus fest, daß die **Berliner Gewerkschaftskommission ihre Unterschrift** zu diesem Flugblatt **niemals gegeben** hat. Es handelt sich bei dem Flugblatt, das in der Tat gedruckt vorliegt, wie aus seinem Inhalt hervorgeht, um eine rein vorsorgende Maßnahme, über deren Zweckmäßigkeit und Geschicklichkeit man allerdings sehr verschiedener Meinung sein kann, die aber ganz klar und einwandfrei erkennen läßt, daß es sich nicht um einen Putsch unserer Partei, sondern allein um die Abwehr eines nationalistischen Putsches handelt. Dieses Flugblatt ist innerhalb der Berliner Parteigruppe von einigen Genossen vorbereitet worden. Es ist selbstverständlich, daß es vor seiner Verbreitung erst der Einholung der Unterschrift der in ihm genannten Verbände bedurft hätte. Ein Verfahren, das in so bedrohlichen Situationen, wie die Tage vor und nach den Wahlen sie dargestellt haben, nicht nur durchaus einwandfrei, sondern auch sehr verständlich ist und bei anderen ebenso üblich sein dürfte. Es ist deshalb ein vergebliches Bemühen, wenn die reaktionäre Presse heute versucht, aus dieser Maßnahme neuen Stoff für ihre verhetzende Propaganda zu ziehen.

Die Reaktion nimmt die Maske ab.

Die Bayrische Volkspartei (Zentrum) hat auf ihrer Landesversammlung am 11. Juni den Schleier von ihren erzreaktionären Zielen ein wenig gelüftet. Ihre beiden Führer Speck und Held haben den bisherigen „unpolitischen" Zentrums-Ministerpräsidenten auch für die kommende Regierung erwählt. Der bisherige Fraktionsvorsitzende der bayrischen Volkspartei stellte für das Regierungsprogramm folgende Richtlinien auf: **Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen; die Einwohnerwehr, die Reichswehr und die Polizeiwehr dürfen nicht angetastet werden. Bayern muß von allen unsauberen Elementen „gesäubert" werden.** Die religiöse und sittliche Erneuerung des Volkes ist mit allen Mitteln zu fördern. **Eine baldige Revision der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne ist anzustreben. Ebenso muß zu einer Revision der bayrischen Verfassung geschritten werden. Die Institution eines Staatspräsidenten und Errichtung einer zweiten Kammer wird angestrebt.** Zur Verwirklichung dieser Forderungen nimmt Herr Held auch die Mitarbeit der Rechtssozialisten gerne an.

Das ist ein klares Programm. Die Rückwärtsrevidierung der Verfassung, Schaffung einer zweiten Kammer und zum Schutz der reaktionären Machenschaften eine starke Militärmacht. Da das Zentrum auch einen Staatspräsidenten will, und die Wittelsbacher wieder zu ihrem treuen Volk zurückgekehrt sind, so braucht der Staatspräsident seinen Platz nur Herrn Ruprecht von Wittelsbach abzutreten, und das alte monarchistisch-zentrümliche Bayern ist wiederhergestellt.

Maßnahmen zur Rettung des kapitalistischen Systems.

In der Pfälzer Schuhfabriken-Monopole Pirmasens lagern ungeheure Vorräte an Schuhzeug, das die Fabrikanten nicht herausgeben, weil die Preise gesunken sind. Die Lager bleiben gefüllt, die Fabrikanten haben den **Betrieb eingestellt und 9000 Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße.** Es fehlt also nicht an Rohmaterial, es fehlt nicht an Arbeitern, auch nicht an Kohle, es fehlt nur an — **hohen Preisen** und fetten Profiten für die Unternehmer, deshalb müssen die Arbeiter barfuß laufen und das Personal der Schuhfabriken hungern, so will es die kapitalistische Ordnung.

Der **Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium** hat am 10. Juni über die Stillegung der Pirmasenser Schuhfabriken beraten; der Bericht, den die P. P. N. über diese Beratung veröffentlichen, charakterisiert den kapitalistischen Geist, der in dem von dem „Sozialdemokraten" Schmidt geleiteten Reichswirtschaftsministerium herrscht. Hören wir:

„Staatssekretär Hirsch konnte feststellen, daß diese Stillegung nicht auf den „bösen Willen", eine sogenannte Unternehmersabotage, zurückzuführen sei, sondern daß tatsächlich eine derartige Ueberproduktion stattgefunden habe, daß an ein **Absetzen der riesigen Läger** unter den augenblicklichen Verhältnissen **nicht zu denken** war. Die Bankkredite der Fabrikanten sind vollständig erschöpft. Die Arbeitslosenunterstützung für die etwa 9000 feiernden Arbeiter beträgt allein 5 bis 5½ Millionen Mark im Monat. Würden die Fabrikanten ihre Betriebe weiterarbeiten lassen, wären die Risikobeiträge, namentlich bei einem weiteren Preissturz, aber noch unverhältnismäßig viel größer als diese Unterstützung. Bei den Besprechungen, die Staatssekretär Dr. Hirsch in Pirmasens hatte, wurden zwei Wege als vielleicht gangbar erörtert. Der eine hätte darin bestanden, die Schuhwaren vorübergehend zur Ausfuhr freizugeben, doch mußte man hiervon absehen, weil der ungedeckte Inlandsbedarf bei weitem zu groß ist. Eine zweite Möglichkeit liegt darin, die Schuhindustrie durch Aufträge des Reichs zu unterstützen, wobei die Unternehmer ein angesichts der vorherigen Gewinne erträgliches Opfer zu bringen hätten. Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht genommen, durch die Schuhnotstandsversorgung größere Posten Schuhwerk abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden, Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde unter Mithilfe aller beteiligten Instanzen, auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenstraßenstiefel mit etwa 120 bis 125 Mk. für ein Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, anderseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Einwirkung ausüben und so auch den jetzt stockenden Absatz beschleunigen. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stillegen des Betriebes zu vermeiden. Auf diese Weise hofft man, auch den andern mit Stillegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man weitere Stillegungen, die die Interessen aller Bevölkerungsschichten schädigen, vermeiden kann."

Diese „Lösung" ist geradezu ein Skandal! Die Schuhfabrikanten haben in den letzten Monaten ungeheure Gewinne eingesteckt. Jetzt sollen ihnen ihre Vorräte zu hohen Preisen von Reich und Gemeinden abgenommen werden, wozu man allgemeine Steuermittel und selbst Fonds der Arbeitslosenversicherung heranziehen will, nur damit die Schuhkapitalisten nicht in ihrem Profit geschmälert werden! Die republikanisch-demokratische Regierung die schon die Agrarier mit Liebesgaben überschüttet, füttert jetzt auch noch die Unternehmer mit Liebesgaben auf Kosten der Allgemeinheit und verhindert damit die so notwendige Verbilligung des unentbehrlichen Schuhzeugs. Tollere kapitalistische Interessenwirtschaft kann auch eine Regierung nicht treiben, die sich nur aus eingefleischten Vertretern des Großkapitals zusammensetzt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Französische Offiziere als deutsche Fürstenknechte.

Im Pariser Populaire veröffentlicht der frühere Volksbeauftragte der Republik Ungarn, Zoltan Ronai, einen Brief, in dem er schildert, wie sich ein Mitglied der französischen Militärkommission in Wien, ein Hauptmann de l'Epine, für die monarchischen Aspirationen des ehemaligen bayrischen Kronprinzen Rupprecht auf den Thron eines geeinten, monarchistischen, klerikalen und „antibolschewistischen" Oesterreich-Bayern mit eigner Person einsetzt. Ronai schreibt u. a.:

„Der Herr Hauptmann de l'Epine ist Mitglied einer (Wiener) französischen Militärmission. Im Sinne des französischen Gesandten in Wien hat er keinen politischen Auftrag. Dennoch zog der Kapitän in Salzburg Informationen über die Stimmung der Bevölkerung in der Frage der österreichisch-bayrischen Vereinigung ein. Dabei machte er aber einige persönliche Geständnisse... Er erklärte vor dem Professor Wagner aus Salzburg, „man müsse eine größere Energie gegenüber dem Terror der Sozialdemokraten an den Tag legen. Auf ein Dutzend Menschenleben mehr oder weniger dürfe es dabei nicht ankommen. Er stimmte dabei ferner eine große Lobeshymne auf den Kronprinzen Rupprecht an und er gab seiner Sympathie für eine österreichisch-bayrische Monarchie lebhaften Ausdruck."

Ronai schließt seinen Bericht: Die Entente spielt ein grandioses Doppelspiel. Um den nationalistischen Leidenschaften der Massen die Spitze abzubrechen, fordert sie den Kopf Rupprechts, des Erzhunnen, der den roten Hahn auf Dächer der französischen Dörfer setzte, und hinter den Kulissen will sie auf denselben Kopf die neue österreichisch-bayrische Krone setzen, um durch die Monarchie die Revolution in diesen Ländern niederzuhalten; die mächtigste Stütze der Konterrevolution in Mitteleuropa ist die Diplomatie der Entente.

* * *

Ronai selbst hat das verbrecherische Wesen der kapitalistischen und militaristischen Internationale in diesen letzten Sätzen treffend gebrandmarkt. **Französische Offiziere als die Stiefelputzer deutscher Despoten und die Kärrner alldeutscher Staatsstreichler!** Das revolutionäre Proletariat können solche Ungeheuerlichkeiten zwar nicht überraschen; aber es tut gut, in die Kaschemmen der internationalen Bourgeoisie, in denen die Weltverschwörung gegen den Sozialismus ausgeheckt wird, immer wieder hineinzuleuchten.

Rupprecht, der Favorit Millerands.

Das Salzburger Volksblatt erweitert jetzt noch diese Mitteilungen Ronais. Danach hat Kapitän l'Epine dem deutsch-freiheitlichen Professor Wagner noch ausdrücklich versichert, daß Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft des früheren Kronprinzen Ruprecht stehendes monarchistisches Bayern anschließen würde. Darauf betonte Professor Wagner die unbedingt republikanische Gesinnung seiner Parteigenossen.

Die türkischen Wirren.

Revision des Friedensvertrages? — Wiederaufnahme des Kampfes durch die Nationalisten.

Paris, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung des Temps kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfalle, der Oberste Rat gewisse bedeutende **Abänderungen der türkischen Friedensvertragsklauseln ins Auge fassen** könnte. Eine Atmosphäre der Beunruhigung scheine in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die **nationalistischen Streitkräfte** von Mustafa Kemal Pascha nicht nur ganz Kleinasiens, sondern auch der asiatischen Küste des Marmarameeres mit Ausnahme von Ismid, wo sich noch eine britische Garnison halten könne, bemächtigt hätten. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffsroute, die von Gallipoli nach Konstantinopel führe, beherrsche.

Amsterdam, 16. Juni. Laut Times aus Konstantinopel haben die **türkischen Nationalisten den Waffenstillstand gebrochen** und die französischen Vorposten in den armenischen Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Eregli besetzt und von den französischen Besitzern eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Bergwerke an die nationalistische Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden **Franzosen und den nationalistischen Truppen kam es zum Kampfe**, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. — Wie die Times weiter meldet, ist den türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit unter Munitionsmangel zu leiden hatten, bei der Einnahme von Bosanti **ein großes Depot mit Artilleriemunition in die Hände gefallen**, das die Deutschen im Winter 1917 in der Nähe des Taurustunnels errichtet hatten. Weder die Engländer noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionsvorräte zerstört.

Schwere Unruhen in Mesopotamien.

Paris, 15. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Teheran vom 14. Juni hat sich die schon beunruhigende Lage in Mesopotamien in den letzten Tagen verschlimmert. In Mosul seien schwere Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten; auch in Hambra hätten blutige Zusammenstöße stattgefunden. In Bagdad seien die Manifestanten vor das Polizeikommissariat gezogen, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu verlangen. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

Keine bolschewistischen Anorisse auf Afghanistan und Persien.

Rotterdam, 15. Juni. Wie Nieuwe Rotterdamsche Courant aus London meldet, werden die beunruhigenden Gerüchte über das Auftreten der Bolschewisten im Orient offiziös für unbegründet erklärt. Es sei nichts über die Bildung eines Bolschewistenheeres bekannt, das die Aufgabe habe, Afghanistan oder Persien anzugreifen. Die Lage in Mesopotamien sei ziemlich ungeklärt, da nicht feststehe, wer für die Angriffe arabischer Stämme auf die Engländer verantwortlich sei. Die Angreifer seien zum Teil Anhänger des Emir Fessal, der indes seine vorige Freundschaft für England erklärt habe. Es sei möglich, daß die Angriffe auf türkische Hetzereien zurückzuführen seien. Eine andere Note erklärt die Gerüchte über Bolschewistenangriffe in Indien für unbegründet.

Die Vorgänge im Osten.

Sowjet-Rußland in Persien.

Paris, 16. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Teheran hat die russische Sowjet-Regierung auf die Note der persischen Regierung mit einer Erklärung geantwortet, die Besetzung richte sich nicht gegen die Unabhängigkeit Persiens. Die Sowjet-Regierung verpflichtet sich, Enzeli an dem Tage zu räumen, an dem die Unabhängigkeit Persiens sichergestellt sei.

Russisch-finnische Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 15. Juni. Nach einem Telegramm aus Helsingfors wurden am Sonnabend in Dorpat die finnisch-russischen Friedensverhandlungen eingeleitet.

Kommunistenverhaftungen und Streiks in Kowno.

Kowno, 16. Juni. Hier wurden **17 Arbeiterführer** wegen Verbreitung einer kommunistischen Proklamation **verhaftet**, in der zum bewaffneten Widerstand gegen die Nationalversammlung, zum Sturz der Regierung und Uebernahme der Regierungsgewalt durch das Proletariat aufgefordert wird. — Gestern morgen traten die Eisenbahn- und die Fabrikarbeiter in den Ausstand. Die Straßenbahn wurde durch streikende Arbeiter an der Betriebsaufnahme gehindert. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Urteil gegen die Mitglieder der Kolltschakregierung

Kopenhagen, 15. Juni. Nationaltidende meldet aus Helsingfors: Das sibirische Revolutionsgericht fällte das Urteil über die Mitglieder der **Kolltschak-Regierung. Vier Mitglieder wurden zum Tode**, sechs zu **lebenslänglicher Zwangsarbeit**, zehn zu zehnjähriger und zwei zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Kämpfe zwischen Japanern und Koreanern.

Tokio, 15. Juni. Aus Söul wird gemeldet: 2000 koreanische Banditen haben die japanische Garnison am Tumen-Fluß an der chinesischen Grenze angerissen. Sie wurden zurückgeschlagen. Die Japaner verloren 62 Mann, die Koreaner ließen 42 Tote zurück. Bei der Verfolgung betraten die Japaner **chinesisches Gebiet.** Der kommandierende Offizier erklärte das für unvermeidlich.

Deutschland.

Der Prozeß gegen die Marburger Studenten

Mittwochmorgen fand auf der Straße Eisenach—Gotha bei den Orten Sättelstedt, Mechterstedt und Teutleben der Lokaltermin des Kriegsgerichtes der ehemaligen 22. Division wegen der Vorkommnisse bei Bad Thal statt. Außer den 14 Angeklagten waren auch 12 Zeugen und einige Sachverständige erschienen. Die einzelnen Tatorte und die Lage der 15 Leichen wurden festgestellt. Die Angeklagten behaupteten übereinstimmend, daß auf die 15 Gefangenen während der Flucht geschossen worden sei. Heute findet die Fortsetzung der Verhandlungen in Marburg statt.

Nordschleswig Dänemark überwiesen.

Der Präsident der Friedenskonferenz hat dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation die offizielle Notifikation der neuen Schleswiggrenze übersandt und mitgeteilt, daß die Alliierten das nördlich der Grenze gelegene Gebiet Dänemark zuweisen würden.

Die Wacht am Rhein,

Deutschland, Deutschland über alles, Heil dir im Siegerkranz, Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, der Haßgesang und ähnliche Leiblieder der deutschen Hurrapatrioten dürfen nach einem Befehl des Kommandierenden Generals der Rheinarmee im besetzten Gebiet nicht gesungen werden. Ebenso ist das Flaggen in den deutschen Nationalfarben verboten worden. Das Verbot ist angeblich durch „Zwischenfälle" veranlaßt worden und soll „Anlässe zu Unruhen vermeiden".

Weitere Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

Wie aus Köln berichtet wird, ist der Grund des **Verbotes der Kölnischen Volkszeitung** und der **Rheinischen Zeitung** darin zu suchen, daß sie Artikel gegen die **Verwendung farbiger Truppen** im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden Zeitungen sind **weitere fünf Blätter** im besetzten Gebiete vorläufig **verboten** worden.

* * *

Revision der neuen Telephongebührenordnung? Einer Abordnung von Telephonteilnehmern wurde in der Münchener Abteilung des Reichspostministeriums mitgeteilt, daß eine Revision der neuen Telephongebührenordnung binnen kurzem den Reichstag beschäftigen werde.

Ueber die Gründung einer deutsch-russischen Bank schweben nach einer Berliner Meldung Verhandlungen zwischen einem russischen Konzern und einer deutschen Großbank.

Kleine Auslandsnachrichten.

Rücktritt des norwegischen Ministeriums.

Wie die Kopenhagener Blätter aus **Christiania** melden, hat das Storting gestern das Wegebaugesetz des Ministeriums Knudsen mit 74 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen werde Ministerpräsident Knudsen heute mit der ganzen **Regierung zurücktreten.** Man glaube, daß der König den Stortingpräsidenten Halvorsen ersuchen werde, die neue Regierung zu bilden.

* * *

Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten. Ueber New York wird aus Tokio gemeldet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein **erfolgloser Anschlag** gemacht worden sei; der Täter, ein Japaner, sei verhaftet.

Ungarische Wahlen. Die Wahlen im Gebiet jenseits der Theiß haben folgendes Ergebnis gehabt: Gewählt wurden elf kleine Landwirte, vier Mitglieder der Christlich-Nationalen Vereinigung, zwei Parteilose, ein Anhänger Friedrichs. Stichwahlen sind in elf Bezirken notwendig; sie finden am 20. Juni statt.

Auflösung von Gemeindevertretungen. Nach einer Zeitungsmeldung sollen sämtliche Gemeindevertretungen des Sultschiner Ländchens aufgelöst und durch Verwaltungskommissionen ersetzt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte!

Bei allen Lohn- und Gehaltszahlungen, die vom 25. Juni 1920 ab erfolgen muß der Unternehmer 10 Prozent für die Reichseinkommensteuer abziehen. Dabei ist es gleichgültig, ob der Lohn in der laufenden Woche verdient oder rückständiger Akkord- Ueberschuß für längst geleistete Arbeit ist. Die Betriebsräte mögen die Arbeiter auf diesen Umstand aufmerksam machen und die Abrechnung für erledigte Arbeiten sofort verlangen. Unter Umständen müssen die Arbeiter entsprechende Abschlagszahlungen fordern.

Angestellte und Arbeiter tun gut, die Gehalts- bezw. Lohnzahlungen diesmal am 24. Juni zu verlangen, um wenigstens bei Quartalwechsel (Miete usw.) durch den Abzug nicht in Schwierigkeiten zu geraten. Das ist durchaus erlaubt. Eine Hinterziehung der Steuer oder eine Umgehung der Bestimmungen findet dadurch nicht statt.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Zum Streik in der Ziegel-Industrie.

Der Streik in den Ziegeleien in Liebertwolkwitz, Baalsdorf, Fuchshain und Holzhausen dauert unvermindert an. Von der Unternehmerorganisation sind Zugeständnisse auf die Minimalforderungen der Arbeiterschaft nicht gemacht worden. Die Unternehmer glauben eben immer noch, die Arbeiterschaft mit Löhnen abspeisen zu können, die in gar keinem Verhältnis zu der bestehenden Teuerung für alle Lebens- und Bedarfsartikel stehen. Wie gering die Ziegelarbeiter bisher entlohnt worden sind, geht daraus hervor, daß die Löhne vom März bis November vorigen Jahres noch für einen vollleistungsfähigen Arbeiter pro Stunde 1.60 bis 1.80 Mk. betrugen, und von diesem Zeitpunkt ab bis März dieses Jahres 2.20 Mk. — Nachdem nun alle möglichen und unmöglichen Instanzen zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten angerufen worden sind, fällte der bezirkliche Schlichtungsausschuß in Dresden folgenden Schiedsspruch:

Setzen, Ausfahren, Zufahren, Sortieren	5.50 Mk.
Grubenarbeiten, Pressenarbeiten, andere Arbeiten	5.20 „
Brenner, die selbst Kohle fahren	5.00 „
Brenner, ohne Kohle fahren	4.40 „
Arbeiter über Alter von 18–20 Jahren	4.70 „
Arbeiter über Alter von 16–18 Jahren	3.70 „
Arbeiter über Alter von unter 16 Jahren	2.70 „
Arbeiterinnen über 20 Jahre	3.50 „
Arbeiterinnen über 18–20 Jahre	3.40 „
Arbeiterinnen über 16–18 Jahre	2.90 „

Arbeiterinnen, soweit sie Arbeitsleistungen verrichten, die im allgemeinen von Männern verrichtet werden, erhalten höhere Löhne, die zwischen der Betriebsleitung und der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vereinbart werden. Die Lohnsätze gelten vom 16. April 1920 bis 30. Juni 1920.

Auch diesem Schiedsspruch haben sich die Unternehmer nicht unterworfen, sie wollen unter keinen Umständen mehr als 4 Mk. den Arbeitern und 50 Prozent des Männerlohnes den Arbeiterinnen zahlen. Von welchem Geist übrigens die Unternehmer beseelt sind, zeigt folgendes Kulturdokument, das wir heute von dem Ziegeleiverband erhielten und folgenden Wortlaut hat:

„Wir halten es für angezeigt, Ihnen Kenntnis zu geben von einem einstimmigen Beschluß unserer Mitgliederversammlung vom 12. d. Mts. Dieser Beschluß ist durch anliegendes Plakat den Arbeitern sämtlicher Verbandsbetriebe in der Kreishauptmannschaft Leipzig bekanntgemacht worden. Wir müssen nun Ihnen die Verantwortung dafür überlassen, wenn von den unserseits in Aussicht genommenen Maßnahmen auch die arbeitswilligen und mit den jetzigen Lohnverhältnissen durchaus einverstandenen Arbeitnehmer mitbetroffen werden. Daß die letzteren den bei weitem überwiegenden Teil aller Arbeitnehmer in der Ziegelindustrie der Kreishauptmannschaft Leipzig ausmachen, dürfte Ihnen hinreichend bekannt sein."

Ein großes Plakat, welches dem Schreiben beilag, lautet folgendermaßen:

„Bekanntmachung! Der in einigen Ziegelwerken der Kreishauptmannschaft Leipzig, u. a. in Liebertwolkwitz, Holzhausen, Fuchshain und Baalsdorf, ohne die vorgeschriebenen vorherigen Verhandlungen von Verband zu Verband ausgebrochene Streik ist ungesetzlich, da das von den beteiligten Organisationen auf Grund des Reichsarbeitsvertrages eingeleitete Schlichtungsverfahren, an dessen Verzögerung die Arbeitgeber nachweislich schuldlos sind, noch nicht zu Ende geführt ist. Der Ziegelei-Verband der Kreishauptmannschaft Leipzig e. V. hat daher in seiner Mitgliederversammlung am 12. Juni 1920 einstimmig beschlossen, in allen dem Verband angeschlossenen Ziegelei-Betrieben gemeinsame, voraussichtlich folgenschwere Maßnahmen zu treffen, wenn die streikenden Arbeiter nicht spätestens am 21. Juni 1920 die Arbeit in den betreffenden Werken zu den bisherigen Löhnen und Bedingungen wieder aufnehmen."

Die Ziegeleibesitzer glauben nun mit dieser Aussperrung die Arbeiterschaft ins Bockshorn jagen zu können. Leider haben sich auch schon etliche Arbeitswillige gefunden, die aber auf die Produktion keinen Einfluß haben. Wir erwarten von den Ziegeleiarbeitern und auch von Arbeitern der gelernten Berufe, daß sie die bestreikten Betriebe meiden.

Verband der Fabrikarbeiter.
Zahlstelle Leipzig.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni am 5. Juli ds. Js. eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommission nach Berlin zu berufen zwecks Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. An dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über weitere erforderliche Maßnahmen entschieden werden.

Aus der Partei.

Zur Regierungsbildung in Einzelstaaten.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Die Wahlen zu den Einzellandtagen stellen die Genossen verschiedener Freistaaten vor die Frage einer sozialistischen Koalitionsregierung. Das Zentralkomitee erklärt für solche Fälle als erste und wichtigste Voraussetzung einer sozialistischen Koalitionsregierung in einzelstaatlichen Parlamenten, daß unsre Parteigenossen keine unsrer grundsätzlichen Forderungen preisgeben.

Die Genossen eines Freistaates, an die die Frage der Bildung einer sozialistischen Koalitionsregierung praktisch herantritt, werden ersucht, zuvor mit dem Zentralkomitee in Verbindung zu treten, ehe sie bindende Vereinbarungen wegen der Regierungsbildung treffen.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück.

Luckau, 17. Juni. (TU.) Der Personenzug der Niederlausitzer Eisenbahn ist auf der Station Schlepzig der Strecke Lübben-Beskow gestern entgleist. Der Führer des Zuges wurde getötet, mehrere Personen sind schwer verletzt. Bisher ist die Strecke für den Verkehr noch nicht wieder freigegeben.

Großer Juwelendiebstahl.

Wien, 17. Juni. (TU.) Dem ehemaligen österreich-ungarischen Botschafter in Madrid, Prinzen von Fürstenberg, wurden gestern in seinem Wiener Schlosse **Juwelen im Werte von 6—8 Millionen Kronen** gestohlen.

Großer Waldbrand in Schottland.

London, 16. Juni. Im Moor von Rosseromarti (?) in Schottland wütet ein heftiger Waldbrand. Mannschaften der Kriegsflotte bekämpften ihn.

Letzte Nachrichten.

Fehrenbach mit der Regierungsbildung beauftragt.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte Dr. Mayer hat den Auftrag zurückgegeben. Der Reichspräsident hat nun den bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, mit der Regierungsbildung betraut.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pillmann, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Hühneraugen? Da hilft nur Kukirol, das glänzend bewährte Mittel. Auch gegen Schwielen, Hornhaut u. Warzen mit bestem Erfolge anzuwenden. Pr. 2.50.
In allen Apotheken u. Drogerien erhältlich. König Salomo-Apotheke.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Achtung!

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene

von Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg u. Umg.

Freitag, den 18. Juni 1920, abends 1/8 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Ritterschlößchen Barneck.

Tagesordnung: **Können wir politisch neutral sein?**
Referent: Genosse **Dasecke.** Freie Aussprache.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Leipzig.

Otto Kathert

Lindenau, Merseburger Straße 127.

Linsen . . Pfd. **3.50**
Erbsen . . Pfd. **2.30**
Hafermehl reines weißes **3.25**
Zigarren . . . Stück **80** Pfg.
Rein. Holl. Tabak
Zigaretten Stück **35** Pfg.
mit Goldmundstück.

Krystall-Palast

Heute letzter Tag.

Auf vielseitigen Wunsch

Harry Piels

Abenteurer-Werk

„Unter heisser Zone"

6 Sensations-Detektiv-Abenteurer-Film in aussergewöhnlich spannenden Akten **6**

Unter anderem:
Kolossale Löwen- und Tigerjagden in den Dschungeln Afrikas.

Die grosse Brückensprengung
Der führerlose D-Zug
Eine Fahrt auf Leben und Tod usw.

Ausserdem das reichhaltige Beiprogramm.
Anfang wochentags 1/4 Uhr / Sonntags 3 Uhr.
Bis 7 Uhr Kinder- und Jugendvorstellung.

Besonders preiswerte

Angebote!

Hemdentuche
80 cm, Ia **19.50 17.50 15.50**

Einmaliger Posten:
5000 Meter
Rohbarchente
73/75 cm . . . . . Meter **14.50**

Karierte Bettzeuge
80 cm **21.50**

Hemdenbarchente
in mod. Streifen und guter Qualität
75 und 80 cm . . **24.50 22.50 19.50**

Bettinletts
Ia Köper-Qual., 130 cm, garantiert federdicht **54.50 38.– 29.50**

Bettkattune 130 cm breit **32.50** 80 cm breit **21.50 16.50**

Schürzenstoffe
120 cm **32.–**

Voll-Voile
glatte, sehr schöne Qual., 115 cm **36.–**

Musseline
80 cm **13.50 10.50**

Dirndl-Stoffe
in vielen schönen Mustern **17.50 24.50**

Kaufhaus Gebr. Held

Leipzig-Lind., Merseburger Strasse
Ecke Demmeringstrasse.

Unsere Sonder-Abteilung für Händler bietet selten günstige Einkaufsvorteile!

Betriebsräte und -Obmänner Angestellten- u. Arbeiterräte im Bank- und Handels-Gewerbe.

Hauptgruppe I

Betriebsräte Gewerkschaftskartell Leipzig

Untergruppen:
Bankwesen, Groß- und Mittelbanken, Bankgeschäfte, Hypotheken, Genossenschaftsbanken, Treuhand- und Revisionsgesellschaften, **Versicherungswesen,** Lebens-, Diebstahl-, Unfall-, Feuer- u. Hagelversicherung, Versteigerung, Vorleihung (Pfandleihen, Aufbewahrung), **Großhandel,** Kauf- und Warenhäuser, **Kleinhandel,** Detailverkauf.

Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr,
im **Volkshaus, Gesellschaftssaal**

Versammlung

Tagesordnung:

Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Wahl des Gruppenrates.

Alle Betriebsräte, Angestellte wie Arbeiter müssen erscheinen.

Gewerkschaftskartell Leipzig.
Abteilung Betriebsräte.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau i. Viktoria-Hotel 2. Etage, Zimmer 16 bis 18 23 und 24 — Arbeitsnachweis: Münzgasse 24 täglich von 9 bis 12 Uhr.

Zahlstelle Leipzig

Bureauzeit: 9 bis 12 Uhr vormittags 4 bis 6 Uhr nachmittags Sonnabends durchgehd. 9 bis 3 Uhr. Tel. 8607.

Kistenmacher. Freitag, den 18. Juni, abends 5 Uhr, **Versammlung** im **Volkshaus,** Mittelsaal, Tagesordnung: 1. **Bericht über den Stand der Bewegung.** 2. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet **Die Branchenleitung.**

Bildhauer aller Branchen. Sonnabend, den 19. Juni, abds. 7 Uhr, **Versammlung** im **Volkshaus.** Tagesordnung: 1. **Bericht von der Reichskonferenz.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist nötig. **Die Branchenleitung.**

Lehrlinge aller Branchen. Am Donnerstag, den 24. Juni, abends 6 Uhr, findet im **Volkshaus,** Gesellschaftssaal, ein **Vortrag** mit Lichtbildern über die **Geschichte der Revolution** statt. Kollegen, weist die Lehrlinge eures Betriebs auf diesen Vortrag hin und sorgt für Massenbesuch.

Achtung! Die Kollegen mögen beachten, daß die **Achtung!**
neuen Beiträge ab 1. Juli in Kraft treten.
Restanten können die alten Beitragsmarken nur bis 26. Juni erhalten. Von da ab sind auch für Restbeiträge die neuen Beitragssätze zu zahlen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig)

Zirkulieren lassen! **Urwahl!** Zirkulieren lassen!

Sonnabend, den 19. Juni, **mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr,** findet die **Wahl eines weiteren Beamten** für die Zahlstelle statt.
Stimmzettel, auf denen die **Wahllokale** und **Bewerber** verzeichnet sind, können auf dem **Bureau** während der Geschäftsstunden entnommen werden.
Alles muss zur Wahl gehen! **Die Ortsverwaltung.**

Oeffentliche Aufforderung!

An den Improvisator Herrn Paul Förster
z. Zt. Varieté Drei Linden Leipzig.

Sie lassen sich in den Ankündigungen des Varieté „Drei Linden" als **„Deutschlands bester Improvisator"** bezeichnen; da ich mich durch diese Benennung in meinem künstlerischen Rufe geschädigt fühle, erbiete ich mich, Ihnen diesen Titel streitig zu machen.
Ich bin bereit, um diesen Titel mit Ihnen einen Dichter-Wettstreit auszufechten und erwarte auf öffentlichem Wege Ihre diesbezügl. Antwort.

Hochachtungsvoll

Max Neubert, Meister-Improvisator
z. Zt. Direktor der Künstlerspiele Groß-Freiberg, Freiburg i. Br.

P. S. Da Sie mir auf meine beiden Briefe nicht geantwortet haben, bin ich genötigt, den Weg der Oeffentlichkeit zu beschreiten.

Fahrräder 1. Mark.
neu u. wie neu vorgericht., für Herren, Dam. u. Kinder
Decken u. Schläuche
Riesenausw., allerbil. Pr.
Beyer Ranstädter Steinweg **33.**

Halt! Aufgepaßt! Halt!
Frau **Witteles**
kauft immer für alte u. neue **Wäsche, Herren- und Damensachen** sowie alte **Herrenhosen,** einzelne **Möbelstücke** sowie ganze **Wirtschaften,** Leihhausscheine, Gardinen, Teppiche, Stores sowie jeden alten Schmuckgegenstand.
Lortzingstraße Nr. 12, am Fleischerplatz. Tel. 13150.

Metalle
Felle
Zeitungen
Bücher
Moschpapier
Lumpen
kauft und holt ab
A. Streubel
Leipzig Gr. Fleischerg. 10

Kanin
jedes Quantum, sowie alle Arten rohe u. zug. Felle kauft **Klar,** Ritterstraße 17, H.*

Familien-Nachrichten

Gemischter Chor Leipzig-West.

Am Dienstag, dem 15. Juni, verschied unsre liebe Sangesschwester, Frau

Anni verw. Gröbner geb. Jllmann

Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Die Sangesschwestern und Brüder treffen sich Sonnabend, nachmittags 1/2 2 Uhr, an der Friedhofskapelle L.-Kleinzschocher.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Gattin, unsrer herzensguten Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin, Frau

Martha Henze geb. Kloss

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für herzliche Teilnahme und reichen Blumenschmuck hiermit unsern innigsten Dank. Dir aber, liebe Martha, rufen wir ein Ruhe sanft in dein allzufrühes Grab nach.

Seegeritz, Plaußig, Mockau und Thekla.

Der schwergeprüfte Gatte **Fritz Henze**
Familie Kloss nebst Hinterbliebenen.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unsres unvergeßlichen Lieblings **Kurtchen Janusiak** können wir es nicht unterlassen, allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlich zu danken. Dank Herrn Pastor Seidel für die trostreichen Worte am Grabe sowie Herrn Lehrer Ahnert und dem Chor für den schönen Gesang. Alles dies hat unsern Schmerz gelindert. Dir aber lieber Liebling, rufen wir ein Ruhe sanft in die Ewigkeit nach.

Du warst so gut und starbst so früh
Doch wir vergessen deiner nie.

Muckern, 14. 6. **Die schwergeprüften Eltern u. Hinterbl.**

Die Beerdigung der Frau **Anni verw. Gröbner** findet **Sonnabend,** nachmittags 2 Uhr statt.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Turngenossen, Turngenossinnen und Sportler, rüstet zum

Bezirksturnfest in Eilenburg

am 17. und 18. Juli.

Es soll ein Massenaufmarsch der freien Turner und Sportler werden.

Der Bezirksvorstand.

L.-Gohlis. Turnverein L.-Nord. F. V. Sonnabend, den 19. Juni, im Schloß Drachenfels **28. Stiftungsfest und Ball.** Einlaß 1/6 Uhr, Anfang 6 Uhr. — Sonntag, den 20. Juni, **Schauturnen** auf dem Schulhof der 36. Volksschule (Eingang Friedr.-Karl-Str.). Anfang 3 Uhr.

Großzschocher. Fußballabteilung. Freitag, den 18. Juni, abds. 9 Uhr, **General-Versammlung.** Erscheinen aller ist Pflicht. **D. V.**

Gerichshain. Arbeiterturnverein. Sonntag, den 20. Juni, **Schauturnen** verbund. mit **Ball.** 1/2 2 Uhr **Festzug.** Die Brudervereine sind hierzu nochmals herzlichst eingeladen. **D. V.**

Arbeiter-Schwimm-Verein

Sonntag, den 20. Juni, vorm. 9 Uhr, **Elsterschwimmen.** Alle Teilnehmer treffen sich **pünktlich** 1/8 Uhr mit Badezeug Badeanstalt von Ambos an der Seumestr., hinter der Fabrik von Stöhr. Straßenbahnlinien 8 u. 1 bis Schnortstraße, Linie 3 bis Stöhrs Fabrik. Bootsfahrer und sonstige Hilfskräfte ebenfalls 1/8 Uhr zur Stelle. — Sonnabend, den 19. Juni, abds. 1/8 Uhr, **Vorstands-Sitzung** bei Weihmann. — **Kunstreigenmannschaft** muß Montag, den 21. Juni, unbedingt im Germaniabad sein. 8 Uhr.

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Leipzig. Sonntag, den 20. Juni, findet in Taucha eine **Geländeübung** mit der in diesem Ort bestehenden Kolonne statt. Treffpunkt 1 Uhr, Abmarsch 1/2 2 Uhr vom Schützenhaus Sellerhausen. Uebungsmaterial ist mitzubringen. Das Erscheinen aller ist erwünscht. **Der Vorstand.**

Markranstädt. Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, in der Turnhalle der freien Turnerschaft, **ärztliche Prüfung.** Gäste willkommen.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. Nord. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr **Nachtausfahrt** mit Musik nach Oetzsch b. Dürrenberg. — Sonntag-Frühtour fällt aus.

Färben und Reinigen

billige, schnelle und erstklassige Ausführung

Mitteldeutsche Färberei und Reinigungsanstalt

Hauptannahmestelle: Härtelstr. 27. Tel. 13900

Annahmestellen:

Berliner Straße 2
Kreuzstraße 28
Nürnberger Str. 24
Reichelstraße 11
Schletterstraße 14
Wintergartenstr. 12
Gohlis: Blumenstraße 52
Kleinzschocher: Siemensstraße 40 III
Lindenau: Uhlandstraße 23
Plagwitz: Weißenfelser Str. 64
Reudnitz: Konstantinstraße 12
Oststraße 17
Schleußig: Brockhausstraße 30

Weitere Annahmestellen werden hier bekanntgegeben. Angebote zur Einrichtung solcher erbeten nach Härtelstr. 27

Gegen **Haarausfall** Schuppen, dünnen Haarwuchs ist

Heilemanns Haarbalsam

ein glänzendes Heilmittel. — Ein Versuch überzeugt Sie.
Einführungspreis 8 Mk.
Verkauf u. Verl.: **Bayerscher Platz,** Ecke Nürnb. Str.
Institut für Haarleiden.

Statt Karten.

Danksagung. Für alle so unendlich wohltuenden Beweise von Teilnahme, Liebe und Verehrung, die uns bei dem plötzlichen Hinscheiden meines geliebten Gatten, unsres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des **Ladenmeisters Bruno Schmidt** allseitig, besonders auch von Kollegen und Kolleginnen, vom Sängerchor Thonberg-St. und Korporationen, entgegengebracht wurden, sprechen hiermit ihren tiefgefühltesten herzlichsten Dank aus.

Leipzig, Täubchenweg 8, I., am 14. Juni 1920
Minne verw. Schmidt geb. Grey
und alle trauernden Hinterbliebenen.

Dank. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden unsres teuren Entschlafenen, des **Gastwirts**

Johann Schmolke

sagen wir allen Bekannten Gästen, Hausbewohnern sowie den Vereinen Leipziger Gastwirte und Leipzig und Umgegend unsern herzlichsten Dank.

Leipzig, den 16. Juni 1920
Die trauernden Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.
Freitag, abends ½8 Uhr: Wichtige Sitzung im Volkshaus.

•

Möckern. Freitag, 18. Juni, abends ½8 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung im Carolabad.

Schönefeld. Alle Genossen, die sich zum Ortsschutz gemeldet haben, oder noch melden wollen, treffen sich Donnerstag abend 8 Uhr im Jugendheim.

Außerer Süden. Heute abend ½8 Uhr Funktionärsitzung in Stadt Leipzig, Zwenkau.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung brachte die restlose Enthüllung der Leipziger Demokraten als Verbündete der Deutschnationalen. Die ganze reaktionäre Musterkollektion, Pastoren, Doktoren, Professoren, Direktoren und andre Toren liefen gemeinsam Sturm gegen den vom Genossen Schöning begründeten Antrag der unabhängigen Fraktion, der vom Rat eine Vorlage über die Gründung eines Ortsschutzes nach den Richtlinien des Ministeriums verlangt. Diese Richtlinien bleiben weit zurück hinter den Beschlüssen der Volkskammermehrheit und des Stadtverordnetenkollegiums vom März dieses Jahres, was in unsrer Zeitung ja scharf genug zum Ausdruck gebracht worden ist. Trotzdem beantragte unsre Stadtverordnetenfraktion die Errichtung eines Ortsschutzes, um nach Möglichkeit der Wiederholung der Märzereignisse vorzubeugen, denn solange die Zeitfreiwilligen und das Bürgertum bewaffnet sind, bildet diese einseitige Bewaffnung eines Teils der Bevölkrung eine ständige Gefahr für den Frieden in der Stadt. Die Demokraten, unter Dr. Junks Führung, pfiffen auf die Volkskammerbeschlüsse, wie sie auf ihre eigenen Beschlüsse im Stadtverordnetenkollegium schon längst gepfiffen haben. Dafür entrüsteten sich die Herrschaften aber in allen Tönen über die Arbeiterkompanien, die angeblich gesetzwidrig gebildet sein sollen. Der Prediger der christlichen Nächstenliebe, der streitbare Pfarrer Jeremias, erklärte, er wisse ganz genau, was los ist und Professor Herz begann mit den Worten: „Es erübrigt sich jedes Wort," um nachher um so wortreicher die Gefahren der Arbeiterkompanie und damit die schändlichen Pläne der Unabhängigen zu verdonnern. Die reaktionäre Sturmkolonne erhielt noch Verstärkung durch den Polizeidirektor, der zu seiner Verteidigung der polizeilichen Verfolgungen der revolutionären Arbeiter erklärte, es seien auch recht hochgestellte Beamte nach dem Kapp-Putsch verhaftet worden, sie säßen auch heute noch in Haft; leider nannte der Polizeidirektor keine Namen.

Bei der ganzen reaktionären Blechmusik blies der Demokrat Dr. Junck das große Horn, der deutschnationale Pfarrer Jeremias dirigierte; der Zweck des Radaustücks war, hinter vielem Lärm die Aufrüstung des Bürgertums zu verstecken. Den vereinigten Reaktionären wurde von den unabhängigen Rednern und auch von mehrheitssozialistischen gründlich der Marsch geblasen, wobei Professor Herz besonders schlecht abschnitt, wofür er sich aber schon die notwendige Haut angeschafft zu haben scheint. Genosse Liebmann wies darauf hin, daß nach den Beschlüssen der Volkskammer die Einwohnerwehren mit Angehörigen der beiden sozialistischen Parteien und der demokratischen Partei aufgefüllt werden sollten. Zur Durchführung der Beschlüsse haben die Arbeiter nicht etwa Einwohnerwehren gegründet, sondern nur die Listen aufgestellt, um nach den Beschlüssen der Volkskammer zuverlässige Arbeiter für die zu bildende Einwohnerwehr bezeichnen zu können. Von ungesetzlichen Handlungen der Arbeiter kann also keine Rede sein, wohl aber von „ungeheuren Provokationen" durch die — Zeitfreiwilligen. Die lange, teilweise recht stürmische Auseinandersetzung, in der die Rechtssozialisten für den Antrag der Unabhängigen sprachen, endete damit, daß der Antrag mit den Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen angenommen wurde; alle bürgerlichen Vertreter folgten der demokratisch-deutschnationalen Parole und stimmten gegen den Antrag, auch die als bürgerliche Stadtverordnete gewählten Arbeitervertreter, Privatangestellte usw., die sich sonst außerhalb des Kollegiums auf ihr radikales Auftreten im Stadtverordnetensaal etwas zugute tun.

Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es auch bei der Verhandlung über die Erhöhung des Jahresbeitrags für die städtischen Schulzahnkliniken. Der Rat wollte den Beitrag für jedes behandelte Kind von 1 Mk. auf 5 Mk. erhöhen, eine Anzahl Redner, darunter auch zwei Vertreter der Lehrer traten dafür ein, Genossin Schilling und Genosse Freitag sprachen für unentgeldliche Behandlung, ebenso der Rechtssozialist Pollender. Auch in diesem Falle stimmten die beiden sozialistischen Fraktionen für den Fortschritt, die Bürgerlichen stimmten geschlossen für die Ratsvorlage, sie blieben aber in der Minderheit.

Bei einer Straßenbahnsache erklärte Genosse Teichgräber, aus den Verwaltungsratssitzungen der Straßenbahn habe er den Eindruck gewonnen, daß der Anschein erweckt werden solle, daß die verstadtlichte Straßenbahn nicht mehr rentabel sein könne. Diese Sache wird das Kollegium hoffentlich recht bald einmal besonders beschäftigen.

Eine Eingabe wegen Beschaffung von Arbeit für die Kleiderwerkstätten Leipzigs benützte der Mittelständler und Schneiderobermeister Vollerhof, um seinen begreiflichen Haß gegen die Werkstätten der Schneider im besonderen und gegen die Sozialisierung im allgemeinen zum Ausdruck zu bringen, er fand aber damit nicht die geringste Beachtung.

Sozialismus und Kleinbürger.

II.

Nicht alle kleinbürgerlichen Schichten wählen die rechtsstehenden Parteien. Zahlreiche Kleingewerbetreibende, Händler, Angestellte, Beamte, Kleinbauern stehen bereits auf dem Boden der USPD. Sie haben erkannt, daß sie mit dem revolutionären Proletariat gemeinsame Sache machen müssen, daß auch sie nur der Sozialismus retten kann. Diese Schar ist aber noch klein. Ein größerer Teil befindet sich bei den Rechtssozialisten. Unmittelbar nach der Wahl gestand die „Freie Presse", daß die Leipziger Parteiorganisation stark mit Angestellten, Beamten, Lehrern durchsetzt sei. Der rechtssozialistischen Partei sind die kleinbürgerlichen Kreise besonders nach dem 9. November 1918 zugeströmt. Sie glaubten, sie könnte sie aus ihrer Bedrängnis erlösen. Und die Politik der Rechtssozialisten entsprang auch den kleinbürgerlichen Gedankengängen. Nicht kämpfen, sondern nur wählen, ausgleichen, verhandeln, schachern, das sind kleinbürgerliche Grundsätze. Einen Stimmzettel für die SPD. abzugeben, riskiert man schon. Kommt aber nicht recht bald der Erfolg, so wendet man sich enttäuscht von der neuen Partei ab, und man fällt wieder der Reaktion in die Arme. Deshalb haben ja auch die Rechtssozialisten eine Anzahl kleinbürgerlicher Wähler verloren. So pendeln diese Schichten hin und her. Inzwischen wächst ihr Elend; allmählich werden viele doch erkennen, daß sie nicht „ihre Metzger wählen" dürfen, sondern daß sie zusammen mit dem revolutionären Proletariat kämpfen müssen.

Was bringt der Sozialismus den Kleinbürgern? Die Sozialisierung kann sich zunächst nur auf die Großbetriebe erstrecken. Die sozialistische Gesellschaft wird im allmählichen Aufbau entstehen. Teile der alten Wirtschaft, wie das Kleinbauerntum und einzelne Zweige des Kleingewerbes, werden sich noch lange halten. Manche gewerblichen Berufe eignen sich noch nicht zur Sozialisierung; sie werden aber gebraucht, sie leisten gesellschaftliche Arbeit und müssen bestehen bleiben. Die sozialistische Gesellschaft muß ihnen deshalb beistehen. Das kann geschehen durch die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen, mit modernen Betriebsmitteln, durch Schaffung großzügiger sozialer Einrichtungen, durch Fernhaltung erdrückender Lasten. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird es vielen Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern möglich sein, ihre Betriebe technisch auszubauen und somit ihre Tätigkeit leichter zu gestalten. Was für eine Wohltat ist es für die Kleinbauern, wenn die Gesellschaft ihnen Zuchtvieh, Saat, Kunstdünger liefert, gute Wege baut, moderne Verkehrsmittel schafft und ihre Dörfer und Ueberlandzentralen mit elektrischem Licht, mit Kraft versorgt, die ihnen die schwerste Tätigkeit abnimmt. Die sozialistische Gesellschaft ist für den produzierenden Mittelstand der beste Boden zum Aufbau eines weitverzweigten Genossenschaftswesens, dessen Vorteile Kleingewerbetreibende und Kleinbauern noch lange nicht genügend ausgenutzt haben. Baut die sozialistische Gesellschaft Wohnungen, schafft sie auf dem Gebiete des Schulwesens, der Volksbildung, der Erziehung, der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, des Justizwesens großzügige Einrichtungen, so stehen diese nicht nur der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschicht, sondern selbstverständlich auch den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern zur Verfügung. Nur die planmäßige gesellschaftliche Arbeit bietet auch dem Mittelstand die Möglichkeit, hinauf zu gelangen auf die höhere Kulturstufe, auf die sich die Menschheit emporarbeiten muß, wenn sie nicht verkommen will.

Der Kleinbürger soll aber darüber nicht im unklaren gelassen werden, daß die sozialistische Gesellschaft Betriebe, die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung dem Untergang geweiht sind, nicht künstlich aufrechterhalten kann. **Was zerfällt, muß untergehen** und Neuem, Besserem Platz machen. So will es das Naturgesetz der Entwicklung. Ist die Produktion in Großbetrieben bequemer und ertragreicher als in Kleinbetrieben, so wird der Uebergang zum Großbetrieb von der Gesellschaft gefördert werden. Der Kleingewerbetreibende findet dann seinen Platz im Großbetrieb, wo er seinen Leistungen und Fähigkeiten entsprechend beschäftigt wird. Seine Tätigkeit wird in einem modernen Betriebe leichter sein, als in der technisch rückständigen, engen Werkstätte. Auch die Kleingewerbetreibenden müssen zu der Erkenntnis gelangen, daß dieser Gang der Entwicklung nicht aufzuhalten ist und daß es verkehrt ist, sich gegen ihn zu stemmen.

Der Handel in der heutigen Gestalt kann auch nicht aufrechterhalten werden. Große Gewinne erzielen nur die Großhändler, deren organisatorische Fähigkeiten und Kenntnisse wird aber auch die sozialistische Gesellschaft brauchen. Die Kleinhändler befinden sich zum größten Teil in einer ähnlichen Lage, wie die Kleingewerbetreibenden. Der Kleinhandel ist viel zu sehr zersplittert; hier ist eine Konzentration erforderlich. Es ist nicht nötig, daß in jedem zweiten oder dritten Hause ein Kramladen sein muß. Die Zusammenlegung der Verkaufsstätten ist gesellschaftlich notwendig. Hier hat die Gemeinde im Verein mit den Konsumvereinen einzugreifen und die Abgabe von Produkten zu regeln. Das Reklamewesen und manches andre kapitalistische Gewächs kann vollständig verschwinden. Es belastet die Gesellschaft nur unnötig. Es muß alles getan werden, was die Abgabe der Produkte an die Verbraucher vereinfacht. Durch die Ausschaltung verteuernder Zwischenglieder werden die Kräfte frei, die gebraucht werden zur Vermehrung der Produkte. Kann der Kleinhändler in den Verteilungsstellen der Gemeinden nicht seinen Platz ausfüllen, so wird er bei der Erzeugung von Produkten helfen müssen. Während des Krieges und nach dem Kriege haben viele Personen ihren Beruf wechseln müssen. Das ist in der kapitalistischen Gesellschaft meist beschwerlich, in der sozialistischen Gesellschaft aber nicht, weil diese ihren Mitgliedern — besonders denen, die arbeiten und arbeiten wollen — alles gibt, was sie zum Leben haben müssen.

So braucht der Kleinbürger keine Furcht vor dem Sozialismus zu haben. Dieser kommt bestimmt. Es ist daher besonders sinnlos, wenn der Kleinbürger sich gegen ihn wendet. **Er besorgt dabei nur die Geschäfte des Großkapitals.** Dessen Herrschaft muß im Interesse der Menschheit niedergerungen werden. Der Platz des Kleinbürgers, des Kleinbauern, des Beamten und Angestellten ist daher nicht im Lager des Kapitalismus. Diese Schichten schädigen sich selbst in schwerster Weise, wenn sie den Kapitalismus stützen und die Arbeiterklasse bekämpfen. Sie dürfen auch nicht abseits stehen und warten, bis die Arbeiterklasse den Kapitalismus überwunden und auch sie befreit hat. Das Kleinbürgertum gehört in die kampferprobten Reihen des revolutionären Proletariats.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Am 11. Juni 1920 hielt die Kasse im Krystallpalast, Goldner Saal, eine außerordentliche Ausschußsitzung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Beschlußfassung über Änderung der Satzung (§§ 2, 18, 19, 21, 27, 28, 29, 40 und 43); 2. Beschlußfassung über Abänderung der Dienstordnung für die Angestellten; 3. Bericht über Arzteangelegenheiten. Die Sitzung war von 13 Arbeitgeber- und 50 Versichertenvertretern besucht. Zu Punkt 1 begründete der Kassenvorsitzende, Herr Pritz, die vorgeschlagenen Satzungsänderungen, die hauptsächlich Änderung der Beitragsklassen, des Grundlohns und der Beiträge, Erhöhung des Kranken-, Sterbegelds und sonstiger Leistungen, sowie die den Familienangehörigen zu gewährenden Leistungen betrafen. Mit einigen unwesentlichen Änderungen wurde der Satzungsnachtrag angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Nachtrag zur Dienstordnung für die Angestellten, begründete der Kassenvorsitzende den eingebrachten Nachtrag, durch den die Gruppierung und Besoldung der Angestellten geregelt wird. Der Nachtrag zur Dienstordnung gelangte mit einigen Abänderungsvorschlägen nach kurzer Debatte einstimmig zur Annahme. Über den dritten Punkt, Arzteangelegenheit, referierte der Kassenvorsitzende. Er gab über die Entstehung und den bisherigen Verlauf des Streites mit den Ärzten ein übersichtliches Bild. Zu dieser Frage ergriffen außer dem Ausschußvorsitzenden Arbeitgeber- und Versichertenvertreter das Wort, worauf dann die vom Vorsitzenden getroffenen Maßnahmen gutgeheißen wurden.

Eine Belohnung der Kapitalstützen.

In Nr. 4, 2. Jahrgang der Akademischen Nachrichten ist unter der Ministerialverordnung vom 28. April 1920 folgendes zu lesen:

„Studierende, die durch eine amtliche Bescheinigung einer militärischen Dienststelle den Nachweis erbringen, daß sie aus Anlaß der Märzunruhen bei einer Freiwilligenformation militärische Dienste geleistet haben, haben für das Sommersemester 1920 die Vorlesungsgelder usw. nur in Höhe der bisherigen Sätze zu entrichten.

Dieselbe Vergünstigung kann auf Ansuchen jeweils für das laufende Semester durch Beschluß des Akademischen Senats solchen reichsdeutschen Studierenden eingeräumt werden, die als Kriegsteilnehmer eine trotz zulässiger Anrechnung des Kriegsdienstes und der Zwischensemester noch nicht ausgeglichene Einbuße an Studienzeit von mindestens zwei Semestern erlitten haben und sich durch ein behördliches Vermögenszeugnis gemäß der Verordnung vom 2. April 1884 (Gesetzsammlung Seite 101) über ihre Bedürftigkeit in dem für die Verleihung eines Stipendiums erforderlichen Ausmaße ausweisen."

Eine Verordnung, die jedem gerecht und sozial Denkenden vor den Kopf stößt. Den „nationalen" Studenten (Zeitfreiwilligen), die zu den Waffen gegriffen haben, „um die bestehende Verfassung zu schützen" (die Kappschen Pläne zu verwirklichen!), bleibt der Judaslohn nicht vorenthalten. Und der größte Teil dieser Leute, die die Reaktion stützen, Söhne kapitalskräftiger Väter, haben diese Vergünstigung ja auch so bitter nötig! Der Studierende aus Arbeiterkreisen oder aus der Sphäre, die man früher den Mittelstand nannte, aber blecht prompt 60 Proz. mehr, weil er am Volk keine Henkersarbeit geleistet hat. —

Die Politik soll nicht in die Hochschule hineingetragen werden. — Allen Gesellschaftsschichten soll das Studium zugänglich gemacht werden. Dazu verhelfen uns die „sozialen" Verordnungen des wahrhaft „sozialistischen" sächsischen Kultusministeriums.

Die Leipziger Allgemeine Zeitung schwärmt bei ihren Darlegungen über die Regierungsbildung für einen „Block der Mitte" und sie will sogar in ihm den rechten Flügel der Unabhängigen haben. Höher gehts wohl nicht. Es handelt sich hier um das Blatt der deutsch-nationalen Partei, die — vor der Wahl die Unabhängigen mit den schwersten Verbrechern auf eine Stufe gestellt hat. Nach der Wahl ladet man sie ein, einen „Block der Mitte" zu bilden. Das Leipziger Tageblatt nennt diesen Appell an die Unabhängigen den Gipfel der Würdelosigkeit. Wenn das deutsch-nationale Leipziger Blatt sagen sollte, welche Unabhängige in Frage kämen, so würde es wohl in tödliche Verlegenheit geraten.

Zu einer Schlägerei zwischen Zivilisten und Reichswehrsoldaten kam es gestern abend im Rosental in der Nähe des Bonorand. Die Reichswehr machte von der Waffe Gebrauch. Einzelne Soldaten flüchteten bis nach dem Hauptbahnhof, wo sie später von einem Panzerauto abgeholt wurden. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Früher ist häufig dagegen protestiert worden, daß das Militär außer Dienst bewaffnet war. Obwohl wir jetzt in einer „demokratischen Republik" leben, bleibt dieser Zustand aufrechterhalten. Die Rechtssozialisten in der Regierung haben daran nichts auszusetzen, obwohl dieser Zustand früher von der ganzen Sozialdemokratie scharf kritisiert worden ist.

Wo kommen die Waffen her? Heute am hellichten Tage kam eine hellergekleidete Dame mit einem Karabiner neuester Konstruktion aus der Grimmaischen Straße nach dem Augustusplatz. Auf Veranlassung eines hinzukommenden Arbeiters wurde der Dame die Waffe von einem Schutzmann abgenommen und die Personalien festgestellt.

Der Trost der Leipziger Zentrumsleute. Der Kölnischen Volkszeitung ist über die Wahlarbeit des Zentrums in Leipzig eine Zuschrift zugegangen, in der es heißt, den Herren Dr. Stieder und Heßlein verdanke es die Zentrumsanhängerschaft Sachsens, wenn die Stimmen am 6. Juni 1920 im Vergleich zu manchen anderen Wahlkreisen und Parteien nur mäßig zurückgegangen wären. Von einem „mäßigen Stimmenrückgang" kann keine Rede sein, denn allein im Dresdner Wahlkreis hat das Zentrum 9000 Stimmen verloren. Wenn es weiter so „mäßig zurückgeht", bleibt von ihm in Sachsen kaum etwas übrig.

Fischen mit Handgranaten. Das Fischen mit Handgranaten hat nach amtlicher Feststellung vielfach einen erheblichen Umfang angenommen. Es ist dies aber eine besonders gefährliche Art der Raubfischerei, weil je nach den Verhältnissen und der Art der Verwendung der Handgranaten alle Fische, auch der Nachwuchs, in einem Umkreise von 10 bis 50 qm vernichtet werden. Einer derartigen sinnlosen Zerstörung wertvoller Nahrungsmittel muß natürlich mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, zumal bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Dazu kommt, daß die Handgranatenfischer leicht geneigt sind, sich ihrer Festnahme zu widersetzen oder ihre Verfolger doch durch Drohung mit Widerstand einzuschüchtern. Der preußische Justizminister hat deshalb die Beamten der Staatsanwaltschaft ersucht, eingeleitete Strafverfahren mit Nachdruck durchzuführen. Bei der Stellung des Antrags auf Bestrafung sind zur Begründung des Strafmaßes diese Umstände hervorzuheben. Die Handgranaten befinden sich in den Händen der Reichswehr. Angehörige dieser Truppen müssen also die Raubfischerei betreiben.

Reklame im D-Zug. Für die Reklame werden auch die Abteile in D-Zugwagen nutzbar gemacht. Die amtlichen Bekanntmachungen, Aushänge und Schilder an den Zwischenwänden der Wagen werden deshalb nach einer Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf die eine Abteilseite gesetzt, während die gegenüberliegende Wandseite grundsätzlich für Reklamezwecke freigehalten wird. Das Eisenbahnzentralamt hat deshalb jetzt die Eisenbahndirektionen ersucht, alle amtlichen Anschläge in den D-Zugwagenabteilen an der Wandseite anbringen zu lassen, an der sich die Heizungsstellvorrichtung befindet. Die Platznummerschilder befinden sich jetzt auf den Wandflächen zwischen der Abschlußleiste der Rücklehne. Sie sind allgemein auf die Rahmenleiste über der Rücklehne zu setzen. Wenn diese zu schmal sein sollte, so kann sie unmittelbar darüber kommen.

Elternabend der 46a. Volksschule (Merseburger Straße) im Schulsaal der 47. Volksschule, Eingang Elisabethallee, Montag, den 21. Juni, abends 6 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Elternräte, Referent Herr Lehrer Böhme; 2. Bildung eines Ausschusses für die Elternratswahl.

Elternratswahl in Kleinzschocher. Bei der Elternratswahl in der 52. Volksschule am 12. Juni wurden für die Liste der U. S. P. 722 Stimmen abgegeben. Die Freie Vereinigung christlicher Eltern erhielt 66 Stimmen. Auf Grund der Verhältniswahl entfielen somit alle neun Sitze auf die Liste der U. S. P.

Die Elternratswahl in der 51. Volksschule in Kleinzschocher findet Sonnabend, den 19. Juni, statt. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um recht rege Wahlbeteiligung.

Auflösung der Schulsammelzeichnungen zur Kriegsanleihe in Leipziger Schulen. Man schreibt uns: Wie aus der öffentlichen Bekanntmachung hervorgeht, ist die Auflösung der Schulsammelzeichnungen zur Kriegsanleihe in Angriff genommen, und es soll demnächst die Rückzahlung der Beträge erfolgen. Bereits früher sind den Zeichnern von 100 und mehr Mark die Anleihestücke ausgehändigt worden. Jetzt handelt es sich nur um die Beträge von weniger als 100 Mk. Auch kommen zur Zeit nur die Volksschulen, die Fach- und Fortbildungsschulen (einschließlich Buchhändlerlehranstalt), die Städtische Gewerbeschule, sowie die Privatschulen in Betracht. Die Beträge werden mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt. Trotzdem erreicht die Rückzahlung leider nicht die Höhe der seinerzeit eingezahlten Summe, da der Kurs der Kriegsanleihe inzwischen beträchtlich gesunken ist. Von Montag nächster Woche, den 21. Juni, an sind die Beträge abzuheben, und zwar in den Schulen, in denen die Zeichnung und Einzahlung vorgenommen wurde. Die Volksschulen tragen allerdings nicht mehr dieselben Namen wie auf den Quittungsscheinen. Doch sind sie fast ausnahmslos in den früheren Gebäuden untergebracht, wenige als sogenannte A-Schulen — ablaufende Schulen — im Nachbar-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schulgebäude. Aushänge an den Schulerngängen werden Aufschluß darüber geben, zu welchen Tagesstunden und in welchen Zimmern das Geld während der Auszahlungswoche in Empfang genommen werden kann, auch in welcher Reihenfolge die Quittungsinhaber zu erscheinen haben. Es sind viele Tausende von Kleinzeichnungen bis zu 1 Mk. herab, die in Frage kommen, und es gilt jedem Andrang vorzubeugen. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß nur der auf Zahlung rechnen kann, der im Besitz einer von der Schule seinerzeit ausgestellten Quittung ist und diese abgibt. Wir raten dringend, in der Woche vom 21. bis 26. Juni — nur nicht am Johannistag, der schulfrei ist — zu kommen. Eine weitere Verzinsung von nicht abgehobenen Beträgen erfolgt nicht.

Die Johannispassion beginnt am Freitagabend in der Thomaskirche nicht ½7 Uhr, sondern erst ½8 Uhr. Einlaß 7 Uhr.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Hädrich-Kleinzschocher von 11 bis 1 Uhr Nr. 575—775 Fleisch, Preis 6 Mk. Nachmittags von 3 Uhr an Wurstverkauf Nr. 1—500; Pfund 8 Mk.

Schlachthof, Schauamt II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 18. Juni.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Käse oder Quark: abzugeben Marken 7 und 8 der Landessperrkarte für Magermilch usw.

Margarine: abzugeben Landesfettmarke T (250 Gramm); Fettmarke 3 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Ausgabe. Marmelade: Letzter Tag — bestellt mit Marke 18 E und K der Lebensmittelkarte Reihe O (ein Pfund).

39. Kartenausgabe: Nr. 601—800.

Nährmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: Letzter Tag — bestellt mit H 3, M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nährmittel für Schwangere usw.: Letzter Tag — bestellt mit SN 3 der Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere.

Für Händler.

Fleisch: Markenabgabe.

Marmelade: Bezugskartenablieferung Ma 56 durch die Ausgabestellen.

Polizeinachrichten.

Nette Zustände! Ein in L.-Mockau wohnhafter Arbeiter ging am Vormittag des 13. ds. Mts. auf einem Feldwege, von seinem in der Nähe von Podelwitz gepachteten Kleefelde kommend, im Beisein seines 18jährigen Sohnes, nach der Dübener Landstraße zu. Als beide etwa 50 Meter von der Landstraße entfernt waren, fielen plötzlich, wahrscheinlich aus einem Armeerevolver zwei Schüsse, die ein Radfahrer auf den Arbeiter abgegeben hatte. Ein Schuß hatte getroffen und den rechten Oberarm durchbohrt. Der Radfahrer und ein in seiner Begleitung befindlicher anderer Radfahrer bestiegen, als sie merkten, daß der Mann getroffen war, eiligst ihre Fahrräder und fuhren nach Podelwitz davon. Später sind sie aber auf der Fahrt nach Eutritzsch zu wieder gesehen worden. Jener Radfahrer, der geschossen hat, ist etwa 40 Jahre alt, etwa 1,70 Mtr. groß, trug kurz geschnittenes schwarzes Schnurrbärtchen und war mit hellgrauem Jackettanzug und grünem weichen Filzhut bekleidet, während der andere gleichaltrig, 1,65 Mtr. groß war, auch ein kurzgeschnittenes Schnurrbärtchen, aber dunklen Jackettanzug und schwarzen weichen Hut trug. Wer über die beiden Radfahrer Angaben machen kann, wolle dies recht bald bei der Kriminal-Abteilung der nächsten Wache oder einem Gendarm tun.

Unfälle. Am 14. d. Mts., nachmittags gegen ¾4 Uhr, ist an der Ecke der Dresdner- und Inselstraße ein dreijähriger Knabe aus der Karlstraße, der sich in Begleitung seiner Mutter befand, von einem Milchgeschirr überfahren und ein Stück geschleift worden. Er wurde von seiner Mutter zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht. Über die Art der Verletzung ist bisher nichts bekannt geworden. Ob den Geschirrführer ein Verschulden zutrifft, wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben. — Am gleichen Tage nachmittags gegen 6 Uhr ist ein 47 Jahre alter Zollaufseher in dem an der Eutritzscher Straße gelegenen Magdeburg-Thüringer Freiladebahnhof, wo er mit Anbringen von Plomben an Güterwagen beschäftigt war, dadurch schwer verunglückt, daß er von einem Güterwagen, dessen Herannahen er überhört hatte, überfahren wurde. Dem Verunglückten wurde der rechte Unterschenkel abgefahren, auch klagte er über heftige innere Schmerzen. Er wurde sofort mit Rettungswagen nach dem Krankenhause St. Georg gebracht. Auch in diesem Falle wird die Untersuchung ergeben, ob etwa ein Verschulden dritter Personen vorliegt.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Oeffentliche Sitzung am 16. Juni 1920.

Eine Eingabe vom Lehrer- und Elternrat der 25. Volksschule wünscht, das Pflaster vor der Schule durch geräuschlose Straßenbefestigung zu ersetzen. — Das Lehrerkollegium der 38. Volksschule bittet um Bereitstellung von Mitteln für die Schulspeisung. Stadtv. Herre (Unabh.) macht die Eingabe zur seinigen. — Eine Eingabe um die Besserung der Milchversorgung macht Stadtv. Seidel (Unabh.) zur seinigen.

Der Verein Alt-Leipzig der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatte in einer Eingabe um Ueberweisung eines Schulhofes oder -gartens zu Kinderspielen gebeten.

Frau Stadtv. Schilling (Unabh.) erklärt, daß dem Verein ein Spielplatz an der Rennbahn angewiesen worden sei, der aber berechtigten Anforderungen nicht genüge. Sie bittet daher, die Eingabe dem Rate zur Erwägung zu überweisen. — Es wird demgemäß beschlossen.

Der Beitrag zur Schulzahnklinik.

Der Rat ersucht, den Jahresbeitrag für den Besuch der Schulzahnklinik von 1 Mk. auf 5 Mk. zu erhöhen.

Frau Stadtv. Schilling berichtet über die Verhandlungen im Schulausschuß. Ein Teil der Ausschußmitglieder wolle durch die Erhöhung des Beitrages den erzieherischen Einfluß steigern, die gebotenen Leistungen besser gewertet wissen. Der andre Teil halte eine freie ärztliche Behandlung für eine dringende Notwendigkeit. Der Schaden der Kinder sowohl als auch der Klinik sei größer, als der durch die Ablehnung verursachte Einnahmeausfall. Die Erhebung des Beitrages von 1 Mk. müsse fallen gelassen werden, da die Buchung fast den gesamten Beitrag in Anspruch nehmen.

Stadtv. Röllig (Mittelst.): Die Behandlung in der Klinik werde nicht so eingeschätzt, wie es nötig sei; ein Beitrag von 5 Mk. für das ganze Jahr sei nicht zu hoch. Den Armen solle auch eine völlig unentgeltliche Behandlung möglich gemacht werden. Er stellt daher den Antrag, Kinder, deren Bedürftigkeit von der Schule bestätigt wird, in der Schulzahnklinik unentgeltlich zu behandeln.

Stadtv. Frl. Sander (Dem.) und Jeremias (Dnatl.), sowie Stadtrat Dr. Ackermann treten für die Erhöhung des Beitrages ein.

Stadtv. Freytag (Unabh.) bezeichnet es als eine Aufgabe der Allgemeinheit, für die ärztliche Versorgung der Kinder einzutreten. Die psychologischen Gründe ruhten auf schwachen Füßen. Gewiß sei ein Jahresbeitrag von 5 Mk. für ärztliche Behandlung nicht zu hoch, doch wäre die Belastung für viele kinderreiche Familien nicht zu tragen. Viel wichtiger sei es, die Eltern unter Beihilfe der Elternräte über die Zahnpflege der Kinder aufzuklären.

Oberbürgermeister Dr. Rothe: Die Tendenz, den Besuch der Klinik zu heben, werde von allen Rednern anerkannt; nur über den Weg seien die Meinungen geteilt. Würden die Mittel verweigert, dann könnten keine Assistenten weiter angestellt und nur wenige Kinder behandelt werden.

Vizevorsteher Pollender: Die notwendigen Gelder würden allseitig bewilligt werden nicht nur für die Tätigkeit im jetzigen Umfange, sondern auch für eine Erweiterung. Bei der Bedeutung der Zahnpflege für den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung sei es Pflicht der Stadtverwaltung, die Schulzahnklinik zu fördern.

Stadtrat Dr. Ackermann erklärt, daß die Zubuße nicht gering sei.

Stadtv. Frl. Sander erinnert daran, daß früher für Bezirksschüler 1 Mk., für Bürgerschüler 2 Mk. erhoben worden sei. Eine Erhöhung auf 5 Mk. sei nicht zu hoch gegriffen. Sie stellt den Antrag, der Ratsvorlage zuzustimmen unter der Bedingung, daß den Kindern auf ihre Anrechtskarte die Freifahrt auf der Straßenbahn zur Klinik gewährt wird.

Stadtv. Frau Schilling wünscht, daß der Weg, der in der Einkommensteuergesetzgebung mit der Anrechnung der Kinderzahl weitergegangen wird. Dazu gehöre auch die freie ärztliche Behandlung der Kinder.

Der Antrag des Schulausschusses, den Rat zu ersuchen, auch das jetzt erhobene Anrechtsgeld von 1 Mk. wegfallen zu lassen, wird hierauf mit 36 gegen 31 Stimmen angenommen und die übrigen Anträge dadurch für erledigt erklärt.

Die Gründung eines Ortsschutzes.

Stadtv. Schöning und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten über die Gründung eines Ortsschutzes nach den Richtlinien des Ministeriums vom 3. Mai 1920. Die Vorlage muß sich auf die Bildung eines Vertrauensausschusses nach Punkt 5 der ministeriellen Richtlinien erstrecken.

Stadtv. Schöning (Unabh.) begründet seinen Antrag. Der von der Entente geforderten Auflösung der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen sei formell Rechnung getragen worden, aber in Wirklichkeit beständen die Zeitfreiwilligenverbände noch und seien auch noch bewaffnet. Er könne aber nicht die einseitige Bewaffnung einer Gruppe gutheißen, die sich als Werkzeug der Gegenrevolution erwiesen habe. In Leipzig seien die Arbeiter bei der Einstellung zur Ortswehr systematisch ausgeschalten worden, während in Chemnitz und Zwickau Unzuträglichkeiten verhindert wurden. Die Regierung habe am 3. Mai Richtlinien für die Gründung von Ortswehren aufgestellt, aber der Rat habe sich nicht bemüßigt gefühlt, diesen Anordnungen nachzukommen. Nun habe die bürgerliche Presse einschließlich der Freien Presse ein Geschrei erhoben darüber, daß Arbeiter zusammengekommen seien, die sich für die Aufstellung eines Ortsschutzes interessierten. Es werde sogar behauptet, daß Uebungen unternommen und Waffen im Gebrauch seien. Er könne versichern, daß nicht das geringste geschehe, was mit dem Gesetz in Widerspruch stehe. Die Beunruhigung der Bevölkerung über die Unzuverlässigkeit der vorhandenen Truppen könne nur beseitigt werden, wenn der Rat so schnell wie möglich die Gründung eines wirklich unparteiischen Ortsschutzes herbeiführe.

Stadtv. Dr. Junck (Dem.) ist erstaunt über den Antrag, nachdem in einem Artikel der Leipziger Volkszeitung vom 18. Mai über die Richtlinien der Regierung die Schale des Spottes ausgegossen wurde. Wer sich gestern in dieser Weise ausgesprochen habe und heute den vorliegenden Antrag stelle, dem könne man nicht trauen. Die Maßnahmen der Regierung forderten den guten Willen auf beiden Seiten, aber die Bildung von Arbeiterkompanien sei eine Provokation der nach Ruhe lechzenden Gesamtbevölkerung. Er müsse die Zweckdienlichkeit eines Ortsschutzes verneinen und bitte die Regierung, die Einrichtung der Arbeiterkompanien zu beseitigen.

Stadtv. Jeremias (Dnatl.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, drückt sein tiefstes Mißtrauen gegen den Antrag aus und erstattet nochmals den Zeitfreiwilligen seinen innigsten Dank.

Stadtv. Kressin (Rechtssoz.) verteidigt die Haltung der Freien Presse und erklärt, daß seine Fraktion dem Antrage zustimmen werde.

Oberbürgermeister Dr. Rothe erklärt, daß zur Bildung einer Ortswehr zuerst ein entsprechender Gemeindebeschluß herbeigeführt werden müsse, der von der Kreishauptmannschaft zu genehmigen sei; dann erst könne ein Ausschuß gebildet werden.

Stadtv. Herz (Dem.) behauptet, daß gerade Stadtverordneter Schöning durch alarmierende Gerüchte fortgesetzt Unruhe in die Bevölkerung getragen habe. Das Bürgertum habe die Vorgänge vom März vorigen Jahres noch nicht vergessen. Er müsse die Arbeiterkompanien ablehnen.

Stadtv. Kunath (Mittelst.) kann einer Ortswehr, die sich auf die Arbeiterkompanien aufbaue, nicht zustimmen.

Stadtv. Hagen (Rechtssoz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Die Zeitfreiwilligen haben auf wehrlose Demostranten geschossen. Deshalb müsse eine paritätische Zusammensetzung der Ortswehren erfolgen.

Stadtv. Schöning: Die Beunruhigung über die Arbeiterkompanien könne nur bei denen entstehen, die nicht wissen, wie weit die Gegenrevolution gediehen sei. Die Gegenseite sei die Quelle aller Unruhen. Die Verhaftungen von Arbeitern im Ruhrgebiet und auch in Leipzig entgegen der Verfügung des Justizministers beweise, auf welcher Seite die Unehrlichkeit vorherrsche. Er wolle, daß die Bewaffnung sich stütze auf die Organisationen, die das Vertrauen genießen. Die rechte Seite des Hauses solle einmal das, was seit der Revolution bis zum Einzug der Maerckertruppen geschehen sei mit den Verhältnissen, die seitdem eingetreten sind, vergleichen.

Polizeidirektor Dr. Kubitz erklärt, daß die Aufgaben der Polizei nicht immer angenehm seien. Aber er habe die Pflicht, für die Anerkennung der Gesetze zu sorgen, und zwar nach jeder Seite. Auf die Angriffe des Stadtv. Schöning müsse er erwidern, daß auch hochgestellte Beamte und Offiziere verhaftet worden seien. Gegen den Artikel der Leipziger Volkszeitung vom Montag über die Verhaftung eines Arbeiters müsse er feststellen, daß die Verhaftung des Arbeiters auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes vorgenommen worden sei. Der Arbeiter werde beschuldigt, beim Transport eines Zeitfreiwilligen aus 2—3 Meter Entfernung diesen in den Rücken geschossen zu haben. Er habe dafür zu sorgen, daß die Waffen aus den Händen aller Unberechtigten kommen.

Stadtv. Kressin erinnert den Polizeidirektor an den Ausspruch des Stadtv. Jeremias, das Bürgertum dürfe nicht so dumm sein, seine Waffen herauszugeben. Die Waffen müßten aus den Händen aller unzuverlässigen Elemente genommen werden.

Stadtv. Liebmann (Unabh.) erklärt, die Kritik der Leipziger Volkszeitung habe sich gegen die Verwässerung der Beschlüsse der Kammer gerichtet. Die Richtlinien erfüllten bei weitem nicht das, was die Kammer vorher beschlossen habe. Charakteristisch aber sei, daß sich alle Professoren, Advokaten, Doktoren und Pastoren zusammenfänden, um gegen die Maßnahmen ihrer Regierung Sturm zu laufen. Bei den Zusammenkünften von Arbeitern handle es sich nur um das Bestreben, den Beschlüssen der Volkskammer zur Durchführung zu verhelfen, die verlangten, die Formationen nur mit zuverlässigen Leuten aufzufüllen. Die fortgesetzte Beunruhigung liege nur an den Treibereien der monarchistischen Elemente. Deshalb müßten die Herrschaften, die den Taten der Reichswehr und der Zeitfreiwilligen nicht gleichgültig gegenüberstehen, für den Antrag der Unabhängigen eintreten.

Stadtv. Börner (Dnatl.) hält den Schutz durch Reichswehr und Polizei für genügend.

Stadtv. Dr. Junck weist darauf hin, daß die aufgestellten Richtlinien dieselben geblieben seien.

Stadtv. Jeremias wendet sich gegen den Vorwurf der Freien Presse wegen der Waffenabgabe des Bürgertums und wünscht die Feststellung aus dem Protokoll, worauf ihm

Stadtv. Pollender erwidert, daß nach seiner zuverlässigen Erinnerung die Aeußerung tatsächlich in der Form gefallen sei. Das Protokoll werde korrigiert worden sein. — Der Wortlaut soll später nachgeprüft werden.

Stadtv. Freytag bemängelt, daß der Polizeidirektor aus der Notiz der Volkszeitung den Satz nicht erwähnt habe, daß sich ein Stadtverordneter beim Polizeiamt über die Vorgänge erkundigen wollte, aber abgewiesen wurde. Das sei er gewesen.

Der Antrag wird schließlich mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Ueber 3 Eingaben wegen Straßenbahnschülerkarten und Aenderung der Fahrpreise berichtet Stadtv. Jonack (Unabh.)

Stadtv. Börner vertritt den Standpunkt, daß wir zu einer Aenderung der Fahrpreise kommen müßten, daß Anrechts- und Kinderkarten einzuführen wären.

Stadtv. Teichgräber (Unabh.) erklärt, daß sich die Ausschüsse wiederholt mit gleichartigen Anträgen zu befassen hatten. In der kommenden Sitzung des Verwaltungsrates würden die Anregungen eingehend geprüft werden. — Die Eingaben wegen der Schülerkarten werden dem Rate zur Erwägung überwiesen.

Der Eingabe wegen Beschaffung von Arbeit für die Kleiderwerke tritt der Stadtv. Bollerhof (Mittelst.) entgegen, da der Privatindustrie die Arbeit dadurch abgenommen werden solle.

Stadtrat Dr. Merkel teilt mit, daß der Rat dem Werke keine Stoffe zuweisen könne. Er sei nunmehr an die Direktion der Reichsbekleidungsstelle herangetreten. — Durch die Auskunft wird die Eingabe als erledigt angesehen.

Eine Eingabe wegen Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe an die im Ruhestand befindlichen Hebammen wird dem Rate zur Erwägung überwiesen.

Nach einem Berichte des Stadtv. Voigt (Unabh.) über den Verkauf von Land an der Bitterfelder Straße wird der Verkauf abgelehnt.

Kleinere Vorlagen.

Zustimmung erteilt werden der Nachbewilligung von 2300 Mk. zur Anschaffung von Spielgeräten für die 26. Volksschule, der Nachbewilligung von 10 746.50 Mk. zur Einrichtung des Werkunterrichts in der 22., 28., 13. und 20. Volksschule, sowie zur Beschaffung eines Lichtbildapparats nebst Funkeninduktors für die 24. Volksschule, der Bewilligung von 5500 Mk. für Ausbesserung der Heizungsanlagen in der 49. Volksschule, der Bewilligung von 1800 Mk.

Damenschuh-Sonder-Angebot!

Durch günstigen Einkauf!

Schnürhalbschuh in hellgrau Leder, mit kleinen Schaften .... Mk. **95.-**

Spangenschuh braun, rotbraun, hellgrau ..... Mk. **125.-**

Bindeschuh in braun ..... Mk. **145.-**

Schnürhalbschuh in schwarz, grau, beige, braun ..... Mk. **155.-**

Einzelpaare und Lagerbestände der heutigen Marktlage entsprechend bedeutend ermäßigt.

Zigarette „Saar Gold" nach englischer Art, viel verlangte, beliebte Marke, goldgelben Virginia-Tabak, nicht partüm., nicotinfrei. Preis pro Mille Mk. 295.—. Verkauf 40 Pfg.

Riesen-Zigarette „Telepath" aus edelst., hell. Tab., pro Mille Mk. 385.—. Verk. 50 Pfg. Bei Abnahme v. 3 Mille Zigaretten p. Mille 5 Mk. Nachl.

Zigarren grosse volle Formen, pro Mille 480—980 Mk.

Eugen Fromm, Leipzig, Felixstr. 3. Fernr. 3638.

Ia holl. Kakao gar. rein, dunkle Ware, Pfund Mk. 23.—

Deutsche Schokoladen Bonbons — Pralinen

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Nährmittelfabrikation „Heros"

Hugo Kippermann, Leipzig, Kuchengartenstraße 16 Tel. 4560. (kein Laden). Tel. 4560.

Großhandelserlaubnis vom 8. August 1916.

Schuh-Haus Walther Martin, Leipzig

nur Salzgäßchen 3 :: Fernruf 2988.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

für Instandsetzung der Zentralheizung in der 20. Volksschule, der Nachbewilligung von 1600 Mk. für Instandsetzungen im Arbeiterwohnhaus des Rittergutes Mockau, der Bewilligung von 3000 Mk. für den Bau eines Brunnens im Arbeiterwohnhaus zu Pönitz, Wiedereröffnung des Volksbrausebades im Westen und der Badeanstalt in L.-Dölitz, sowie der Einrichtung einer Aufbewahrungsstelle für verschlossene und offene Depots im Leihhause.

Außerdem werden bewilligt 350 000 Mk. zur Errichtung je einer Klein-Wassergasanlage in L.-Lindenau und L.-Sellerhausen, sowie 11 700 Mk. für die Verlegung der Sparkassenstelle in L.-Connewitz.

Die Stammvermögensabschlüsse auf die Jahre 1912 bis 1915 werden richtiggesprochen.

Die Vorlagen und Eingaben über das Schornsteinfegergewerbe werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Eingabe wegen der Schließung von Bedürfnisanstalten wird dem Rate zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkskammer.

Unerfüllte Versprechungen der Regierung.

Die gestrige Tagesordnung der Volkskammersitzung und namentlich ein an letzter Stelle stehender Antrag unsrer Fraktion gab Anlaß zu einer längeren politischen Debatte, die für die gegenwärtige Lage außerordentlich bezeichnend ist. Vorher wurde über eine Anfrage der Rechtssozialisten über eine Revision der Gebührenordnung für Amtshandlungen der Behörden der inneren Verwaltung verhandelt. Es handelt sich um eine Erhöhung der Gebührensätze für Amtshandlungen der Behörden, die heute dem gesunkenen Geldwert nicht entsprechen und kaum die Selbstkosten der Gemeinden decken. Der Regierungsvertreter erwiderte den Antragstellern, daß die Regierung bereits seit längerer Zeit an der Lösung der Frage arbeite und der Kammer demnächst eine Vorlage unterbreiten werde. Genosse Tunger trat für die Erhöhung der Gebührensätze ein, die aber nicht für alle Amtshandlungen in Betracht kommen könne. Wenn z. B. heute bei der Ausstellung von Kohlenkarten eine Gebühr von 2 Mk. für einen Zenter genommen werde, so wirke das in höchstem Maße unsozial. Ein Mittel, die finanzielle Not zu beheben, sei der Vorschlag überhaupt nicht, denn die Einnahmen aus den Gebühren der Gemeinde seien verhältnismäßig unbedeutend. Das Hauptgewicht sei bei der vorgesehenen Regelung auf die Arbeiten zu legen, die die Gemeinde ausschließlich im Interesse des Staats leisten muß und für die die Entschädigung in keinem Verhältnis stehe. Der Antrag wurde schließlich zur weiteren Erledigung dem Haushaltausschuß B überwiesen.

Einen Auftakt zu den politischen Auseinandersetzungen gab es schon bei den beiden nächsten Tagesordnungspunkten, die gemeinsam behandelt wurden. Die Deutschnationalen verlangten den **Erlaß eines Gesetzes wegen Entschädigung der durch das Hölzsche Treiben geschädigten Einwohner des Vogtlandes.** Herr Dr. Wagner machte der Regierung den Vorwurf, daß sie durch ihr zu spätes und zaghaftes Eingreifen die Schäden mitverschuldet habe und deshalb über das nicht ausreichende Tumultschädengesetz des Reichs hinaus ersatzpflichtig sei. Im gleichen Atemzuge bekundete er aber der Regierung ein gewisses Vertrauen, indem er sie aufforderte, gegen die Arbeiterschaft scharf vorzugehen und sie zu diesem Zwecke auf einige Paragraphen des Strafgesetzbuchs hinwies. Als ob das bei dem Charakter der sächsischen Justiz und der Haltung der Koalitionsregierung noch notwendig wäre.

Herr Günther-Plauen begründete den Antrag der Demokraten, der ein Tumultschäden-Notgesetz für Sachsen forderte. Er wandte sich vor allem gegen die deutschnationale Hetze, die während des Wahlkampfes mit dem Hölzabenteuer gegen die Koalitionsparteien und die Regierung getrieben worden ist. In recht lebhafter Weise wurde er dabei von dem Rechtssozialisten Fellisch unterstützt, der feststellte, daß die Hölziade einigen reaktionären Elementen im Vogtland gar nicht unangenehm gewesen ist. Ein früheres Eingreifen der Regierung sei gar nicht möglich gewesen, weil die Arbeiterschaft gegen die Reichswehr ein unüberwindliches und nur zu berechtigtes Mißtrauen gehabt habe. Die wirklich Schuldigen an den Märzvorgängen im Reiche und in Plauen seien die Deutschnationalen und deutschen Volksparteiler, die mit der Verschwörerbande Kapp-Lüttwitz sympathisierten, und ohne deren Sabotageakte gegen die Reichsverfassung die Hölziade unmöglich gewesen wäre. Herr Dr. Wagner machte einen lendenlahmen Versuch, die Schuld seiner Partei hinwegzuleugnen, wurde aber sofort durch unwiderlegliche Beweise sehr wirksam abgefertigt.

Auch der Regierungsvertreter trat den deutschnationalen Jongleuren entgegen und wies durch einen Brief des Reichsministers Koch nach, daß die Behauptung, es hätten wegen der Haltung der sächsischen Regierung Differenzen mit den Reichsbehörden stattgefunden, eine Unwahrheit sei. Im übrigen steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß für Sachsen gar nicht die Möglichkeit eines besonderen Gesetzes besteht, da das Reichsgesetz die Materie erschöpfend geregelt habe. Trotzdem lehnte die Kammermehrheit die Anträge nicht gleich ab, sondern beschwerte den Haushaltausschuß B mit dieser unnützen Arbeit.

Unser Antrag forderte die Kammer auf, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich Auskunft zu erteilen, inwieweit die am 16. März 1920 in der Volkskammer aufgestellten Forderungen, die die Zustimmung der Regierung fanden, durchgeführt sind, insbesondere aber:

1. ob die völlige Entwaffnung und Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen erfolgt ist;
2. welche Schritte bei der Reichsregierung unternommen sind, der sächsischen Regierung einen entscheidenden Einfluß auf das Reichswehrkommando 4 und dessen Kommandeur zu sichern;
3. ob dieses Vorgehen Erfolg hatte und wie die event. neugeschaffenen Bestimmungen lauten;
4. einer aus Vertretern der SPD. und der USP. bestehenden Kommission zu berichten über die Zahl, Ort und Beschaffenheit der den Zeitfreiwilligenformationen abgenommenen Waffen;
5. dieser Kommission weitgehendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über Aufbewahrung und Verwendung dieser Waffen einzuräumen und dieses Recht auszudehnen auf die der Einwohnerwehr zur Verfügung gestellten Waffen;
6. ein Amnestiegesetz zu erlassen, das der bisherigen Planlosigkeit und Umständlichkeit auf diesem Gebiete ein Ende macht..

Dem Genossen Menke stand zur Begründung des Antrags ein reichhaltiges Tatsachenmaterial zur Verfügung. Die weitere Indienstlassung gegenrevolutionärer Offiziere, die Organisation der formell aufgelösten Zeitfreiwilligen, die im Besitz von Waffen sind, die ausgedehnte Spitzeltätigkeit, die Ortsschutzbestimmungen, die nicht den am 16. März aufgestellten Grundsätzen entsprechen, die immer noch unerfüllte Forderung nach einem Amnestiegesetz beweisen, daß die Regierung ihre Versprechungen, die sie unter dem Druck des Kapp-Putsches gegeben hatte, nicht eingelöst hat. Die reaktionären Elemente in der Verwaltung, besonders in der Justiz, können ihre schikanösen Maßregeln gegen die Arbeiterschaft ungestört fortsetzen.

Ministerpräsident Buck versuchte die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Seine Rede war aber mehr ein Entschuldigungsversuch, denn er mußte selbst zugestehen, daß die Versprechungen Gradnauers „nicht restlos erfüllt" seien. In Wirklichkeit ist überhaupt außerordentlich wenig geschehen, weil die Regierung infolge ihrer Zaudertaktik immer ohnmächtiger geworden ist. Das zeigt deutlich die Art, wie Herr Buck über die Vorgänge in der Reichswehr und bei den Zeitfreiwilligen berichtete. Es handelt sich nach seiner Meinung dabei „nur um private Handlungen", an denen die Kommandostellen ganz unschuldig seien. Charakteristisch für die Art, wie gewisse Stellen in der Verwaltung der Regierung auf der Nase herumtanzen, sind die Mitteilungen über den Fall der Plauener Haftkommandos. Der Reichswehrkommandeur sowohl, als auch die Polizei haben festgestellt, daß die Marke „Haftkommando", „vertraulich", und das Ersuchen um Feststellung der Wohnung nicht offiziell auf den Befehl gekommen sind. woher sie kamen, wußte der Minister nicht, versprach aber, sich Aufklärung zu verschaffen.

Dr. Harnisch, der diesmal etwas objektiver als sonst auftrat, verteidigte in der Hauptsache wieder die Justizbeamten, schlug aber eine Methode ein, die auch von allen früheren Justizministern des alten Regimes schon immer benutzt wurde, um unbequeme Kritiken abzuschlagen.

Von den Demokraten hielt Herr Menke-Glückert wieder eine seiner bekannten Reden, durch die er das Haus auf einige Minuten zu erheitern pflegt, benahm sich diesmal aber recht vorsichtig. Ein Schauspiel für Götter war es, vom Deutschnationalen Rammelsberg die Mahnung zu vernehmen, doch endlich einmal mit aller Hetzerei und den ewigen Putschereien aufzuhören.

In einer äußerst wirksamen Rede wies Genosse Fleißner darauf hin, daß diese Mahnung in erster Linie an die Adresse der Partei des Herrn Rammelsberg zu richten sei. In der Hauptsache aber zerpflückte er die Ausführungen der Regierungsvertreter und forderte kategorisch, daß die Regierung nicht nur immer untersuche und aufkläre, wenn ihr Material überwiesen werde, sondern auch selbst vorgehe und die Schuldigen auch wirklich zur Rechenschaft ziehe. Gegenüber den bürgerlichen Beschönigungen bemerkte er, daß sich die Verhältnisse in Deutschland immer mehr zuspitzen und unsre Fraktion es in dieser Situation für geboten halte, alles zu tun, was im Interesse der Arbeiterklasse liegt.

Die Mehrheitler schwiegen sich vollständig aus.

Unser Antrag wurde schließlich als durch die Aussprache erledigt erklärt, weil die Parteien nicht den Mut zu einer Entscheidung hatten.

Merkwürdige Besetzung von Amtsanwaltsstellen.

In unserm Dresdner Bruderblatt lesen wir:

Folgender Tagesbefehl wurde uns übersandt:

Abw. Amt XII. Dresden, 10. 6. 20.

Tagesbefehl Nr. 51.

Beim Ersten Staatsanwalt in Zwickau sind noch zwei Amtsanwaltsstellen an ehemalige aktive Offiziere zu vergeben. In erster Linie kommen unverheiratete Herren in Frage.

Es wäre sehr interessant, vom Justizminister zu erfahren, auf Grund welcher Verordnung der Reichsjustizverwaltung die Stellen mit aktiven Offizieren besetzt werden sollen. Uns scheint nach den Erfahrungen kein andrer Stand zum Richterstand so ungeeignet als gerade die aktiven Offiziere.

Der Landesverband theaterspielender Vereine Sachsens, dem sich auch außersächsische Vereine angeschlossen haben, hielt am 12., 13. und 14. Juni in Mylau i. V. seinen 38. Verbandstag ab Mit den Behörden und insbesondere Schulbehörden Hand in Hand soll an die Errichtung von Jugend- und Volksbühnen herangetreten werden. — Als Ort der Tagung 1921 kommt Dresden oder Leipzig in Frage. — Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Chemnitz, Zöllnerplatz 24.

Rodewisch. Am Sonnabend mittag brach in dem zum Messingwerk gehörigen Walzwerk Feuer aus. Das Gebäude wurde vollständig zerstört.

Marienberg. In der Mosaikplattenfabrik Aktiengesellschaft geriet beim Rangieren der Wagen auf dem Anschlußgleis der 26jährige Arbeiter Tippmann aus Großrückerswalde zwischen die Puffer der Wagen. Er wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Zschopau. Tot aufgefunden wurde im Walde ein hiesiger älterer Maurer. Ueber die Todesursache ist nichts bekanntgeworden. Vermutlich ist der Mann beim Reisigholen von einem Baume abgestürzt und hat sich dabei die tödlichen Verletzungen zugezogen.

Thum. Das neue Stadtkrankenhaus wurde am Sonnabend eingeweiht und dem Verkehr übergeben.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Quark und Käse.

Auf Marken 7 und 8 Landesversorgungskarte für Magermilch usw. ungefähr 80 g Quark- oder andern Käse oder 150 g Quark ohne Wahlrecht, Quarkkäse 1.16 Mk. das Stück, für 150 g Quark 96 Pfg.

Markenabgabe bis 19. Juni.
Bezugskarteneinnahme 21. Juni.
Ablieferung der Bezugskarten Kä 34 an Obmänner bis 22. 6.
Bezugscheineinnahme der Obmänner 23. Juni.
Danach sofort Ablieferung an Leipziger Käseverteilungs-Gesellschaft.

Leipzig, 16. Juni 1920. **Ernährungsamt III.**

Abgabe von Bestellabschnitte der Hauptkohlenkarten.

1. Die Bestellabschnitte der
Reihen C und D der Hauptkohlenkarten,
Reihe A der Kohlenkarte für Untermieter
sind bis zum 30. Juni beim Kohlenhändler anzumelden und von diesem bis zum 5. Juli nach den verschiedenen Arten getrennt, 100stückweise gebündelt, beim Kohlenamt abzugeben.

2. **Verbraucher, die ihre Bestellabschnitte nicht rechtzeitig beim Kohlenhändler eingereicht haben,** müssen gewärtigen, daß die zur Belieferung freigegebenen Marken aus der nächsten Freigabe von Kohlenmarken nicht beliefert werden können oder daß sie verfallen.

3. Die Freigabe von Marken obiger Bestellabschnitte, ausgenommen die Marken A1—A2 der Kohlenkarte für Untermieter, deren Belieferung bereits freigegeben worden ist, wird später bekanntgemacht. Bis dahin dürfen auf die Marken C1—C5 und D1—D5 der Hauptkohlenkarte und A3—A5 der Kohlenkarte für Untermieter keine Brennstoffe bezogen oder geliefert werden.

4. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden auf Grund von § 32 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Leipzig, am 15. Juni 1920. K.-A. 19/20.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Freigabe von Kohlenmarken.

Die Abschnitte
A3—A5 der grauen und blauen Zusatzkohlenkarte
A1—A5 der violetten Zusatzkarte
werden zur Belieferung mit Perlkoks aus den städtischen Gaswerken freigegeben.

Leipzig, am 15. Juni 1920. K.-A. 19/19.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Landbezug von Briketts u. Naßpreßsteinen

1. Bis auf weiteres wird der Landbezug von Briketts und Naßpreßsteinen zugelassen für Inhaber von
Gewerbekohlenkarten
Kohlenkarten für Zentralheizungen und
Kohlenkarten für Behörden
und zwar bis zur Hälfte der den einzelnen Verbrauchern rationierten und durch die Kohlenkarten belegten Mengen.

2. Verbraucher, die mit einer Jahresmenge bis zu 50 Zentnern rationiert sind, können Landbezugsmengen in voller Höhe beziehen. Verbraucher mit einer Jahresmenge über 50 Zentner bis zu 100 Zentnern können sich im Landabsatzwege Mengen bis zu 50 Zentn. beschaffen. Verbraucher mit einer rationierten Menge über 100 Zentner können nur die Hälfte der ihnen bewilligten Menge erhalten.

3. Für den Bezug von Naßpreßsteinen werden die Kohlenmarken mit der doppelten Menge bewertet.

4. Die Anträge sind beim Kohlenamt, Gerberstraße 3, 1. Obergeschoß, Zimmer 45, zu stellen. Vorzulegen sind sämtliche im Besitz des Verbrauchers befindlichen oben bezeichneten Kohlenkarten und **schriftliche Lieferbereitschaft des Werkes.** Sofern die Anträge durch Kohlenhändler gestellt werden, haben diese Kohlenkarten und schriftliche Auftragserteilung des Antragstellers über Menge und Art (Briketts oder Naßpreßsteine) des zu liefernden Brennstoffes einzureichen. Schriftliche Lieferbereitschaft des Werkes ist auch von den Kohlenhändlern vorzulegen, wenn diese dem Kohlenamt als regelmäßige Landbezieher des jeweils in Frage kommenden Werkes nicht bekannt sind.

5. Die Landbezugscheine werden auf den Namen der Verbrauchsstelle ausgestellt und sind nicht übertragbar.

6. Die Brennstoffe sind nur dem Verbraucher zuzufahren, dessen Landbezugschein für die betr. Menge dem Werke abgegeben worden ist.

7. Die Anträge werden nach der Reihenfolge des Eingangs erledigt. Das Kohlenamt behält sich die Bestimmung des Monats, für den die Landbezugscheine im einzelnen ausgegeben werden können, vor. Durch Stellung des Antrages wird jedoch kein Anspruch auf Ausstellung eines Landbezugscheines begründet.

8. Die Gebühr für die Ausfertigung der Landbezugscheine beträgt für jeden Zentner 20 Pfg.

9. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden auf Grund von § 32 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Leipzig, den 15. Juni 1920. K.-A. 19/21.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Markranstädt.

Mit Rücksicht auf die Zeit des Einlegens von Früchten und den Mangel an Einmachezucker bringen wir einen Posten **Einmache-Tabletten** zum Verkauf, mit deren Hilfe das Konservieren der Früchte möglich ist. Ausgabestelle: Kaufmann K. Borst.

Markranstädt, am 11. Juni 1920.
Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.
Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

Vereinigung Ansiedlung Ost.
Die **Versammlungen** der **1. Transporte** finden von nun an für die
Sowjet-Güter: Dienstags,
Ansiedler: Mittwochs,
Industrie: Sonnabends
im **Restaurant Goldenes Schiffchen, Volkmarsdorf,** Zollikoferstraße, statt. — Sämtliche Versammlungen beginnen pünktlich ½7 Uhr. **Die Transport-Kommission.**
Jugend-Abteilung: Zusammenkunft jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Leipzig, Töpferstraße 3, III. **Der Obmann.**

Aus guten **Kernlederstücken** zusammengesetzte Sohlen P. nur Mk. **1.50**
„ „ zusammenges. Absätze „ „ „ **—.75**
desgl. **Pa. Kernleder im Ausschnitt u. im Ganzen** sowie sämtl. **Schuhbedarfsartikel** preiswert zu haben
C. Migdin, Haupt-gesch.: **Leipzig, Tauchaer Str. 46**
Filialen: Sell. Wurzn. Str. 11. Schönef., Breslauer Str. 44.

Metallarbeiter-Krankenkasse
Filiale Leipzig.
Sonnabend, 19. Juni, abds. 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. **Bericht der Ortsverwaltung.** — 2. **Neuwahl der Ortsverwaltung.** — 3. **Stellungnahme zur Generalversammlung.** — 4. **Verschiedenes.**
Die Ortsverwaltung.

Asphalteure und Pappdecker!
Sonnabend, den 19. Juni, abends 6 Uhr, im Volkshaus (Gartensaal):
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Stellung zur Lohnforderung ab 1. Juli.
2. Beitragserhöhung ab 1. Juli.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Ia. fichten. Zaunmaterial
zu bill. Preis, in größ. Posten stets am Lager. Konkurrenzlose Uebernahme vollständig. Herstellung v. Einfriedigung. **Rich. Rasenberger,** Nutzholzhandlung, Ang.-Crott., verl. Bernhardst., Tel. 60755, 3345.

Rechtsbureau Leipzig-West
Prozeßvertret., Uebern. von Straf., Ehes. usw., Gnadengesuche, Testamente. *
O. Dimmroth, L.-Lind., Kulturstr. 4 — Tel. 33487.

Sämtl. Herren-Garderobe
Neu, Wenden, Umarb. b. sol. Preisen. Erstkl. Bearbeitung.
A. Lorenz, Lindenau
Merseburger Str. 46, II. l. *

Kammerjäger Wagner
wohnt Senefelderst. 11, S. 1*

Die Bücherstube Otto Müller
Uns-Genossenschaft
LEIPZIG, Wintergartenstr. 16 (Eingang Schützenstr.)
empfiehlt folgende **wichtigste** Schriften.

Radek: Entwicklung der Weltrevolution	2.—	Mk.
Entwicklung der Deutschen Revolution	1.—	„
Lenin: Diktatur des Proletariats nach dem Renegat Kautsky	2.—	„
Levi: Die Weltlage n. d. Deutsch. Revolution	1.—	„
Radek: Gegen den Nationalbolschewismus	1.50	„
Russische Korrespondenz	2.50	„
Spartakusbriefe aus der Kriegszeit	5.—	„
Gorki: Kleinbürger nach der Revolution	3.—	„
Werner: Die bayrische Räterepublik	3.—	„
Zur Geschichte u. Tätigkeit d. Sowiets i. Rußland	1.—	„
Der Terror in Finnland	1.50	„
Liebknecht, K.: Zuchthausurteil	3.—	„
Lunatscharski: Kulturaufgaben d. Arbeiterkl.	2.—	„
Lenin: Die große Initiative	1.—	„
Braun: Wer soll die Kriegsrechnung bezahlen. (Zur Wirtschaftspolitik des kapital. Bankrotts)	4.—	„
Antwortschreiben d. 3. Intern. a. d. U. S. P. D.	—.10	„

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der **Leipziger Volkszeitung.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung

Feuilleton

Donnerstag, 17. Jun 1920

111] Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

„Fräulein Crawley braucht nicht zu rauchen," lachte James, und hielt die ganze Sache für einen vortrefflichen Spaß. Seine Gefühle veränderten sich jedoch am nächsten Morgen sehr, als Herrn Bowles' Gehilfe, der Herrn James' Stiefel besorgte und ihm heißes Wasser zum Rasieren des Bartes, welchen er so eifrig erwartete, brachte, demselben ein Billett von Fräulein Briggs Hand in das Bett reichte.

„Geehrter Herr!" besagte dasselbe, „Fräulein Crawley hat infolge der entsetzlichen Weise, in der das Haus durch Tabak verpestet worden ist, eine äußerst unruhige Nacht gehabt; Fräulein Crawley trägt mir auf, Ihnen mitzuteilen, daß sie bedauert, durch Unwohlsein verhindert zu sein, Sie vor Ihrer Abreise noch einmal zu sehen, und vor allem, daß sie Sie veranlaßt, das Wirtshaus zu beziehen, wo sie überzeugt ist, daß Sie sich die übrige Zeit Ihres Aufenthalts in Brighton bei weitem behaglicher befinden werden."

Hiermit endigte die Karriere des ehrlichen James als Kandidat für die Gunst seiner Tante. Er hatte in der Tat, ohne es zu wissen, seine Drohung erfüllt. Er hatte seinen Cousin Pitt mit den Boxerhandschuhen bekämpft und war unterlegen. Wo war indessen derjenige, welcher einst der erste bei diesem Wettrennen nach Geld gewesen war? Bekkchen und Rawdon hatten sich, wie wir gesehen haben, nach Waterloo wieder zusammengefunden und brachten den Winter von 1815 äußerst glänzend und munter zu. Rebekka war eine gute Haushälterin, und der Preis, welchen der arme Joseph Sedley für ihre beiden Pferde bezahlt hatte, war an sich schon genügend, um ihre kleine Haushaltung wenigstens ein Jahr lang flott zu erhalten. Es war also nicht nötig, „meine Pistolen, dieselben, womit ich Kapitän Markert erschoß", oder das vergoldete Toilette-Nezessaire, oder den pelzgefütterten Mantel zu versilbern. Bekkchen ließ sich aus letzterem eine Pelisse machen, in der sie zu aller Bewunderung ihre Ausfahrten in dem Boulogner Wäldchen machte, und man hätte die Szene zwischen ihr und dem entzückten Gatten sehen sollen, den sie nach der Einnahme von Cambray wieder traf. Als sie ihre Kleider auftrennte und alle die Uhren, Juwelen, Banknoten, Wechsel und Gegenstände von Wert, die sie vor ihrer beabsichtigten Flucht von Brüssel in das Futter verborgen hatte, herausnahm, war Tufto entzückt und Rawdon brüllte vor Lachen und schwor, „sie sei besser als jede Komödie, die er je gesehen!" Die Art, wie sie an Joseph ihre Pferde verhandelt hatte, die sie mit unendlichem Humor beschrieb, brachte sein Entzücken auf eine Höhe von wahrhaftem Enthusiasmus. Er glaubte ebenso fest an seine Frau, als die französischen Soldaten an Napoleon.

Der Beifall, den sie in Paris fand, war bemerkenswert. Alle französischen Damen nannten sie charmant. Sie sprach das Französische vortrefflich. Sie nahm sofort deren Grazie, Lebhaftigkeit und Manieren an. Ihr Gatte war allerdings dumm — alle Engländer sind dumm — und überdies ist in Paris ein einfältiger Ehemann stets ein Punkt zugunsten einer Dame. Er war der Erbe des reichen und geistreichen Fräulein Crawley, deren Haus so manchen Gliedern der französischen Noblesse während der Emigration geöffnet gewesen war. Sie empfingen die Obristin in ihren eigenen Hotels. „Warum," schrieb eine große Dame an Fräulein Crawley, die ihre Spitzen und Juwelen zu dem Preise abgekauft hatte, welchen sie selbst dafür verlangte, und bei der sie in der goldenen Zeit nach der Revolution oft zu Tische gewesen war — „warum kommt unser teures Fräulein nicht zu ihrem Neffen und ihrer Nichte und ihren liebevollen Freunden in Paris? Die ganze Welt raffole von der charmanten Frau und ihrer beauté espiégle. Ja, wir sehen in ihr die Grazie, den Zauber, den Witz unsrer teuren Freundin, Fräulein Crawley! Der König bemerkte sie gestern in den Tuilerien, und wir sind alle eifersüchtig auf die Aufmerksamkeit, welche ihr Monsieur beweist. Wenn Sie nur den Aerger einer gewissen einfältigen Milady Bareacres (deren Adlernase und toque und Federn über die Köpfe aller Assembleen hervorragen) gesehen hätten, als Madame la duchesse d'Angoulême, die hohe Tochter und Gefährtin von Königen, der Frau Crawley als Ihrer teuren Tochter und protégée besonders vorgestellt zu werden verlangte, und ihr im Namen Frankreichs für alle Ihre Güte gegen unsre unglücklichen Verbannten dankte! Sie ist bei allen Gesellschaften, bei allen Bällen — bei den Bällen — ja — bei den Tänzen, nein; — und doch, wie interessant und hübsch sieht das liebe Geschöpf, von allen Männern umgeben, sie, die so bald Mutter werden wird! Sie von Ihnen, ihrer Beschützerin, ihrer Mutter sprechen zu hören, würde Tränen in die Augen eines Wehrwolfs locken. Wie sie Sie liebt! Wie wir alle unser hochverehrtes, anbetungswertes Fräulein Crawley lieben!"

Es ist zu befürchten, daß dieser Brief der großen Pariser Dame Rebekkas Interessen bei ihrer hochverehrten, angebetenen Verwandten nicht sonderlich günstig war. Im Gegenteil war die Wut der alten Jungfer grenzenlos, als sie hörte, in welcher Stellung sich Rebekka befand und wie kühn sie von Fräulein Crawleys Namen Gebrauch gemacht hatte, um in die Pariser Gesellschaft Eintritt zu erlangen. An Geist und Körper zu sehr erschüttert, um eine Antwort in französischer Sprache auf den Brief ihrer Korrespondentin abzufassen, diktierte sie der Briggs einen wütenden Brief in englischer Sprache, worin sie Frau Rawdon Crawley gänzlich verleugnete und das Publikum vor ihr, als einer listigen und gefährlichen Person, warnte. Da aber die Herzogin von X. nur 20 Jahre in England gewesen war, verstand dieselbe von der Sprache kein Wort und begnügte sich damit, Frau Rawdon Crawley bei ihrer nächsten Zusammenkunft zu benachrichtigen, daß sie einen charmanten Brief von der chère miß erhalten und dieser voll von Komplimenten für Frau Crawley sei, die jetzt ernstlich zu hoffen begann, daß die Alte nachgeben würde. Mittlerweile war sie die Munterste und am meisten Bewunderte unter den Engländerinnen in Paris, und hatte an ihren Empfangsabenden einen kleinen europäischen Kongreß um sich — Preußen und Kosaken, Spanier und Engländer — die ganze Welt hatte sich in jenem Winter in Paris Rendezvous gegeben, und bei dem Anblick der Sterne und Ordensbänder in Rebekkas Salon würde ganz Bakerstreet vor Neid gelb geworden sein. Berühmte Krieger ritten neben ihrem Wagen im Boulogner Gehölz, oder drängten sich in ihrer bescheidenen Loge in der Oper. Rawdon war in der besten Laune. Es gab bis jetzt noch keine Mahnboten in Paris, dagegen aber täglich Gesellschaften bei Very oder Beauvilliers; er spielte viel und glücklich. Tufto war etwas mürrisch, Frau Tufto war, ohne eingeladen worden zu sein, nach Paris gekommen, und von dieser Unannehmlichkeit abgesehen, war Rebekkas Stuhl jetzt von einer Mandel Generalen umstellt, und sie konnte, wenn sie ins Theater ging, unter einem Dutzend von Buketts wählen. Lady Bareacres und die Häupter der englischen Gesellschaft, dumme und vorwurfsfreie Frauen, krümmten sich vor Aerger über die Triumphe des kleinen Emporkömmlings Rebekka dessen vergiftete Witze in ihren keuschen Brüsten zitterten und fraßen. Sie hatte aber alle Männer auf ihrer Seite. Sie bekämpfte die Frauen mit unerschrockenem Mut und diese konnten leider nur in englischer Sprache medisieren.

So verging der Winter von 1815 auf 1816 unter Festen, Vergnügungen und Wohlleben, und Frau Rawdon Crawley lebte in der vornehmen Welt, als ob ihre Ahnen schon seit Jahrhunderten Leute von Stand gewesen wären, und verdiente sich durch ihren Witz, ihr Talent und ihre Energie wirklich einen Ehrenplatz auf dem Markte des Lebens. Zu Anfang des Frühlings 1816 enthielt Galignanis Journal in einem interessanten Winkel folgende Anzeige: „Am 26. März. — Die Gemahlin des Oberstleutnants Crawley von der Leibgarde — einen Sohn und Erben." Dies Ereignis ging in die Londoner Zeitungen über, aus welchen Fräulein Briggs dasselbe dem Fräulein Crawley beim Frühstück in Brighton vorlas. Die Nachricht verursachte, so wenig unerwartet sie auch kam, eine Krisis in den Angelegenheiten der Crawleyschen Familie. Die Wut der alten Jungfer erreichte ihre größte Höhe, sie ließ augenblicklich ihren Neffen Pitt und Lady Southdown kommen und forderte dieselben auf, die Heirat, welche so lange Zeit schon in den beiden Familien beabsichtigt worden war, sofort zu vollziehen. Sie gab ferner ihre Absicht zu erkennen, dem jungen Paar, solange sie lebte, ein Jahreseinkommen von tausend Pfund Sterling zu geben und dasselbe zum Erben ihres Vermögens einzusetzen. Waty kam nach Brighton herab, um die nötigen Dokumente aufzusetzen, Lord Southdown machte den Brautvater und seine Schwester wurde von einem Bischof getraut und nicht von dem ehrw. Bartholomäus Jones — zum großen Aerger des letzteren.

Sobald sie verheiratet waren, würde Pitt, wie es sich für Leute seines Standes geziemte, gern eine Brautreise unternommen haben. Die Zuneigung, welche die alte Dame für Lady Jane gefaßt hatte, war aber so stark geworden, daß sie sich von ihrem Liebling nicht zu trennen vermochte. Pitt und seine Frau zogen daher zu Fräulein Crawley und Lady Southdown regierte (zum großen Aergernis des armen Pitt, der sich unter den Launen seiner Tante auf der einen, und seiner Schwiegermutter auf der andern Seite für einen höchst unglücklichen Menschen hielt) von ihrem nahen Hause aus die ganze Familie — Pitt, Lady Jane, Fräulein Crawley, die Briggs, die Firkin, Bowles und alle. Sie quälte alle unbarmherzig mit ihrer Medizin und ihren Traktaten, entließ Creamer und installierte an seine Stelle Rotchers und entriß dem Fräulein Crawley bald auch den letzten Schein von Autorität. Die arme Seele wurde so furchtsam, daß sie sogar aufhörte, die Briggs zu tyrannisieren, und hing sich täglich fester an ihre Nichte. Friede über dich, gütige und egoistische, eitle und großmütige alte Heidin! — Wir werden dich nicht wiedersehen, hoffen wir, daß dich Lady Jane gütig unterstützt und mit sanfter Hand aus dem geschäftigen Treiben des Lebensmarktes führt!

(Fortsetzung folgt.)

Bachs Johannes-Passion.

(Zur Aufführung für das Arbeiter-Bildungsinstitut am Freitag.)

Es ist sehr begreiflich, daß die Arbeiterschaft der Aufführung von sogenannten kirchlichen Werken mißtrauisch gegenübersteht. Gerade Bach wird immer noch, und gerade jetzt wieder, von nationalistischer und von kirchlicher Seite einfach mißbraucht. Man sucht für ihn Stimmung zu machen, indem man ihn für das „Deutschtum" ausspielt, und noch mehr, indem man das religiöse, ja das kirchliche Moment bei ihm betont. Bei Händel wagt man das nicht, weil er ausschließlich in England seinen Nährboden fand, und weil bei ihm gar zu deutlich hervortritt, daß kirchliche Formen für ihn nur ein äußeres Zugeständnis an seine Zeit waren. Das waren sie aber auch bei Bach! Wie das Denken jener Zeit in religiösen Formen befangen war, so zog die Entwicklung der Kunstgattungen auch den Schaffenden sehr enge Grenzen, und die zum Dramatischen drängende Gestaltungskraft eines Bach mußte sich im Rahmen der kirchlichen Organisation entladen. Daß Bach diesen Rahmen immer wieder zu sprengen drohte, wird schon dadurch bestätigt, daß die Kirchenbonzen seiner Zeit ihm geradezu vorwarfen, er habe diesen Rahmen gesprengt. Er galt ihnen ohne weiteres als Ketzer, weil sie sehr richtig in seinem Schaffen den Geist der Weltlichkeit, der ganz unchristlichen Lebensbejahung witterten. Nun ergab sich aber bei der dramatisch-oratorischen Arbeit aus dem Gegenstande, nämlich eben dem Christentum, ganz von selbst ein verhängnisvoller Widerspruch. Mochte auch die Auswahl des Textes aus den Evangelien noch so sehr unter dem Gesichtspunkte des dramatischen Künstlers erfolgen, es blieb doch immer die Passions-, die Leidensgeschichte Jesu der Kern, und die ist, wie alles bloße Märtyrertum, im Grunde undramatisch und untragisch, da Tragik ohne Kampf ein Unding bleibt.

Von den verschiedenen Evangelien, die Bach zu Passionen benutzte, sind das des Matthäus und das des Johannes in seiner Komposition erhalten. Das Johannes-Evangelium, als das jüngste, hat die vermutlichen historischen Grundlagen der Jesusgeschichte am konsequentesten in ihr Gegenteil verkehrt. Von dem jüdischen Rebellen ist gar nichts übriggeblieben, und Jesus muß in aller Form erklären, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei. Die Juden sind, wie ja in allen Evangelien, nicht die Partei des Jesus, sondern seine Feinde, während die wahren Unterdrücker, die Römer, mit vollendetem Servilismus möglichst weißgewaschen werden. Vielleicht tut freilich Kautsky in seinen Untersuchungen über den Ursprung des Christentums den Juden etwas zuviel Ehre an, wenn er sie, und sei es auch nur die Masse, als eigentliche Parteigänger des Jesus auffaßt; denn allzu oft und noch vor allzu kurzer Zeit hat uns die Masse gezeigt, daß sie es bisweilen liebt, nicht nur ihre eigenen Metzger zu wählen, sondern auch wahrhaft Auserwählte selber metzgen zu helfen. Mindestens hat sie es ja auch im Falle Jesus zugelassen, daß ein Führer gefällt wurde.

Von all diesen Erwägungen ließ man sich vor 200 Jahren natürlich nichts träumen. Auch Bach nahm also das Johannesevangelium 1724, wie er später das Matthäusevangelium nahm, ganz naiv als Unterlage und wirkte seinen Drang zu dramatischer Gestaltung nun in dem Hin und Her der hier gegebenen Parteien aus. Die Johannespassion ist entschieden lebhafter und wird schon deshalb einem nicht kirchlichen Publikum vermutlich leichter eingehen als die Matthäuspassion. Hinzu kommt der rein musikalische Reiz vieler Stellen, die zum Kostbarsten in der Musikliteratur gehören, und hinzu kommt auch der erheblich geringere Umfang des Werkes. Auch treten die Choräle, diese besonders auffallenden Zugeständnisse an die Zeit, noch nicht so sehr in den Vordergrund. Die Choräle sollten ja übrigens von der Gemeinde mitgesungen werden, womit Bach zweifellos aus der Not eine Tugend machte; daß man dann diesen Gemeindegesang aufgegeben hat, zeigt die Aeußerlichkeit, ja die innere Unwahrhaftigkeit des ganzen kirchlichen Gehabens um Bach.

Vielleicht wäre es möglich, diese und ähnliche Werke den Massen näherzubringen, wenn man darauf verzichtete, sie in Kirchen aufzuführen, und wenn man gewisse Kürzungen vornähme, die den kirchlichen Charakter zurückdrängten, — womit dem Bachschen Geiste keineswegs Eintrag getan würde. Fassen die Nationalisten ihren Bach nationalistisch und fassen die Frommen ihn kirchlich auf, so muß es uns erlaubt sein, in Bach den stärksten Vorkämpfer des bürgerlichen Glaubens an sich selbst und die eigene Zukunft zu sehen und in diesem Geiste des Kampfes und der Zuversicht uns ihm verwandt zu fühlen.

R. F.

Leipziger Volksbühne.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wie schon bekanntgegeben, wird der Verein Leipziger Volksbühne, der zur Zeit rund 20 000 Mitglieder zählt, die der Aktiengesellschaft Bau für Volkskunst gehörenden Grundstücke Bayrische Straße 8/10 käuflich erwerben. Das hierzu nötige Kapital soll durch Zeichnung von Anteilscheinen in Höhe von je 100, 200, 500 und 400 Mk. aufgebracht werden. Die Zeichnung der Anteilscheine bleibt bis 15. August den Mitgliedern vorbehalten.

Durch Entnahme eines Anteilscheins, der in vier gleichen Raten innerhalb eines Jahres bezahlt werden kann, wird der Inhaber Mitbesitzer eines schuldenfreien Grundstücks, das schon nach jetziger Schätzung den doppelten Wert des Kaufpreises hat. Er erwirbt zugleich das Recht, einen bestimmten Platz des Theaters zu Vorzugspreisen regelmäßig zu benutzen, was einer 6—8prozentigen Verzinsung gleichkommt. Die Inhaber der Anteilscheine genießen ferner eine Preisermäßigung bei den Konzertveranstaltungen des neugegründeten Leipziger Konzert-Vereins.

Um zahlreichen Wünschen aus den Kreisen der Mitglieder entgegenzukommen, wird mit der nächsten Spielzeit das bisherige Platzwechsel-System fortfallen und jedes Mitglied ein für allemal seinen Stammplatz erhalten. Diese Aenderung hat naturgemäß eine mit der Höhe der Anteilscheine verbundene Staffelung der Vorzugspreise zur Folge. Die Inhaber der Anteilscheine von 400 Mark erhalten ihren ständigen Platz im Saal oder Rang A zum Vorzugspreise von 6 Mk. inkl. Steuer und Kleiderablage, die der Anteilscheine von 300, 200 und 100 Mk. sitzen im Saal oder Rang B, Saal C und D zum Preise von 5, 4, 3.50 und 2 Mk. Diese Ziffern entsprechen dem Selbstkostenpreis. Werden durch eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse die Betriebskosten billiger, werden auch die Preise sofort abgebaut.

In der nächsten Spielzeit wird auch das moderne Schau- und Lustspiel weitestes Beachtung finden. Mehrere Uraufführungen sind vorgesehen. Dabei sollen die Wünsche der Mitglieder in jeder nur denkbaren Weise berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck werden den Mitgliedern seitens der Direktion durch Aushang in der Wandelhalle mehrere Stücke zur Wahl gestellt. Die Wahl wird dadurch ausgeübt, daß das Mitglied an seinem Anrechtstag die von ihm für das nächste Vierteljahr gewünschten drei Stücke auf einem mit seiner Mitgliedsnummer zu kennzeichnenden Zettel vermerkt und in eine im Kassenraum aufgestellte Urne wirft.

Vereinsvorstellungen werden in der kommenden Spielzeit an Abenden nicht mehr veranstaltet. Die 26 Serien werden auf 28 Serien erweitert und von 1—28 ohne Unterbrechung durchgespielt. Dadurch wird erreicht, daß in der nächsten Spielzeit jedes Mitglied schon Wochen voraus genau den Tag seines Anrechts erfahren kann.

An Stelle der bisherigen auf den Namen lautenden Mitgliedskarten werden numerierte, abtrennbare Abschnitte treten, so daß jedes Mitglied im Falle der Behinderung durch bloße Ablösung des Abschnitts seine Rechte auf jeden beliebigen Dritten übertragen kann.

Sobald der Verein Volksbühne selbst Eigentümer des Grundstücks geworden ist, kann und wird er sofort an den weiteren Ausbau des Theaters unter besonderer Berücksichtigung der längst erkannten akustischen Mängel herantreten.

Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Zeichnung seinen Platz selbst zu wählen, doch können die Wünsche natürlich nur in der Reihenfolge der Zeichnungen berücksichtigt werden.

Der Vorstand der Leipziger Volksbühne E. V.
Albert Bauer, Studienrat Prof. Dr. Bennewitz, Dr. phil. Egbert Delpy, Sanitätsrat Dr. Kormann, Rechtsanwalt Dr. Metzer, Direktor Robert Overweg, Alfred Pichel, Dr. phil. Valerian Tornius, Frau Ilse von Stach-Wackernagel, Prof. Adolf Winds.

•

Eine Volksbühne im eigentlichen Sinne ist diese Leipziger Volksbühne ja nie gewesen. Wie wir das von Anfang an betont haben, so betonen wir auch jetzt, von Beginn der neuen Regelung an, daß man sich noch weiter von dem Ideal der Volksbühne zu entfernen im Begriffe steht. Es wird offenbar ein Theater wie andre mehr, nur mit rationeller Ausnutzung des Serienprinzips. Besonders bedauerlich ist die Aufhebung des Platzwechsel-Systems, sowie die Einführung der Stammplätze und der Preisstaffelung, Maßnahmen, die wieder den Besitzenden ein Vorrecht einräumen. Sehr skeptisch muß man ferner der Ankündigung des modernen Schau- und Lustspiels gegenüberstehen. Darunter läßt sich alles mögliche verstehen, aber beim gegenwärtigen Stande der dramatischen Literatur versprechen wir uns in einer Volksbühne davon nichts Gutes. Daß von den Mitgliedern des Vorstands nicht ein einziges die Konsequenzen aus dem Systemwechsel zu ziehen scheint, ist wieder charakteristisch für das Verhältnis der Bourgeoisie zur Frage des Kulturtheaters.

Eine Zeitlang war Hoffnung, die Zukunft der Volksbühne auf eine kultursichere Basis zu stellen. Diese Hoffnung ist mit durch die Vernichtung des Volkshauses und die dadurch entstandenen Finanznöte zuschanden geworden, ganz folgerichtig also durch Kräfte, die ihrem Wesen nach reaktionär und fortschritthemmend aus Prinzip wirken. Sie haben der herrschenden Gesellschaftsordnung, deren Stützen sie ja sind, zweifellos einen Dienst erwiesen, indem sie letzten Endes die Höherentwicklung eines Kunstinstituts, aus den Banden des Kapitalismus heraus, verhinderten. Aber trösten wir uns; sie sind ein Teil von jener Kraft, die stets den Rückschritt will und stets den Fortschritt schafft.

Ein zärtliches Gedenken zum Schlusse noch jenen Kapitalisten, die es als Aktiengesellschaft Bau für Volkskunst meisterhaft verstanden haben, mit den Begriffen Volk und Kunst für ihre Tasche und auf Kosten der Volksbühne ein Geschäft zu machen. Auch diesen Herrschaften soll gewiß einmal bei ihrer Gottmammonähnlichkeit bange werden.

R. F.

Kleine Chronik.

Soz. Rede- und Leseabend. Heute, abends ½8 Uhr, in der Braustraße 17, Vortrag des Gen. Petermann über Den idealen Kern des Bolschewismus.

Gabrielle Réjane, die französische Schauspielerin, ist in hohem Alter gestorben. Sie gastierte früher häufig in Deutschland, weil sie zu jenen Künstlern gehörte, deren Spiel und Sprechen selbst bei fremder Sprache überzeugt und fesselt. Da sie, als Pariserin und Schauspielerin, nicht alterte oder nicht altern wollte, trat sie fast bis zuletzt mit großem Erfolg auf.

Eingelaufene Schriften.

Dr. M. E. Lüders, Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege. Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch, 44. Jahrgang. Verlag von Duncker & Humblot, München. Preis 3 Mk.

Das System Noske. Eine politische und satyrische Abrechnung. Verlags-Genossenschaft Freiheit, Berlin O2. Preis 4 Mk.

Fritz Schneider, Klassenjustiz. Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre. Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin O2. Preis 1.80 Mk.

Otto Neurath, Bayrische Sozialisierungserfahrungen. Verlag der Neuen Erde, Wien 7. Preis 3 Mk.

Spiridive Gopcevic, Die Wahrheit über Jesus. Verlag von Gustav Jennsen, Berlin SW 48. Preis 9 Mk.

Bernd Isemann, Jean Philipps Erbe. Ein Lothringer Roman. Walter Seifert Verlag, Heilbronn. Preis 16 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Krassin.

Von Rudolf Franke.

Der Abgesandte Sowjetrußlands, Leonid Krassin, verhandelt in London mit Lloyd George über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Er kommt nicht als Bittender, er verhandelt als gleichgestellter Kontrahent. Die ausführlichen Artikel der englischen Presse beweisen, welch große Bedeutung sie den englisch-russischen Verhandlungen beimessen, die auch durch die lauten Schimpfartikel der französischen Chauvinisten nicht im geringsten herabgemindert wird. Es ist klar, daß die Londoner Verhandlungen, die von England nicht aus Liebe zum Bolschewismus, sondern aus rein kapitalistischer Interessenpolitik heraus geführt werden, weit über eine rein englisch-russische Frage hinausgewachsen sind, daß sie internationale Bedeutung gewonnen haben. Und wenn diese ersten Unterhandlungen auch nur rein wirtschaftliche Fragen betreffen, so wird es sich doch nicht vermeiden lassen, daß die Wiederaufnahme der politischen Beziehungen mit in die Debatte geworfen wird. Die kluge Realpolitik Lloyd Georges, der sich der Einsicht nicht verschließen kann, daß man ein Land wie Rußland, das im Frieden so hervorragenden Anteil an der Lebensmittelversorgung Europas hatte, nicht einfach aus der Weltwirtschaft ausstreichen kann, ist ein Beweis dafür, daß in der Beurteilung Sowjetrußlands in den kapitalistischen Staaten ein Umschwung eingetreten ist, daß sich trotz aller Lügenmeldungen allmählich die Wahrheit über Rußland durchzusetzen beginnt. Günstig für Krassins Verhandlungen in London wirkt auch, daß Rußlands politische Stellung England gegenüber durch das Vordringen der Sowjettruppen in Nordpersien entschieden gestärkt wurde.

In Frankreich herrscht starke Oppositionsstimmung gegen Lloyd George, weil er mit Krassin unterhandelt, und die französische Regierung wird täglich von der nationalistischen Presse bestürmt, ihr Veto einzulegen. Millerand wollte überhaupt keinen Vertreter nach London schicken, entschloß sich aber schließlich doch dazu, sei es aus politischen Klugheitsgründen, sei es auf einen Druck von London aus. Er richtete aber an seinen Wirtschaftsvertreter in London eine Note, in der er ihm Weisung erteilte, sich keinem Beschluß anzuschließen, der als direkte oder indirekte Anerkennung der Moskauer Regierung ausgelegt werden könnte. Diese ablehnende Haltung der französischen Regierung erklärt sich daraus, daß Frankreich, durch die ungeschickte deutsche Außenpolitik vor dem Kriege Rußland in die Arme getrieben, der Zarenregierung eine Anleihe von 20 Milliarden gewährte, die bis heute noch nicht von der Sowjetregierung anerkannt ist. Krassin hat nun Lloyd George angeboten, nicht Ware gegen Ware zu liefern, sondern die englischen Waren mit russischem Gold zu bezahlen. Dieses Gold stammt aus den von der Sowjetregierung beschlagnahmten Goldbeständen der russischen Staatsbank und in Frankreich schreit man Zeter und Mordio, wenn dieses Gold nach England abwandern soll, auf das Frankreich in erster Linie Anspruch zu haben glaubt. Die französische Regierung hat jetzt nach einer Havas-Meldung dem interalliierten Wirtschaftsrat wissen lassen, daß Gold als Zahlungsmittel Rußlands nicht in Betracht komme, da es nicht Sowjetrußland, sondern den Gläubigern Rußlands gehöre und die französische Regierung würde es überall beschlagnahmen, wo es als Zahlungsmittel verwendet wird. Hier ist der Einfluß der französischen kapitalistischen Presse auf die Haltung der Regierung deutlich erkennbar. Den Gläubigern in Frankreich bangt um ihr in Rußland angelegtes Geld. Sie inszenieren deshalb einen großzügigen Feldzug gegen Lloyd George, zitieren die englische konservative Presse, die Lloyd Georges Schritt mißbilligt, und der Matin sucht sogar künstliche Gegensätze zwischen den einzelnen Mitgliedern des englischen Kabinetts und Lloyd George zu konstruieren, die aber von der englischen Presse dementiert werden. Die englische konservative Presse und die Hochfinanz, die, wie auch die französische Finanz, nichts von einer Anerkennung der Sowjetregierung wissen will, greift Lloyd George aufs heftigste an, weil er mit dem „Bolschewisten" Krassin verhandelt. Die englische Arbeiterpresse dagegen und die ganze liberale Presse, die die am freien Handel interessierte Manchestergruppe hinter sich hat, beglückwünscht Lloyd George zu seinem Schritt. Der liberale Manchester Guardian antwortet auf die Hetze gegen Lloyd George, daß man der Sowjetregierung doch schwerlich zumuten könne, einen Anhänger des Zarismus nach London zu schicken. England brauche den Handel mit Rußland ebenso nötig, wie Rußland ihn mit England brauche. Das Gezeter der oppositionellen Parteien erreiche seinen Höhepunkt, wenn man auf die Gerüchte zu sprechen kommt, denen zufolge Rußland die Einfuhr englischer Waren mit Geld bezahlen wolle. Dann kämen die Schreie aus tiefstem Herzen, und die englischen und französischen Couponabschneider, die Obligationenbesitzer der zaristischen Anleihen trauern wie Rahel ihren verlorenen Dividenden nach. Der Manchester Guardian fährt dann fort: „Mit demselben Geschrei sind wir ehedem in Unternehmungen hineingetrieben worden, die das Leben von Tausenden von Engländern aufs Spiel setzten, damit eine handvoll Besitzer von Schuldscheinen ihre durch eine riskante Investierung bedrohten Gelder retteten." Bemerkenswert ist, daß wir es hier mit der Aeußerung eines bürgerlichen Organs zu tun haben, das dann in Beurteilung der englisch-russischen Beziehungen die Meinung vertritt, daß die Frage der Anerkennung der zaristischen Schuld durch die Sowjetregierung keinen Grund für militärische und diplomatische Angriffe auf Rußland oder Saumseligkeit in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen abgeben könne.

Der sozialistische Daily Herald kennzeichnet treffend die Haltung der französischen Bourgeoispresse zu den Verhandlungen Krassins wie folgt:

Die französische kapitalistische Presse hat das Feuer gegen den englischen Premierminister eröffnet. Herr Lloyd George hat mit Krassin verhandelt. Er hat damit einen Schritt unternommen, welcher zum Frieden mit Sowjetrußland führen kann, ohne welchen Zentraleuropa Verheerungen ausgesetzt sein wird, welche nicht wieder gut zu machen sind. Die von den Alliierten unterstützte polnische Offensive ist fehlgegangen. Eine neue Offensive hat eingesetzt. Die Junker in den Pariser Kanzleien führen einen energischen Feldzug gegen den Frieden mit Rußland. Das Loden der französischen „Krieg um jeden Preis"-Fanatiker wird hier als „die Stimme Frankreichs" ausposaunt. Aber der Matin kann ebensowenig als die Stimme Frankreichs gelten, wie die Times als die Stimme Englands angesehen werden kann. Kapitalistenblätter geben die Meinung derjenigen wieder, welche sie um ihres Geldbeutels oder um der Macht willen — oder um beider willen — kaufen. Eine Regierung jedoch, deren Handlanger in den Redaktionsstuben sitzen ist die grausamste und lasterhafteste Tyrannei, die die Welt je gesehen hat. Die Northcliffepresse stellt in England Lord Northcliffe und seine Clique dar. Die Tatsache, daß er eine Menge Zeitungen kontrolliert, verleiht ihm nicht das Recht, für die große Masse des englischen Volkes zu sprechen. Ebenso spricht Herr Bunau-Varilla nicht für Frankreich. Dieser „Edelmann" spricht für „Interessen", welche niemals die Interessen der Menschheit sind.

Die ganze Pressekampagne gegen Lloyd George hat nicht verhindern können, daß er sich doch durchsetzte. Am 8. Juni trat er bei Besprechung der englisch-russischen Verhandlungen im Unterhaus den Kritikern an seinem Vorgehen energisch entgegen und bezeichnete es als eine große Dummheit, wenn man sich weigern wolle, mit Rußland die Handelsbeziehungen aufzunehmen, weil Rußland bolschewistisch regiert würde. Er übernehme jede Verantwortung und sei stolz darauf, daß seine Pläne in dieser Richtung angenommen worden seien.

Diese Rede Lloyd Georges zeigt sehr deutlich, daß es ihm gelungen ist, die Widerstände in der englischen Regierung zu überwinden. Im übrigen sind die Meldungen über die Verhandlungen mit Krassin sehr widerspruchsvoll. Eine Meldung will von einem Abbruch der Verhandlungen wissen, andre Telegramme melden die Wiederaufnahme der Besprechungen. Uns scheint allerdings eine Mitteilung des Evening Standart vom 10. Juni die glaubwürdigste zu sein. Sie berichtet im Gegensatz zu der Londoner Nachricht, die Verhandlungen Krassins mit Lloyd George seien unterbrochen, weil jener noch keine Vollmachten aus Moskau erhalten habe, daß man aber auf den ausländischen Botschaften in London allgemein der Ansicht sei, der Weg für eine Verständigung mit Rußland sei geebnet.

Die Preßhetze gegen Lloyd George und die sich widersprechenden Nachrichten in der Kapitalistenpresse sind sehr verständlich. Bedeutet doch ein günstiges Ergebnis der Mission Krassins eine neue Aera in der Stellung Sowjetrußlands zur kapitalistischen Welt. Je mehr Krassin Aussicht auf Erfolg hat, desto heftiger werden die Angriffe, bis dann die Scheu vor dem „bolschewistischen Gespenst" überwunden ist und nach England auch die übrigen kapitalistischen Staaten den Verkehr mit Rußland aufnehmen werden. Wenn England auch die formelle Anerkennung der Sowjetregierung ablehnen sollte, so würde es durch Aufnahme der Handelsbeziehungen praktisch diese Anerkennung doch vollziehen. Die Verhandlungen mit Krassin bedeuten den Beginn einer friedlichen Politik Englands gegenüber Sowjetrußland. Deshalb das laute Geschrei der französischen Chauvinisten. Die russische Außenpolitik ist in ein neues Stadium getreten und die Londoner Verhandlungen werden darüber entscheiden, ob Rußland weiter seine Kräfte verzehren muß, um sich gegen den beutegierigen Imperialismus zu behaupten, oder ob die Aera des inneren Aufbaus beginnen kann.

---

10. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Am Montag, dem 18. Juni, begann im Deutschen Hof in Nürnberg die 10. ordentliche Generalversammlung des Verbands der Deutschen Buchdrucker. Diese Generalversammlung ist seit dem Jahre 1913 die erste ordentliche Hauptversammlung nach Ausbruch des Krieges und der Revolution. Die Kriegstagung in Würzburg im Jahre 1918 kann als vollwertige Generalversammlung nicht angesprochen werden. Das Schwergewicht der Auseinandersetzungen wird sich verteilen auf die Fragen der Tarifgemeinschaft und des Industrieverbands. In beiden Fragen stehen sich zwei scharf getrennte Auffassungen gegenüber.

Den Verhandlungen wohnen bei: Peter Graßmann-Berlin (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund); Haueisen-Berlin (Deutscher Buchbinder-Verband); Hof-Berlin (Lithographen, Steindrucker usw.); Prucher-Berlin (Buchdruckerei-Hilfsarbeiter).

Erster Verhandlungstag.

Verbandsvorsitzender Seitz eröffnet die Generalversammlung und teilt mit, daß der französische Bucharbeiterverband die Nichtbeschickung der Generalversammlung des Verbands der Deutschen Buchdrucker mit materiellen und moralischen (!) Gründen rechtfertige. Die ausländischen Vertreter betonen die Notwendigkeit der internationalen Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte. Der Kollege Rothenstein, Budapest, wandte sich gegen die Diktatur des Proletariats. Diese habe das ungarische Volk in unermeßliches Elend gebracht. Während der proletarischen Diktatur sei der Bureaukratismus viel ärger als vorher gewesen. Es sei nur von den Intellektuellen diktiert worden. Die jetzige Reaktion sei die notwendige Folge des roten Terrors.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag auf Hinzuziehung der Gehilfenvertreter im Tarifamt bei der Behandlung tariflicher Fragen mit 72 gegen 59 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, kein Protokoll von den Verhandlungen der Generalversammlung zu drucken, wird abgelehnt.

Böttcher-Leipzig legt der Generalversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung eine **Sympathie-Resolution für die russische Sowjet-Republik** vor, in der die sofortige Aufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gefordert wird, in der weiter gegen die Greuel der ungarischen Horthy-Regierung protestiert und die wirksame Durchführung des Boykotts Ungarns von den Buchdruckern verlangt wird. Diese Resolution stößt in der Versammlung auf starken Widerspruch. Nach längerer Debatte wird eine Redaktions-Kommission eingesetzt, die diese Resolution umändern und neu vorlegen soll.

Verbandsvorsitzender Seitz erstattet nunmehr den **Bericht über das Geschäftsjahr 1919.** Er behandelt eingehend die Tarifbewegungen. Während früher der Tarifausschuß oft jahrelang nicht zusammentrat, mußte er im abgelaufenen Jahre viermal zusammenberufen werden, um zu der allgemeinen Lage wie zu den Lohn- und Teuerungsverhältnissen Stellung zu nehmen. In der Mai- wie in der Februartagung gelang es dem Tarifausschuß nicht, eine Verständigung zu erzielen. Erst ein auf Anrufen des Reichsarbeitsamts gebildetes Schiedsgericht mußte über verschiedene strittige Fragen entscheiden. Die gesamten Zulagen auf die noch aus dem Jahre 1911 stammenden niederen Lohnsätze betragen ab 15. April 1920 je nach dem örtlichen Lokalzuschlag 121 bis 175.50 Mk. in Berlin. Für die Maschinensetzer kommen 4—8 Mark höhere Teuerungszulagen in Betracht.

Redner ging weiter ein auf den **Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß** und auf den **Internationalen Gewerkschaftskongreß 1919** in Amsterdam. Ende September fand dann in Luzern der erste **internationale Buchdruckerkongreß** nach dem Kriegsausbruch statt. Die Zentralvorstände der im graphischen Gewerbe bestehenden Berufsverbände sind im Jahre 1919 mehrmals zu gemeinsamen Beratungen zusammengekommen. Diese Beratungen führten zu dem Ergebnis, daß sich die vier größten graphischen Verbände am 13. November 1919 zu einem Graphischen Bund zusammenschlossen. Der Graphische Bund soll nach Auffassung der Verbandsvorstände der Zusammenarbeit auf organisatorischem und tariflichem Gebiet dienen. Er soll die Vorstufe sein für den graphischen Industrieverband. Der Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften hat sich umgewandelt in einen **Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker.** Nach den Angaben über die Mitgliederbewegung hat sich der Mitgliederbestand im Berichtsjahre um 20 361 Mitglieder gehoben. Von den zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen fehlen immer noch rund 5500, über deren Verbleib jeglicher Anhalt fehlt. Die Liste der Kriegsopfer umfaßt rund 8000 Mann, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. An der stürmischen Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften nach der Revolution konnte unser Verband keinen Anteil haben, weil bereits vor dem Kriege über 90 Prozent aller Berufsangehörigen im Verbande organisiert waren. Der Durchschnittsmitgliederbestand betrug vom 31. Januar bis 31. Dezember 1919 63 145.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Papiermangel wirkten auch stark auf den Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe. Die Arbeitslosigkeit erreichte eine beträchtliche Höhe und betrug im ersten Quartal 13 Prozent. Im Berichtsjahre wurden 1 555 954 Arbeitslosentage gezählt, die einer Arbeitslosigkeit von 6,7 Prozent im Jahresdurchschnitt entsprechen. Die Krankheitsfälle sind von einem Jahresdurchschnitt von 4,27 Prozent im Vorjahre auf 2,3 Prozent zurückgegangen. Dieser Tiefstand findet seine Begründung nicht in einem besseren Gesundheitszustand der Mitglieder, sondern er ist eine Folge der ins Ungemessene steigenden Verteuerung aller Lebensverhältnisse, mit der die Unterstützung im Krankheitsfalle nicht Schritt halten kann. Am Ende des vergangenen Jahres waren 1079 Invaliden im Bezuge der Invalidenunterstützung.

Die Abrechnung der Verbandskasse verzeichnet am 31. März 1920 einen Vermögensbestand von 18 043 099.67 Mk. Die Einnahmen betrugen vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 17 313 958.42 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden allein 1 670 031.68 Mk. verausgabt. An Krankenunterstützung 621 065.15 Mark.

In seinem Bericht berührt Seitz die Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsamt eingesetzten Schiedsgericht und bemerkt dabei, wenn nicht mehr herausgeholt worden sei, so sei das zum guten Teil mit die **Schuld des Reichsarbeitsministers Schlicke,** der selber aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, nicht so für die Interessen der Arbeiter eintrat, wie man das von ihm erwarten müßte. Der Redner wendet sich gegen die wilden Streiks, die in den verschiedensten Orten zum Ausbruch kamen und betont, daß die Generalversammlung diesen Zuständen einen Riegel vorschieben müsse. Es gehe nicht an, daß sich einzelne Gruppen über die Gesamtbeschlüsse hinwegsetzen. Die Zeitungsverbote, die verschiedensach unter der Regierung Bauer-Noske herbeigeführt worden, haben den Mitgliedern schweren Schaden gebracht. Nach dem Kapp-Putsch haben eingehende Verhandlungen mit der Regierung über die Entschädigung der Personale stattgefunden. Die Regierung Bauer sei abgetreten, jetzt sei mit der Regierung Müller weiterverhandelt worden und vor 14 Tagen der Bescheid gekommen, daß das möglichste getan werde zur Befriedigung der Gehilfenschaft. Nun sei auch die Regierung Müller wieder zurückgetreten und man wisse nicht, ob es nun überhaupt noch zu einer Entschädigung kommen werde. Während des Kapp-Putsches habe der Allgemeine Gewerkschaftsbund etwas getan, was nicht in den Statuten festgelegt gewesen wäre, er habe aber die Errungenschaften der Revolution sichern und deshalb aktiv in den Kampf eingreifen müssen. Diese Taktik ist von den einzelnen Organisationen gebilligt worden. Die Bezahlung der Streiktage sei Sache der Regierung, da der Streik zur Aufrechterhaltung der Verfassung geführt worden wäre. Die Regierung habe jedoch nichts getan. Die Zentralarbeitsgemeinschaft habe zwar Versprechungen gemacht, doch seien auch diese nicht eingehalten worden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach habe in den Verhandlungen eine Entschädigung festgesetzt, doch hätten sich die angeschlossenen Organisationen nicht an diese Abmachungen gehalten. In erster Linie der Buchdruckerverein der Prinzipale. Redner geht dann weiter auf die Mitarbeit in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands in der Reichs-Arbeitsgemeinschaft für das Papierfach in dem Außenhandels-Ausschuß für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung und in der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs ein. Diese Organisationen seien paritätisch zusammengesetzt. Die Arbeit in ihnen sei nicht erfreulich und Ersprießliches sei für die Arbeiterschaft noch nicht herausgekommen. Es werde nur mitgearbeitet, um in Dinge Einsicht zu bekommen, die uns bisher verschlossen waren. Es wurden dort wirtschaftliche Probleme erörtert, die für die Arbeitervertreter ganz neu seien. Es müßten noch Spezialkräfte herangezogen werden, dann könne die Mitarbeit eine Ersprießlichere sein. In dem Reichswirtschaftsrat seien eine ganze Anzahl Vertreter der Arbeiterschaft von den Spitzenorganisationen entsandt worden. Es könne hier vielleicht mehr Ersprießliches geleistet werden, als in manchem kleinen politischen Parlament. Der Organisationsvertrag mit dem Unternehmerverband sei am 1. Januar 1919 aufgehoben worden. Der Vertrag bestimmte die gegenseitige Haftbarkeit der Organisationen bei Streiks.

Redner machte dann längere Ausführungen über die **Opposition im Verbande.** Es sei zu einer teilweisen Organisation derselben gekommen. Sie habe sich ein eignes Organ geschaffen, das allerdings nicht nur für die Buchdrucker, sondern für das gesamte graphische Gewerbe gelte. Wegen dieser Vorgänge seien an den Verbandsvorstand eine ganze Anzahl Anträge gestellt worden, die zu einem statutmäßigen Verfahren auffordern. Da der Verbandsvorstand in der Bildung der Opposition einen Ausdruck der gärenden Zeit erblickt, habe er es nach eingehender Besprechung abgelehnt, in diesem Sinne vorzugehen. Es werde mit der gewaltsamen Unterdrückung mehr Schaden angerichtet. Die Generalversammlung werde in eingehender Weise die Sachlage behandeln müssen, jedoch sei auch der Verbandsvorstand der Auffassung, daß auf die Dauer ein solches Organisationsgebilde im Verbande keinen Platz habe. Der Verbandsvorstand wünsche, daß wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werde. Im übrigen habe der Verbandsvorstand seine ganze Kraft eingesetzt, um die Wünsche der Kollegenschaft zu befriedigen. Wenn das nicht immer gelungen sei, so liege das nicht an dem Vorstand, sondern an den schwierigen Verhältnissen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Die Aussprache eröffnet Kotte-Berlin (Oppos.). Die gegenwärtige Misere habe ihren Ausgang genommen von einer Politik, die wir nicht billigen können. Redner geht ein auf den Burgfrieden während des Krieges und auf das Verhalten der Gewerkschaften, die die Massen an das Messer des Militarismus lieferten. Auch die Politik der Gewerkschaften nach dem Kriege sei für das Proletariat schädlich gewesen. Die Arbeitsgemeinschaft habe zur

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Preisgabe der Revolution geführt. In dem Bericht des Verbandsvorstandes werde immer nur die Tätigkeit der Führer hervorgehoben, von den Massen jedoch, die das Fundament der Organisation bildeten, sei wenig die Rede. In dem Betriebsrätegesetz erblicken wir ein Mittel zur Strangulierung der Arbeiterschaft (Widerspruch). Seit dem 9. November habe sich nichts geändert. Es sei zu begrüßen, daß die Regierung die gesetzliche Anerkennung des Tarifvertrages abgelehnt habe. Hätte es die Regierung nicht getan, so hätten wir es tun müssen. Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß habe dem Zeitstrom nicht Rechnung getragen. Wir sind mit der Art der Vertretung auf den Kongressen nicht einverstanden. Wir verlangen Wahl der Delegierten durch Urwahl und nicht einfach die Beschickung der Kongresse durch die Instanzen. Der internationale Buchdruckerkongreß war beseelt vom allgemeinen Buchdrucker-Korpsgeist, die Versammelten waren allzumal Sünder (Widerspruch). Die Redaktion des Korrespondenten habe Ermahnungen zur Rückkehr zu den sozialistischen Grundsätzen während des Krieges abgelehnt. Wenn man positiv arbeiten wolle, so sei notwendig die Niederreißung aller nationalen Schranken. Der graphische Bund sei nicht von ungefähr gekommen, sondern habe seine ganz bestimmten Ursachen. Weil die graphischen Arbeiter nach dem industriellen Zusammenschluß verlangten, mußten die Schleusen geöffnet werden, um die Bewegung in das rechte Bett zu leiten. Die Zeitungsverbote haben die Organisation nicht in dem Maße in Bereitschaft gefunden, wie es notwendig gewesen wäre. Redner betont die Notwendigkeit des Rätesystems und begründet die Tätigkeit der Opposition. Er legt eine Resolution zum Vorstandsbericht vor, in der die Tätigkeit der leitenden Organe des Verbandes während des Krieges und nach dem 8. November 1918 verurteilt wird.

Pieczyk-Hamburg erklärt, die Hamburger Kollegenschaft sei über das Abkommen Ullstein-Seitz entrüstet gewesen. Die Organisationen müßten sich am Reichswirtschaftsrat beteiligen. Bei den Streiks müßten klare Parolen ausgegeben werden. Aus dem Betriebsrätegesetz lasse sich viel herausholen.

Seitz-Berlin: Bei den Zeitungsverboten müßte in kommenden Fällen der Allgemeine Gewerkschaftsbund entscheiden.

Hilger-Leipzig (Opposition): Bei dem Kapp-Putsch habe die Arbeitsgemeinschaft gänzlich versagt. Die Unternehmer haben jetzt den Tarif gekündigt und sich auf den einzig möglichen Standpunkt, nämlich den des Kampfes gestellt. Redner geht ausführlich auf die Verhandlungen, die die Leipziger Kollegen während des Verbotes der Leipziger Volkszeitung durch die Noskeregierung mit dem Reichswehrministerium geführt haben, ein und kennzeichnet die zweideutige Haltung des Berliner Gauvorstandes Massini. In der Oeffentlichkeit treten der Korrespondent und die Verbandsleitung für die Preßfreiheit ein und hintenherum arbeite man anders.

Seitz-Berlin: Vom Verbandsvorstand sind keinerlei Vorschläge an das Reichswehrministerium gemacht worden.

Massini-Berlin weist die von Hilger vorgebrachten Anschuldigungen zurück.

Barbknecht-Berlin (Opposition): Man hat ein Stichwort gegen die Opposition gefunden, indem man sagt: zur Opposition gehörten nicht die erfahrenen Gewerkschaftler. Im Gegenteil. Innerhalb der Opposition seien die energischsten und tüchtigsten Gewerkschaftler vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft habe vor allem während des Krieges versagt und die Kollegen hätten ein Hungerdasein geführt. Man habe Versammlungen veranstaltet zur besseren Papierbelieferung der bürgerlichen Presse. Aber nichts sei getan worden gegen die Lebensmittelnot. Wo waren die Buchdrucker bei den Streiks während des Krieges? Redner protestiert gegen die Zeichnungen für die Kriegsanleihe und weist darauf hin, daß das Betriebsrätegesetz bereits jetzt seine Opfer fordere. Wir führen den Streik nicht um des Streikes willen, wir dürfen aber auch vor dem Kampfe nicht zurückschrecken.

Albrecht-Köln: Man müsse sich die Ursachen der Kriegspolitik vor Augen führen. Redner verteidigt in längeren Ausführungen mit den bekannten Argumenten die Politik der Gewerkschaften während und nach dem Kriege und weist auf die Schikanen der deutschen Gewerkschaften durch die Besatzungsbehörde im besetzten Gebiete hin. Er geht unter teilweise lebhaftem Widerspruch und lebhafter Zustimmung auf die Tarifgemeinschaft ein und rechtfertigt die Politik des Verbandsvorstandes.

Böttcher-Leipzig (Opposition): Koll. Albrecht (Köln) habe in seinen Ausführungen bei einem Teil der anwesenden Delegierten die nationalistischen Instinkte geweckt, und der Vertreter der ungarischen Kollegenschaft habe in unerhörter Weise sein Gastrecht mißbraucht. (Redner ist bei dem einsetzenden Tumult längere Zeit unverständlich.) Nach längerer Pause fährt er fort: Sowohl in dem Vorstandsbericht wie auch in der Debatte seien die Zusammenhänge der Kämpfe des Buchdruckerverbandes mit den gesellschaftlichen Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens nicht gewürdigt worden. Wenn wir mehr im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Zuständen und sozialen Erscheinungen unsre Organisationsfragen regeln, dann wird, der gute Wille vorausgesetzt, bei sachlicher Auseinandersetzung eine Verständigung auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes möglich sein. Es sei die historische Schuld der Gewerkschaftsbureaukratie, daß sie auch in der Revolution den Kampf mit vorrevolutionären Methoden führen wolle. Unter lebhaften Unterbrechungen zeigt der Redner die Verderblichkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und Harmonieduselei auf. Der Kapp-Putsch habe gezeigt, daß der Verbandsvorstand nicht seine Auffassung den durch die Revolution bedingten Notwendigkeiten angepaßt habe. Das habe sich vor allen Dingen erwiesen bei der Frage der sogenannten Preßfreiheit und der Preßverbote während der Kapptage. Die Situation sei völlig verfahren gewesen. Ein Teil der Kollegen sei der Meinung gewesen, es müßten alle Zeitungen stillgelegt werden, andere wieder waren der Auffassung, daß die Arbeiterpresse erscheinen müsse. Dieses verschiedenartige Verhalten sei in seinen letzten Ursachen zurückzuführen auf die bürgerliche Anschauung über die Preßfreiheit überhaupt, wie sie von der Verbandsleitung und vom Korrespodenten genährt werde. Ich werde Sie vor eine Entscheidung stellen, damit die Arbeiterschaft weiß, wie die Generalversammlung des V. d. D. B. über die Unterdrückung der Arbeiterpresse denkt. Redner verliest eine Resolution über die Preßfreiheit, in der er betont, daß die Beherrschung der Produktionsmittel im Zeitungsgewerbe durch wenige Kapitalisten in Wahrheit die Aufhebung der Preßfreiheit bedeute. Erst die Enteignung des Großkapitals und die Ueberführung der privatkapitalistischen Zeitungsunternehmen in genossenschaftliches Eigentum bringe die tatsächliche Freiheit der Presse. Die zehnte Generalversammlung des V. d. D. B. wolle deshalb beschließen: Die Mitglieder des V. d. D. B. verweigern bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nur die Zeitungen her, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebende Publikationsblätter gewählt werden. Unter Hinweis darauf, daß die verflossenen Wahlen die Präludien zum kommenden Bürgerkrieg seien fordert der Redner im Interesse der revolutionären Entwicklung eine klare Entscheidung und die Annahme seiner Resolution. (Beifall und Widerspruch.)

Seitz, Berlin, weist die Anschuldigungen Böttchers gegen den ungarischen Vertreter zurück und betont, daß von einem Mißbrauch des Gastrechts keine Rede sein könne.

(Schluß des ersten Verhandlungstages.)

17. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

k. Bad Harzburg, 14. Juni 1920.

Vom 11. Juni bis heute tagte der Genossenschaftstag, der von ungefähr 1000 Delegierten aus allen Teilen des Reichs besucht war. Sehr zahlreich waren auch die ausländischen Gäste vertreten (Holland, Schweiz, Schweden, Finnland und von der Tschecho-Slowakei und Rußland). Der Vertreter der Russischen Großeinkaufsgesellschaft, Dr. Stenzel-Lensky, bemerkte, während der Revolution und auch noch am Anfang der Sowjetregierung seien die russischen Konsumvereine freie, sich selbständig verwaltende Organisationen der Bauern und Arbeiter gewesen. Dann sei die Sowjetregierung durch Dekret vom 20. März 1919 dazu übergegangen, diese in Zwangskonsumgenossenschaften umzuwandeln. Die Mitglieder hätten hierin weder Rechte noch Pflichten. Anteilscheine kenne man dabei nicht. Die demokratischen Grundsätze seien alle über den Haufen geworfen worden. Unter dem Zarismus seien die Genossenschaftler als Revolutionäre in den Kerker geworfen worden und die heutige Sowjetregierung werfe sie als Konterrevolutionäre in den Kerker. Der Redner sprach sich dafür aus, daß man nur auf dem Fundament der Liebe (?! Red. d. L. V.) und Gerechtigkeit zum Sozialismus käme, nicht aber durch Zwangsmaßnahmen, wie sie die Sowjetregierung betreibe.

Der Sekretär Schär vom Internationalen Genossenschaftsbund führte aus, daß die Internationale ohne Deutschland nicht bestehen könne, es sei sonst ein Rumpfparlament.

Am 2. Verhandlungstag gab Heinrich Kaufmann-Hamburg unter Bezugnahme auf den vorliegenden Jahresbericht einen Ueberblick über die Entwicklung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine. Die Vereinheitlichungsbestrebungen hätten zu dem Freien Ausschuß der fünf genossenschaftlichen Zentralverbände geführt, der sehr fruchtbringende Arbeit in der Behandlung allgemeiner genossenschaftlicher Angelegenheiten für Wahrnehmung der Interessen der Genossenschaften in der Kriegs- und Zwangswirtschaft, hinsichtlich des Ausbaues des Genossenschaftsrecht und namentlich auch auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung geleistet habe. Durch die Zusammenarbeit seien die verschiedenen Genossenschaftsverbände einander näher gekommen. Der Allgemeine Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften trete am Ende dieses Jahres zum Zentralverband deutscher Konsumvereine über und soll nach Maßgabe seiner Stärke innerhalb des Verbands zur Geltung kommen. Die Voraussetzung einer fruchtbringenden Tätigkeit sei die Wahrung strengster Neutralität in allen politischen (?! Red. d. L. V.) und religiösen Fragen, denn heute rekrutierten sich die Genossenschafter in politischer Beziehung von der äußersten Linken bis tief in die bürgerlichen Parteien hinein. Der Zentralverband wolle den Konsum organisieren, nicht durch Zwang, Gewalt oder Terrorismus, sondern durch den freien Willen und die freie Ueberzeugung der Konsumenten, und auf dieser Grundlage des organischen Konsums wolle der Zentralverband produzieren. Man gewinne den Konsumenten, aber nur dann, wenn man den bewußten Konsumentenwillen bei ihm wecke, wenn durch wirtschaftliche Leistungen wirtschaftliche Vorteile geboten würden, das heißt, wenn

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezuge der Leipziger Volkszeitung keine unliebsame Unterbrechung eintritt, ersuchen wir unsre Postabonnenten, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung schon jetzt zu erneuern. Unsre Zeitung kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 18 Mk., für einen Monat 6 Mk. Das Bestellgeld beträgt vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Da in dieser Zeit das Lesen eines unabhängigen sozialistischen Blattes für jeden Parteigenossen, für jeden Streiter für Freiheit und Volksrechte überaus notwendig ist, sind wir davon überzeugt, daß alle unsre Abonnenten unsre Zeitung nicht nur weiterbeziehen, sondern ihr auch neue Leser zuführen werden.

Der einfachste und billigste Weg ist, bei dem Postamt oder bei dem Briefträger des Wohnortes zu abonnieren. Auf besonderes Verlangen liefert das Postamt die im laufenden Monat erschienenen Nummern gegen eine Gebühr von 30 Pfg. nach.

Beim etwaigen Ausbleiben oder dem Fehlen irgendeiner Nummer wollen Sie immer beim Postamte Ihres Wohnortes (nicht bei unsrer Expedition) reklamieren. Das Postamt gibt Ihre Beschwerde weiter und läßt dieselbe amtlich erledigen.

Werbt Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung!

wirtschaftlicher gearbeitet werde als bei dem Privatkapital. Das Konsumgenossenschaftliche Haus müsse das Haus des Volkes sein, in dem das Volk nach eigenem Willen und zu eigenem Nutzen seine wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst verwaltet, und fest in seinen eigenen Händen hält.

Hugo Bästlein-Hamburg referierte über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstands. Das Jahr 1919 habe für den Zentralverband Arbeiten in ungeahnter Menge gebracht, da nicht nur die ordnungsgemäße Belieferung der Konsumvereine und die Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine weiter vorwärts geschritten sei, sondern sich auch immer wieder neue Schwierigkeiten ergeben hätten. Der Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, daß verschiedene Reichsstellen und hauptsächlich Kommunalverbände immer wieder die Versuche machten, die Konsumvereine in mittelstandlerischem Interesse zu unterdrücken. Die erforderliche Vertretung im Reichswirtschaftsrat sowie das in Aussicht genommene Kommunalisierungsgesetz und schließlich die Unmenge der Steuergesetze hätten dem Zentralverband wiederholt Gelegenheit gegeben einzugreifen, um die erforderlichen Anträge auf Abänderung zu stellen. Das Reichswirtschaftsministerium sowie die den Konsumvereinen nahestehenden Abgeordneten hätten den berechtigten Anträgen der Konsumvereine soweit wie möglich entsprochen. Desgleichen bestände jetzt eine neue Verordnung, die auch den Beamten das Recht gibt, den allgemeinen Konsumvereinen beizutreten.

Das Kapitel Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde von Bästlein eingehend erörtert. Der Referent bemerkte, daß eine Kritik an der Zwangswirtschaft nicht die heutige Regierung treffe und ihr gelte, sondern einer Zwangswirtschaft, die vollständig zusammengebrochen sei. Die heutige Regierung habe bei ihrem Antritt die Zwangswirtschaft vorgefunden und sie zunächst auch weiter durchführen müssen. Die Zwangswirtschaft stände gegenwärtig nur noch auf dem Papier und es sei dringend notwendig, sich mit dem Abbau der Zwangswirtschaft zu beschäftigen. Die Kartoffelzwangswirtschaft und die Fleischwirtschaft seien Trauerspiele, wie sie schlimmer nicht sein könnten. Die Getreidewirtschaft sei durch eine neue Verordnung für das Jahr 1920/21 geregelt. Im Übrigen sei erwiesen, daß die Zwangswirtschaft die Waren viel zu sehr verteuere, wie man dies bei Margarine, Seife u. a. konstatieren könne. Auch die in Aussicht gestellte teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft könne keine Aenderung herbeiführen, da ja dadurch der Apparat der Kriegsgesellschaften und Behörden künstlich beibehalten werde.

Im Anschluß an das Referat wurde gegen wenige Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Interesse der Verbraucher gefordert wurde.

Am 3. Verhandlungstag sprach Heinrich Lorenz-Hamburg über Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Er streifte zunächst die russische Genossenschaftsbewegung und unterstrich die Ausführungen des russischen Delegierten. Die russische Sowjetregierung habe durch Dekret die russischen Konsumvereine in Zwangsinstitutionen verwandelt. Der Grundsatz der Genossenschaften sei aber Selbständigkeit und Freiheit. Die russischen Genossenschafter wenden sich daher gegen die Diktatur der Sowjetregierung. Auch die ungarischen Konsumgenossenschaften hatten unter der kommunistischen Räteregierung ihres Landes zu leiden und führten Klage über die Eingriffe in ihre Rechte und Freiheit. Im übrigen sei zu konstatieren, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung in allen Ländern erfreuliche Fortschritte mache. Viele gingen an die Lösung neuer Aufgaben heran. Man könne heute sagen, die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die größte Bewegung der Welt.

Der Redner streifte dann die früheren Tagungen des Internationalen Genossenschaftsbundes. Bei den früheren Kongressen habe die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter eine große Rolle gespielt, die hauptsächlich von den Engländern und Franzosen propagiert wurde. Man glaubte durch die Gewinnbeteiligung die Arbeiter an der Produktion zu interessieren. Während die Deutschen auf dem Standpunkt standen, daß es sehr viel richtiger sei, die Arbeiter auskömmlich zu bezahlen und so zu bezahlen, wie sie auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Tarife usw. erringen können. Auf der Tagung in Cremona sei der wichtigste Punkt gewesen Das genossenschaftliche Einkaufswesen. Auch sei man damals schon mit der Idee der Gründung einer Internationalen Großeinkaufsgesellschaft umgegangen. Der Standpunkt des Internationalen Genossenschaftsbundestags in Hamburg 1910 sei gewesen, daß als wichtigste Art der Genossenschaften die Konsumgenossenschaften zu gelten haben, und wo auch besonders betont wurde, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung einen antikapitalistischen Charakter zu tragen habe, indem sie profitausgleichend wirke. Bei dem 9. Kongreß 1913 in Glasgow sei von besonderer Bedeutung die damalige Kundgebung für den Weltfrieden. Der nächstfällige Kongreß 1916 in Basel konnte wegen des Krieges nicht stattfinden. Während des Krieges hätten nur eine Reihe von Tagungen von Genossenschaften, die dem Internationalen Bund angeschlossen waren, stattgefunden, so im September 1916 eine Konferenz der alliierten Länder und im Februar 1919. Der belgische Genossenschafter Serwy vertrat auf einer dieser Konferenzen die Ansicht, daß man bei der nächsten Vorstandssitzung die Frage stellen müsse, welche Haltung die Genossenschafter im Kriege eingenommen und ob sie insbesondere die Friedensresolution des Glasgower Kongresses beachtet hätten. Die Antwort der deutschen Genossenschafter lautete in ihrem Schlußpassus: „Die deutschen Genossenschafter wissen sich eins mit den Genossenschaftern aller andern Länder darin, daß sie den Krieg nicht erstrebt und nicht gewollt haben, daß sie den Ausbruch des Krieges auf das tiefste bedauert und daß sie ohnmächtig waren, ihn zu verhindern. Während des Krieges sind sie bemüht gewesen, soweit es in ihren Kräften stand, die Leiden der breiten Masse des Volkes zu lindern und unermüdlich auf die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung als der endgültigen Ueberwinderin aller Kriegsursachen (?! Red. d. L. V.) hinzuweisen. Die Früchte dieser Arbeit beginnen in der jungen deutschen demokratisch-sozialen Republik (?) zu reifen. Große Widerstände sind beseitigt, und wir sind sicher, daß die Grundsätze der Glasgower Friedensresolution mehr und mehr die Leitsterne der überwältigenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes werden."

Gleichzeitig wird in dieser deutschen Resolution auch auf den Friedensvertrag von Versailles hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch die Genossenschaftler aller Länder dagegen protestieren und ihn ablehnen.

Gegenwärtig beschäftigt den Internationalen Genossenschaftsbund die Frage der Schaffung einer Internationalen Großeinkaufsgenossenschaft. Diesem großzügigen Gedanken steht aber noch das Hindernis im Wege, daß in den Ländern, die am Weltkriege beteiligt waren, die Wirtschaft daniederliegt und es deshalb an Austauschmitteln fehlt.

Zu dem Punkte: Abschluß eines Reichsrahmentarifes mit den Bäckern und Transportarbeitern referierte August Kasch-Hamburg. Hierzu wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die Genossenschaften sind der Auffassung, daß genossenschaftliche Reichstarife keine Berechtigung mehr haben und in der Praxis im allgemeinen durch einheitliche Abmachungen für das Gesamtgewerbe durch Reichstarife oder durch Abmachungen an den einzelnen Orten erfaßt werden. Die Genossenschaften verlangen, daß ihre gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hierbei keine ungünstigere Behandlung erfahren, als die privatkapitalistischen Betriebe. Sie lehnen eine unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinbetrieben als unverantwortliche Hemmung des Ausbaues der Gemeinwirtschaft grundsätzlich ab. Die Genossenschaften erklären sich ausdrücklich bereit, wie bisher über die allgemeinen Verpflichtungen hinaus ihre sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu erhalten und auszubauen."

Die vom Bäckerverband in den Großstädten beantragte und gegen die Gesetzesbestimmung durchgeführte Mehlkontingentierung fand auf dem Genossenschaftstag von keiner Seite Gegenliebe, sondern wurde allgemein scharf verurteilt, weil sie die Großbetriebe einschnürt und zur Verteuerung des Brotes wesentlich beiträgt. Diese Mehlkontingentierung erscheint als kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Sierakowsky-Hamburg. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes setzt sich mit der Einrichtung von Halbjahrskursen das Ziel, befähigten Leuten im Alter von etwa 25—30 Jahren, die mit der genossenschaftlichen Praxis hinreichend vertraut sind, mit jenem Wissen auszustatten, das notwendig ist, in der Konsumgenossenschaftsbewegung verantwortliche Stellungen einzunehmen. In einer zu diesem Punkte angenommenen Resolution wird unter anderm gesagt:

„Der Genossenschaftstag betont wiederholt mit Nachdruck die Bedeutung der genossenschaftlichen Bildungsarbeit für die weitere Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung und erklärt sich mit dem weiteren Plan der Fortbildungskommission auf Abhaltung von Wander- und Spezialkursen für die Funktionäre der Konsumvereine einverstanden."

Hierauf wurden noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, dem Vorstande Entlastung erteilt und die Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände vorgenommen.

Bei der darauffolgenden Wahl wurden die alten Vorstandsmitglieder und Ausschußmitglieder wiedergewählt und an Stelle des ausgeschiedenen früheren Unterstaatssekretär August Müller August Kasch-Hamburg gewählt. Wegen Arbeitsanhäufung im Vorstande wurde Hoffmann-Magdeburg als weiteres Vorstandsmitglied gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

R. L. 20. 1. und 2. Nein, es muß ein Güterrechtsvertrag geschlossen und beim Amtsgericht in das Güterrechtsregister eingetragen werden. 3. und 4. Nein, der Scheidungsgrund darf nicht länger als 6 Monate bekannt sein. — 1 Mk. für den Wahlfonds.

A. H. 100. Wenn die Zulage allgemein für alle damals Beschäftigten festgesetzt worden ist, haben Sie Anspruch darauf.

Zimmermann, Gohlis. Sie müssen das Gesuch an die Staatsanwaltschaft des Gerichts richten, das die Verurteilung ausgesprochen hat.

P. K. 20. Ja, wenn es vom Anfang bis zum Ende eigenhändig geschrieben und unterschrieben und mit Ort, Tag und Jahr der Errichtung versehen ist.

A. M., Baalsdorf. Ja, die Speisung soll sich auf alle bedürftigen Kinder ohne Rücksicht auf die Stellung der Eltern erstrecken. Es läßt sich nur etwas tun, wenn nachweislich bedürftigere Kinder vorhanden sind.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Zeitungs-Kommissionen. Freitag, 18. Juni, abends ½8 Uhr, **Sitzung** aller örtl. Zeitungskommissionsmitglieder Groß-Leipzigs (nicht nur Alt-Leipzigs) im Volkshaus, Café links. Tagesordnung: Die Leipziger Volkszeitung und die Arbeiterschaft. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Hauptvorstand.

Lößnig. Freitag, den 18. Juni 1920, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Stern. Vortrag des Genossen **H. Fleissner:** Der Ausfall der Wahlen und die nächsten Aufgaben der Partei. Die Wichtigkeit des Themas erfordert bei der gegenwärtigen politischen Lage den Besuch der Versammlung durch alle Mitglieder. Der Vorstand. *

K. P. D.

Genosse Paul Levi spricht

am **Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr,** im

Zentraltheater.

Tagesordnung:

Der Ausfall der Reichstagswahlen und die politische Lage.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld erhoben. **Kein Trinkzwang.**

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Ortsgruppe Leipzig.

Verband Leipziger Hausmeister!

Freitag, den 18. Juni, abends ½8 Uhr, im Saale des **Eldorado**, Pfaffendorferstraße:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht über die Streiklage.

Eintritt gegen Mitgliedskarte! Die Streikleitung.

Kein Ledersatz
Kein Papierschund
nur
Reelle Schuhwaren
kaufen Sie billig bei **H. Kliche, L.-Lindenau**
Reuterstraße 31, II. Mitte. Straßenbahn wird vergütet.

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Derl**, nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. *

Streichfertige

Firnis- und Lackfarben

Leinölfirnis garant. rein, Kilogr. 44 Mk. empfiehlt *

L. O. Kaspar Nachf.
Plagwitz, Ecke Zschochersche und Weißenfelser Straße.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Erfahrener, älterer

Ankerwickler

bewandert in allen Stromarten, für Dauerstellung sofort oder später gesucht.
Reinhardt Lindner, Halle a. d. Saale

Deckenmacher an der amerik. Buchdeckenmaschine eingearb., u. außerh. sof. ges. Angeb. unt. A. Z. 127 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Hausarbeit (leichte Klebearbeit) vergibt laufend **Moritz Prescher Nachf. A.-G., Leipzig-Leutzsch** am Bahnhof

Hausierer :: Händler Wiederverkäufer ges. Scheuertuch-Fabrik-Lager **Gg. Lippoldt, Connewitz** Stöckartstraße 18a. *

Gew. will. Hausmädchen für bald oder 15. Juli in gute Stell. ges. Frau Pickert, Oetzsch, König-Alb.-St. 25, II.

Ehrl. gef. unabh. Fr. a. Aufwtg. Pl., Zschochersche Str. 23, III. l.

Aufwartung tägl. v. 7-10 U. gesucht. Dufourstraße 2, III.

Verkäufe

Achtung, Ziegenhalter! Pa. Wiesenheu neuer Ernte waggonweise abzugeben. Eiloffert. u. W. 52 bef. d. Exp. d. Bl.

Rauchtabak ca. 100 Gramm **5.00 Mk. Zigarren**, groß, **80 Pfg.** Gerberstr. 40 u. Elsterstr. 3. *

Rauchtabak (rein), à Pfd. 24.— u. 27.50 versteuert, gibt ab **Freiberg**, Lindenau, Roßmarktstr. 12, II.

Ia Übersee-Tabak à Pfund 24 u. 27. ℳ auch pfundweise. **Eisfeld**, Äußere Hallische Str. 79, I.

Lederausschnitt f. w. Neuleimkernstück z. Sohl. u. Absl. Go., Stockstr. 7, Heyer.

Billige Zigarren für Händler, Wirte, Geschäfte, große volle Form, ¹⁄₁₀ Packung reine gute Ware, 1. ℳ Banderole. **Nur ein Preis pro Mille 675 Mk. Griesche**, Odermannstr. 1, III. linker Aufgang. *

Schuhwaren solid u. elegant kauf. Sie bei **Christian Eichel**, Kleinzschocher, Diestaustraße 11. Eigen. Reparaturwerkstatt. *

Mehr. P. Schnürstief., Nr. 42, braunseidene Bluse, Nr. 42, 3 armige Gaskrone zu verkaufen. Marschnerstr. 15, pt.

H.-Schuhe, 43, D.-Schuhe, 39, Dam.-Strohhut, Tüllkleid u. Sonnenschirm. Südstr. 12, I.

Militär-Schuhe, neu, Gr. 27 z. vk. Lind., Hähnelstr. 17, II. l.

Militär-Hosen Joppen, Mäntel, Mützen u. Schuhe verkauft preiswert **Wadewitz**, Windmühlenstraße 33, I. *

Jackett-Anzüge, guterhalten, mehrere, u. 2 Gehrockanzüge verk. billig. Lange Str. 10, I. *

Anzug, blau, für 225 ℳ, Gr. 168, Frack-Anzug, für 175 ℳ zu verk. Lortzingstraße 10, IV. r.

Jackett-Anzug, dkl., fast neu, Gr. 170, H.-Jack., all. Erdstff. Klzsch., Antonienstr. 46, I. M.

1 Drillichanzug, blaue Hosen Eisenbahnstr. 49, IV. M. 4-6 U.

Militär-Rock, 2 Hosen, grün u. grau. Täubchenweg 58, I. l.

D.-Mant., woll., far., Federbtt., Kinderschirm verk. vorm. 8-12. Wittenberg. St. 59, pt. Richter

Mäntel, Kostüme, Röcke, Blusen, Hüte verkauft billig WandaLorp, Bayer. Str. 18, I.

Billig Moderne Kostüm-Röcke **65 Mark** Ranstädter Steinweg 26, I. l. *

Dauerwäsche bedeutend im Preis herabgesetzt. **J. Schüller, Leipzig, Tauchaer Straße 23** gegenüber Battenberg.

Most Schokoladen jetzt auch in der **Stadtmitte** erhältlich **Bismarckhaus** Thomasgasse 2 *

Hemden für Damen für Herren 35
Handtuch 6
Hemdentuch, 80 cm, m . . 15
Nessel, 88 cm, m . . . 16
Kohlgartenstraße 29, I. links.

Ein Posten verfallene umgepreßte **Herrenhüte** zum Preise von 25—30 ℳ zu verk. **Hutpresserei** Grimm. Steinw. 6

Groß. Gelegenheitskauf! Ia Stoffkragen, m. Leinenbezug, (Fbr. Mey & Edlich), f. Knaben, Jünglinge, Damen u. Herren, Stehkragen und Umlegekragen, weiß u. bunt, Dtzd. 3—4.50 ℳ Otto Friedrich Nachf., Nordstr. 25*

Babywäsche u. versch. andere Sach. Täubchenweg 77a, III. r.

Federbett billig zu verkauf. Stötteritz, Weißestr. 28, III. l.

Preiswerte u. gute **Möbel** neu und gebraucht! * W. Nebling, Bayersche Str. 32.

Böhse, Kaiserstraße 5 Möbelbeschläge Tischler-Werkzeuge Hobelbänke, Leimöfen. Schuhmacher-Artikel Globin. *

Speisewohnzimmer, feinste Arbeit, f. jed. annehmbar. Preis sof. z. vrk. Besichtig. erbet. Edlichstr. 18, Tischlerei.

Nßb.-Kldrschrk., Vert., Ausz.-Tisch, Bücherschrk., 2 Lederstühl., 1600 ℳ, Komm., Kücheneinr., neu, 1400 ℳ, u. versch. Möbel. Weiser, Berliner Str. 60, I. *

Kldrschrk., Bettstll. m. Matr., Kommode m. Auff. bill. z. vk. Lind., Odermannstraße 4, pt.

Nußbaum-Vertiko, klein. Büfett, Eiche, 1 kleiner weißer Schrank und Schreibtisch weg. Platzmangel prsw. z. vk. Czermaks Garten 8, III. l.

Küchenschrank, Herrenuhr u. Handtuchhalter billig zu verkauf. V. 3-7 Uhr. Ranstädter Steinweg 19, III. l.

Plüschsofa, gebr., Bettstll. m. Mtr., Küchensofa, einf. u. bess. Tisch b. z. vk. Zeitzer St. 38, II. l.

Chaisel., Bettstll. m. M., Tisch, eis. Gitterb., Nähmasch., Gard. b. Klzsch., Antonienst. 48, I. M.

Sofa, 275, Chaiselongue sof. z. vk. Reud., Kapellenstr. 9a, p.

1 Chaiselongue, neu,
1 Nußbaum-Ausziehtisch,
1 Waschtisch mit Marmorpl.,
7 Rohrstühle, 2schl. Bettstelle m. Mtr., 2 Bettstell. m. Mtr.,
4 m hellgr. Gummistoff, paff. f. Gummimantel, umständeh. bill. z. verkaufen von 3—7 Uhr Ranstädter Steinweg 19, III. l.

Billig zu verkaufen: Küche, weiß, mit Geschirr, 1 Tisch, 1 Schrank, 1 Spiegel Schleußig, Rödelstraße 8, I. l.

Kücheneinricht. u. versch. sof. bill. z. vk. Feldst. 27, Schwanke.

Küche, kompl., Kldrschr., Stü., Sofa, Vo., Natalienstr. 19, pt. l.

Spiegel m. Schränkchen bill. Lind., Odermannstraße 4, pt.

Trumeaux und Sofa zu verkaufen. Körnerstraße 14, pt.

2 Reformbett., Chaisel. bill. Rd., Unt. Münsterstr. 8, pt. r.

Bettstelle, Kleiderschr., Vert., sof. bill. Pl., Schmiedestr. 7, pt.

2 Bettstellen mit Matrat. zu zu vk. Hellmuthstr. 9b, I. l.

3 Bettstellen m. Matr., gebr., à 125 ℳ. Co., Teichstr. 11, Hof r.

Kinderbettstelle, guterh. z. vk. Lind., Hebelstraße 21, III. l.

Geige, gebr., gut. Klang, z. vk. Klzschch., Klarastr. 4, III. l.

Alte Meistergeige vrk. bill. Lützner Str. 15, I. r.

Polyphon m. 8 Pl., n., eich. 380, Gartenlaube, Geräte, Glskt., Säge vk. Torgau. St. 18, III. M.

Trommel, grß. u. kl., Herrenrad mit Freilauf o. Gummi * vk. Großzsch., Hauptstr. 44, II. r.

Einige Nähmaschinen, guterhalten, preiswert abzugeb. Schmidt & Co., Zeitzer Str. 57.

8 Tage nur!

Eine selten günstige Gelegenheit

bietet sich Ihnen zum Einkauf von

Haushalt-Artikeln

Besichtigen Sie unsre Fenster! Besichtigen Sie unsre Lagerauslagen!

Emaille

Maschinentöpfe, extra schwer, gestanzt

20	22	24	26	28	30 cm
6.75	7.50	8.50	9.50	10.50	11.75 ℳ

Emaille-Eimer, 28 cm . . . . **22.75 ℳ**

Schmortöpfe, Ia Qualität

16	18	20	22	24	26	28	30	32 cm
9.75	11.75	14.75	18.75	22.75	26.75	32.50	38.75	45.00 ℳ

Verzinnte Eimer mit Fuss, 28 cm . . . **23.25 ℳ**

Brotkasten, rund, schwere Qualität 30 cm **38.75 ℳ** 36 cm **48.00 ℳ**

Aluminium

Schmortöpfe mit Stürze

16	18	20	22	24	26 cm
23.75	28.75	34.50	39.50	45.00	50.75 ℳ

Maschinentöpfe mit Ausguss

8	10	12	14	16 cm
7.75	8.50	10.75	12.00	13.25 ℳ

Fleischtöpfe mit Stürze

16	18	20	22	24	26 cm
22.75	27.50	33.25	38.00	48.00	48.00 ℳ

Kasserollen mit Stiel

16	18	20 cm
19.50	21.00	25.00 ℳ

Kartoffeldämpfer, Milchkocher, Teller, Becher, Teesiebe, Kaffeesiebe, Pfeffer- und Salzstreuer

Porzellan

3 Tassen, verschiedene Dekors . . .	**10.75 ℳ**
3 „ mit gelber Kante	**8.50 ℳ**
3 bunte Salat	**12.50 ℳ**
Komplette Kaffeeservice, 9teilig . .	**65.00 ℳ**
„ „ 9teilig, mit Blumendekors	**95.00 ℳ**

Glaswaren

3 Einkochgläser, ½ l, kompl. m. Ring u. Bügel	**5.75 ℳ**
3 „ ¾ l „ „ „ „	**7.20 ℳ**
2 „ 1 l „ „ „ „	**5.75 ℳ**
1 Satz Kompott, 4teilig	**7.25 ℳ**
1 „ „ 5teilig	**18.75 ℳ**

Holz- und Bürstenwaren

zu sehr billigen Preisen

Seife, Waschpulver, Bleichsoda, Metallputz Schuhcreme, Bohnermasse

Glühkörper für Hängelicht . . . Stück **1.60 ℳ**
„ Steblicht . . . Stück 1.60 **1.25 ℳ**
K.-A.-Seife . . . . Doppelstück **40 ₰**

Kaufhaus Gebr. Held

L.-Lindenau, Merseburger Strasse, Ecke Demmeringstr.

Der Verkauf beginnt **Donnerstag, 17. Juni.** || Wird beendigt **Donnerstag, 24. Juni.**

Nähmaschine zu verkaufen, Leutzsch, Schönauer Str. 16, II. l.

H.-u. D.-Rad, Frlf., Gu., bill.* Weidmannst. 2, H. Fahrradhdlg.

Kinderwagen, grün, u. Kind.-Stuhl f. 400 ℳ z. vk. Wahren, Mühlenstraße 20 im Laden.

Fahrräd., Mänt., Schläuche b. nur Fahrrdh. Kreuzstr. 46, H.*

Herr.-Rad, neu, Freilf., Gu., vk. bill. Kohlgartenstr. 46, II. r.

Rohrplattenkoff., gr., 95×60. Frdsw. f. guterh., bill. z. vrk. Nell., Wurzner Str. 45, H. II. l.

Zeitungen, Mosch, Bücher Zeitschriften, Lumpen und Kontorbücher zum Einstampfen **Milch- und Weinflaschen Eisen, Metalle** kauft * **Scholz, L.-Lindenau, Siemeringstraße 20** Bei Metallen Ausweis!

Felle-Einkauf.

Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor Käufer sämtlicher Sorten roher Häute und Felle zu Tagespreisen. **Albin Wagner**, Querstraße 27. *

80 gebrauchte Fahrräder zum Teil neu vorgerichtet, mit Ia Gummi, auch Damen- und Kinder-Räder sowie mit Ersatz-Reifen und ohne Bereifung von 50 ℳ an, Fußpumpen von 15 ℳ an, Lenker 10 ℳ. * **Große Fleischergasse 22.**

H.-Rad, neu, ela., Freilf., Gu., 540 ℳ. Wintergartenst. 7, H. I. l.

2 Fahrräder, fein. Gummi u. Freilauf z. vk. Markt 2, IV.*

Herr.-Rad m. Gu. f. prsw. z. vk. Schleuß., Blümnerstr. 30, p. l.

Fahrradgummi ist Vertrauenssache, darum **kommen Sie**, wenn Sie reell u. bill. kaufen wollen, z. mir. Elektr. vergüt. **Große Fleischergasse 22** Stand früher auf der Messe.*

90 Fahrradfelgen ungebohrt, für 200 ℳ zu verk. Große Fleischergasse 22, Laden.

Prinzeßkinderw., mod., guterh. Leutzsch, Grenzstr. 1b, I. r.

Kinderwagen, sehr guterh., zu vk. Leutzsch, Kirchstr. 18.

Kinderwag., groß, hell, 150 ℳ, z. vk. Sternwartenst. 47, H. I. r.

Korbkdrw., hell, z. vk. Jäschke, Hänichen 47 bei Lützschena.

Klappwagen, gt. Verdeck zu vk. Stö., Lange Reihe 16, III. r.

Sitzliegewagen mit Verdeck verkauft Moltkestraße 15, II. l.

Stubenw., f. n., Kinderschuhe, Nr. 35, z. vk. Ostheimstr. 3a, p. l.

Leiterwagen, neu u. gebrcht., bill. Lind., Burgauenstr. 15.

Achtung! Lederreisetasche, fast neu, 90, Kdklappst. 90, K.-Bett m. M. 75, Serv.-Ti. 60, Liegest. 45, Bettst. m. M. 90, Regul. 90 ℳ zu verk. Gerberstr. 14, Hof B. I.

Pöstlit., Stehpult, Schränkch. z. verk. Vogel, Hainstr. 14, III.

Kochkessel 500 Lit. fassend, gebrauchsfäh., in bestem Zustande, sofort zu verkauf. Bark Schleußig.

Waschgefäße billig zu verk. Eutr., Hamburger Str. 45, H. I.

2 junge Ziegen, 8 Wochen alt, z. vk. Conn., Teichst. 11, Hof r.

Melkziege zu verkauf. Kleinzschocher, Baumannstr. 9, p. r.

Junge Enten verk. Gießner Lind., Demmeringstraße 1.

Küken mit od. ohne Glucke vk. Schönef., Scheumannstr. 6, p. l.

Kaninchen zu verk. Näheres Reudn., Lipsiusstraße 14, pt. r.

Kaufgesuche

Bettwäsche, n. u. gebr., Wäsche all. A., Leibhausch., Federb., Herr.- u. Dam.-Garder. kauft E. Kummer, Mittelstr. 13, I. *

Bettwäsche neu und gebr., weiß u. bunt. Inl., Leibhsch., Leibwäsche kft. Spret, Brühl 11, III. Vdh.*

Sofa, Chaiselg., Kommode, Bettstelle m. Matr., a. defekt, Tisch, Stühle, Küchenmöbel k. Eberhardt, Lange Str. 44, pt.*

Bandoneon, 100tönig (okt.) k. Horn, Bernhardstr. 15, II. l.

D.- u. H.-Rad, m. o. ohne Gu. kauft Kohlgartenstr. 44, II.*

H.-u. D.-Rad ohne Gummi kft. Reudn., Weidmannst. 2, Hh. p.*

Quecksilber * kft. Bayersche Str. 15, Jordan

Vermischte Anzeigen

Die v. mir gem. Verdächtig. u. Beleid. geg. Hrn. Hartmann nehme ich als unwahr zurück. **Frau Schubert**, Nauestr. 73.

Weiße, graugestr. Katze entlaufen. Geg. g. Bel. abzug. Brandvorwerkstraße 79, [illegible]

Mittagstisch, laub., gut u. billig Plagwitz, Nonnenstraße 20, Naumann-Quelle.*

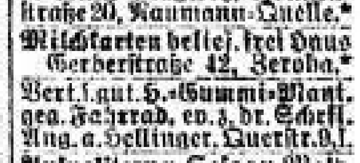
Milchkarten beliej. frei Haus Gerberstraße 42, Zeroba.*

Vert. l. gut. H.-Gummi-Mant. geg. Fahrrad, ev. z. dr. Schrft. Ang. a. Hellinger, Querstr. 9, I.

Aufpolstern v. Sofas u. Matr. Gemeindestraße 6, II. l.*

Aufpolst. v. Sof. u. Mtr. m. gut. Mt. Li., Gemeindeamtst. 21, p.*

Aufpolstern von Sofas und Matratzen. Josephstraße 83.*



Möbeltransporte Hans Eitner
Gegr. 1880. *
Leipzig, Roscherstr. 11/13.
Stadt- und Fern-Transporte.
Nur gute Ausführung. Aufbewahrung.
Fernruf 13500 u. 20316.

Leiterwagen

bedeutend im Preise herabgesetzt

80 cm	85 cm	95 cm	105 cm	115 cm	125 cm
jetzt nur 129 ℳ	jetzt nur 139 ℳ	jetzt nur 149 ℳ	jetzt nur 159 ℳ	jetzt nur 169 ℳ	jetzt nur 179 ℳ

Baumwollwaren, Strümpfe, Emaille

verkaufen wir ebenfalls zu sehr niedrigen Preisen!

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Beachten Sie unsere 6 Schaufenster!

Kaufhaus Gebr. Fried

Windmühlenstr. 1-5, gegenüber der Markthalle. **Tel. 3437.**

Wohnungen

Kdrl. Ehepaar sucht 2 leere Zimmer m. Kochgel. z. mieten sof. od. sp. in Pl., Schl., Klzsch. od. Lind. Off. u. D. 57 Exp. d. Bl.

Mädch. m. 3jähr. Kind f. einf. möbl. Zimmer, Möckern od. Wahren bevorz. Off. u. K. M. Mö., Trachenbergstr. 22, II. M.

Tausche Stube, Kamm., Küche m. Gas geg. größere. Off. O. 122 Fil. Elisabethstr. 19

Wohn.-Tausch, 2 St., 2 K., 1 Kü. mit u. auch ohne Hausmannsposten i. Reust., Ludwigstr. 27, pt. lks., geg. ähnl. in Plagwitz

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz [illegible] Fernruf 1418.

Donnerstag, den 17. Juni 1920

144. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb)

Der Rosenkavalier.

Komödie für Musik in 3 Aufzügen von Hugo v. Hofmannsthal. Musik von Richard Strauß.

Musikalische Leitung: Alfr. Szendrei. Bühnenleitung: Paul Weißleder.
Personen: Die Feldmarschallin Fürstin Werdenberg (Emma Streng); Der Baron Ochs auf Lerchenau (Hans Müller). Octavian, genannt Quinquin, ein junger Herr aus großem Haus (Aline Sanden); Herr von Faninal, ein reicher Neugeadelter (Ernst Possony); Sophie, seine Tochter (Hedwig Borcherd); Jungfer Marianne Leitmetzerin, die Duenna (Paula Engert); Valzacchi, ein Intrigant (Eugen Albert); Annina, seine Begleiterin (Dorothea Holtfoth); Ein Polizeikommissar (Emil Herveling); Der Haushofmeister bei der Feldmarschallin (Alfred Voigt); Der Haushofmeister bei Faninal (Heinrich Scholz); Ein Arzt (Bruno Veit).
Opernpreise. Einlaß 6 Uhr. Anfang 6½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr
Freitag, den 18. Juni: 145. Anrechts-Vorstellung (1. Folge, grün): **Der Troubadour.** Anfang 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 19. Juni: 146. Anrechts-Vorstellung (2. Folge, rot) **Der Waffenschmied.** Anfang 7¼ Uhr.

Bayerische Straße 8/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11 111.

Leitung: Robert Overweg — Künstlerische Leitung: Fritz Viehweg

Freitag, den 18. Juni, abends 7½ Uhr

Serie 1

Robert und Bertram.

Posse mit Gesang und Tänzen von Gustav Raeder

Einlaß 7 Uhr — Anfang 7½ Uhr — Ende nach 10 Uhr

Karten an der Tageskasse sowie bei F. A. Topplus, Petersstraße 15

Spielplan Sonnabend: Serie 2: Robert und Bertram. Sonntag: Serie 3: Robert und Bertram.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele) Fernr. 12 300.

8 Uhr Donnerstag, den 17. Juni (zum 54. Male) 8 Uhr

Der Großstadt-Kavalier.

Schwank in 3 Akten von Georg Okonkowski.

Spielplan: Freitag und Sonnabend: **Der Großstadt-Kavalier**; Sonntag, nachm. 4 Uhr (kl. Preise): **Der reizende Adrian**; Montag, 21. Juni, abds. ½8 Uhr: **Willis Hochzeitstag.** Schwank in 3 Akten. Aufgeführt v. d. Gesellsch. z. Pflege d. Kunst u. Literatur.

Marionettentheater Messplatz Hauptrestaurant

Täglich Wiederholung der beiden großen Erfolgstücke! 4 Uhr: **Hänsel und Gretel** (Musikmärchen). — 8 Uhr: **Der Rattenfänger von Hameln.** — Vorverk.: Althoff.

Krystall-Palast

Gastspiel

Curt Olfers Operetten-Gesellschaft

In der erfolgreichen Operette:

Der Soldat der Marie.

Operette in 3 Akten v. **Bernh. Buchbinder, Jean Kren** und **Alfred Schönfeld.**

Anfang ½8 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

Battenberg

Varieté. Abends 7.30 Uhr
Verlängertes Gastspiel **Blatzheim**
Auf vielseitiges Verlangen **Der müde Theodor.**

Theater. Abends 7.30 Uhr
Gastspiel Marl. Riechert vom Luisen-Theater, Berlin
Arbeit u. Kapital.
Morgen: Arbeit und Kapital.

Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

Der Riesen-Varieté-Spielplan

und Welt-Attraktionen. U. a.:

Orig. Schichtl's Royal-Marionetten

das Vollendetste auf diesem Gebiete.

Neu! Fast sämtliche Artisten mit neuen Vorträgen. **Neu!**

Die Amoretten mit neuen Bildern.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Eutr.

Inhaber: **Gust. Schilde** — Telephon 17483

Jeden Freitag ab 6 Uhr: **Die beliebten Ball-Feste.**

Infolge der großen Nachfrage

ist Freitag, den 18. Juni, im

Tanz-Palast Papiermühle

4. Tag des mit überaus großem Beifall aufgenommenen und Nachahmung gefundenen

Damen-Ball.

Tanz frei. Es engagieren nur die Damen. Tanz frei.
Jeden Sonntag von 5 Uhr an Ball.

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag **Grosse Ball-Feste.**

Gasthof Stünz

Straßenbahn Nr. 3 und 8

1. Sondertag. Morgen Freitag, ab ½7 Uhr

1. grosser Damen-Ball.

Es engagieren nur die Damen.

Erstklassige Wiener Musik. Eintritt 2 Mk. Tanz frei.

Goldne Krone L.-Möckern

Inh. Max Krüger Telephon 50 600.

Morgen Freitag auf vielseitigen Wunsch:

2. großer Damen-Abend.

An diesem Abend engagieren nur die Damen. Der Saal ist vollständig neu, herrlich dekoriert. Es ladet ergebenst ein Der Obige.

Albertgarten. L.-Anger

Strassenbahn **20 und 21**
Morgen Freitag, ab 7 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch:

Großer Damen-Ball-Abend

Die Damen engagieren!

Gastspiel des berühmten Tanzpaares **A. Kurze** und **Lili Stetefeld** in ihren modernsten Tanzdarbietungen.

Neue Lichteffekte. **Tanz frei!** Volles Radecke-Orchester.

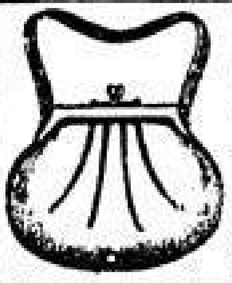
WESTEND-HALLEN. Morgen Freitag, ab 7 Uhr: GROSSER BALL.

Gasthof Neustadt. Morgen Freitag ½7 Uhr: Grosser Ball.

Gasthof zum Reiter Leipzig-Dölitz.

Inh. **Kurt Ströter.***

Jeden Freitag ab 6 Uhr: **Grosser Elite-Ball.**



Leder-, Hand- u. Damentaschen

Grösste Auswahl Billigste Preise *

Karl Blaich, Windmühlenstr. 32 Tauchaer Straße 16

Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ff. Lederwaren.

Vampire

Der **Schrecken** der **Detektive!**

Der erste und kolossalste **Auslandsfilm** der Gegenwart

6 Abteilungen **6**

31 Akte

aufeinanderfolgend!

NB. Bitte **beachten** Sie ja das **„Freitags-Inserat“** von **Königs-Pavillon** und **Kasino-Lichtspiele**

Rindertalg 20 Mk. bei 5 Pfund 19 ℳ gibt ab Gerlach, Zollikoferstraße 42, Ecke Torgauer Straße. *

Tapeten! Große Auswahl bill. Preise
Echt Wachstuch! Buntglaspapier, (gut. Kleister) *
Voigts Tapetenhaus
Elisenst. 66, Ecke Moltkest.

Wanzen

sicheres Mittel *
König-Salomo-Apoth.

Kamillen

sowie sämtliche **Arznei- u. Heilkräuter** kaufen
Eichhorn & Vogel
L.-Schleuß., Rödelstr. 12, Annahme im Hof. [*

Blusen Röcke **Billig!**
Nikolaistr. 5, in Specks Hof u. Rdn., Comeniusstr. 19, p.
B. Schmitz *

Ia. rote Gummiringe für Einmachegläs. alle Sort.* empf. f. preisw. Küchenmagaz.
Otto Friedrich Hacht, Nordstr. 25
Beste Arnberger Emaille in dunkelblau u. braun, Zinkwäsche, Eimer, Holzwar., Wäscheleln.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion Fritz Viehweg Fernruf 1080

Donnerstag, den 17. Juni 1920

Zum letzten Male! **Der gute Mensch.** Zum letzten Male!

Ein Akt von Hans Reimann und Hans Natonek.
In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.

Personen: Wendelin (Bernhard Wildenhain); Vater Märksch (Reinhold Balqué); Mutter Märksch (Stella David); Käthe Märksch (Grete Doerpelkus); Onkel Wilhelm (Adolf Braunstein); Richard (Hans Merkel); Grete (Gertrud Jäkel); Onkel Gustav (Karl Kehler); Tante Mathilde (Emilie Winterberg); Frau Kalischmidt (Melanie Krüger-Michaelis).

Harlekin.

Drei Akte von Hans Reimann und Hans Natonek.
In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.

Personen: Herch Ebling (Otto Stöckel); Linda Döbler (Maria Koch); Jakob, ihr Gatte (Hanns Steiner); Kiahowski (Hans Merkel); Steffi Meschke (Frieda Schrank); Max Wilhelm H. Schüssel (Wilh. Bertholdt); Lilly, seine Braut (Grete Doerpelkus); Dieter Diedring (Bernhard Wildenhain); Lattermann (Werner Hartmann); von Lilitrip (Karl Kehler); Silberstein (Adolf Braunstein); Direktor Pflughorn (Alfred Möbel); Regisseur Leiser (Werner Hartmann); Frieshardt, Leuthold, zwei Wärter (Reinhold Balqué, Karl Walden); Tom, Herchs Diener (Hans Stosse); Der Inspizient (Konrad Bachmann); Ein Stubenmädchen (Ida Kehler).
Gewöhnliche Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¾ Uhr.
Freitag, den 18. Juni: Zum letzten Male: **Wieselchen.** Anfang 7¼ Uhr
Sonnabend, den 19. Juni: Gastspiel Anton Franck. Erstaufführung: **Zwangseinquartierung.** Anfang 7¼ Uhr.

Altes Theater.

Ferien bis einschließlich 21. Juli.

Neues Operetten-Theater.

Bis einschließlich 20. Juni Operettenferien.

Heute Einlaß 4 Uhr, Anfang 4½ Uhr, Ende 10½ Uhr
Voranzeige.

Astoria Windmühlenstraße 31 Fernruf 18195/96

Freitag, den 18. Juni: Erstaufführung!

Die letzte Gala-Vorstellung des Circus Wolfson

Großes Sensationsdrama in 6 Akten.

Ein Film voll spannender Sensationen und herrlichen Bildern. Aus dem Inhalt sei erwähnt:
Der rätselhafte Affe Colli
Sprung aus 60 Meter Höhe
Die grandiose Wasserpantomime.

Heute letzter Tag: Die Karten des Todes.

Universum Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernr. 18195/96

Freitag, den 18. Juni: Erstaufführung!

Das einsame Wrack

(Die geheimnisvollen Mitglieder des Orion-Klub)
Sensationsfilm in 6 Akten.

Die Tauchszenen wurden von Heinz Karl Heiland mit Hilfe der schlauchlosen Dräger-Tiefseetauchapparate persönlich unter Wasser aufgenommen. — Heinz Karl Heiland steuert sein 100 PS Rennboot Fusodan.

Heute letzter Tag: Die Spieler.

Colosseum Roßplatz 12—13 Fernr. 18195/96

Freitag, den 18. Juni: Erstaufführung!

2 höchst spannende Detektiv-Bilder **Immer noch toller**
Eine Gauner-Komödie in 6 Akten.

Aus Nic Carters Tagebuch
Die Erbschaft von New-York
4 fesselnde Akte.

Heute letzter Tag: Harry Piel.

Lindenfels Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96

Ab Freitag, den 18. Juni:

Die Spieler.

Wintergarten Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96

Ab Freitag, den 18. Juni:

Die Karten des Todes.

Licht-(U.T.)-Spiele

J. M. Künze

Ab Freitag, den 18. Juni, täglich!

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Falscher Start

Ein Renn-Roman von schönen Pferden und Frauen in 5 Akten

Ferner: Die beliebte Schauspielerin **Eva May** in dem spannenden Filmspiel

Das törichte Herz

4 Akte 4

von äusserst wirkungsvoller Handlung

Heute letzter Tag:

Der Hochlandsfilm: **„Zu spät bereut“** | Das Gesellschafts-Drama: **Lodernde Gluten**

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200617/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG